

Herausgegeben vom
Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Fachlexikon der Sozialen Arbeit

9. Auflage



Nomos



Deutscher Verein

für öffentliche und
private Fürsorge e.V.

Herausgegeben vom
Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Fachlexikon der Sozialen Arbeit

9., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage

Redaktion und Lektorat:

Dr. Sabine Schmitt, Ralf Mulot und Claudia Deneff



Nomos



Deutscher Verein

für öffentliche und
private Fürsorge e.V.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Unterstützt durch:



Stiftung Deutscher Verein
für öffentliche und private Fürsorge

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7131-8 (Print)

ISBN 978-3-7489-1178-4 (ePDF)

ISBN 978-3-7489-1179-1 (ePUB)

9., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Das Fachlexikon der Sozialen Arbeit ist erstmals 1980 – anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. – erschienen und liegt nunmehr in der 9. Auflage vor. Als Standardwerk für die Fachkräfte der Sozialen Arbeit, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen, den Ländern und dem Bund, anderen Behörden und Verbänden, für die Kommunal-, Landes- und Bundespolitik, für Studierende und Lehrende und für alle an Sozialer Arbeit, Sozialpolitik und Sozialrecht Interessierte ist es unverzichtbar geworden.

Die Planung, Vorbereitung und Herstellung eines so aufwendigen Buchprojektes lässt sich nur in einer interdisziplinär arbeitenden Institution wie dem Deutschen Verein realisieren. Neben den Wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten der Geschäftsstelle haben viele Expertinnen und Experten aus der Mitgliedschaft des Deutschen Vereins – Kommunen, Bundesländern, Wohlfahrtsverbänden und deren Einrichtungen, Hochschulen und Gerichten – mitgearbeitet. Insgesamt konnten wir 664 ausgewiesene Fachleute aus allen Bereichen der Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts als Autorinnen und Autoren gewinnen – getreu dem Grundsatz des Fachlexikons: Fachwissen aus erster Hand!

Wie bei den vorigen Auflagen wurden die Konzeption des Fachlexikons, die Schwerpunktsetzung und der Themenzuschnitt kritisch hinterfragt und den Erfordernissen der Leserschaft und der Praxis angepasst. Bei dieser Neuauflage lag ein besonderes Augenmerk darauf, neben den neueren rechtlichen und fachlichen Entwicklungen im Sozialwesen auch aktuelle gesamtgesellschaftliche Phänomene in ihrer Relevanz für Soziale Arbeit, Sozialpolitik und Sozialrecht zu erfassen.

Die Beiträge wurden vollständig überarbeitet und aktualisiert, viele neu aufgenommen oder neu konzipiert. Die Reform des Kinder- und Jugendhilferechts durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) wird umfassend dargestellt, ebenso wie die des Rehabilitations-, Vormundschafts- und Betreuungsrechts. Neue Entwicklungen in der Familienpolitik, der Migrationspolitik, dem Bürgerschaftlichen Engagement und der Digitalisierung fanden Eingang in das Fachlexikon. Nicht zuletzt werden die Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie nicht nur in eigenen Stichwörtern thematisiert, sondern stellen quasi ein Querschnittsthema für die Soziale Arbeit dar.

Für die Konzeption des Themenkomplexes Psychologische Grundlagen der Sozialen Arbeit konnten wir – wie schon bei den Voraufgaben – Prof. Dr. Silke Birgitta Gahleitner von der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin gewinnen. Prof. Dr. Jürgen Burmeister, Duale Hochschule Baden-Württemberg, Heidenheim, unterstützte uns wieder bei Fragen zu den Themen Ökonomie des Sozialen und Sozialmanagement und für den Themenkomplex Heilpädagogik konnten wir auf die Expertise von Kai-Raphael Timpe, Geschäftsführer des Berufs- und Fachverbands Heilpädagogik e.V., Berlin, zurückgreifen. Als Experten für das Bürgerschaftliche Engagement konnten wir PD Dr. Ansgar Klein, Hauptgeschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, gewinnen. Alle vier standen der Redaktion mit Kompetenz und großem Engagement zur Seite. Wir danken ihnen sehr herzlich.

Bereits zum vierten Mal haben wir das Fachlexikon in Kooperation mit dem Nomos Verlag, Baden-Baden, erstellt. Die bewährte Zusammenarbeit sichert Aktualität und Qualität des Fachlexikons. Die Gesamtverantwortung und die

redaktionelle Bearbeitung lagen in den Händen von Dr. Sabine Schmitt, Ralf Mulot und Claudia Denef. Die fachlichen Entscheidungen wurden von der Redaktion in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus allen Arbeitsfeldern des Deutschen Vereins getroffen.

Wir möchten all jenen danken, die als bewährte oder neugewonnene Autorinnen und Autoren zur Qualität dieser Auflage beigetragen haben. Für die konzeptionellen Vorarbeiten ist besonders den Referentinnen und Referenten der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins zu danken. Unser herzlicher Dank gilt auch den Kooperationspartner/innen beim Nomos Verlag, insbesondere Alexander Hutzel und Dr. Martin Reichinger, für die professionelle und zuverlässige Zusammenarbeit. Schließlich danken wir der Stiftung Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge für die großzügige Unterstützung.

Durch das engagierte und kompetente Zusammenwirken aller ist wiederum ein Nachschlagewerk entstanden, das Fachkräften und allen an der Sozialen Arbeit Interessierten einen raschen und gründlichen Überblick über Grundsatzzfragen, spezielle Einzelfragen und aktuelle Entwicklungen im gesamten Bereich der Sozialen Arbeit erlaubt.

Die Herstellung von Lexika gehört zu den anspruchsvollsten Verlagsprojekten. Dabei kann es bei aller Sorgfalt dennoch zu Fehlern kommen. Deshalb sind wir für Rückmeldungen, Anregungen und Kritik dankbar.

Berlin, im März 2022

Irme Stetter-Karp

Präsidentin des Deutschen Vereins

Michael Löher

Vorstand des Deutschen Vereins

Beck-Online Modul Nomos Soziale Arbeit

Den Kern des neuen Moduls bildet die 9. Auflage des »Fachlexikons der Sozialen Arbeit« als Standardwerk für die Disziplin. Hinzu kommen prominente Kommentare, wie z.B. der »Frankfurter Kommentar zum SGB VIII« sowie einschlägige Handbücher, beispielsweise zur »Armutsforschung«, zu »Kindern vor dem Familiengericht« oder zur »Sozialwirtschaft« als Nachschlagewerke des jeweiligen Forschungsfeldes der Sozialen Arbeit. Den Brückenschlag zwischen der Sozialen Arbeit und den verschiedenen Rechtsgebieten leisten unter anderem renommierte Lehrbücher wie etwa zum »Strafrecht«, »Familienrecht« oder zur »Kindheitspädagogik«. Fachzeitschriften wie die »Blätter der Wohlfahrtspflege« oder die »Sozialwirtschaft« runden das Modul ab.

Das Modul Nomos Soziale Arbeit ist unter dem folgenden Link abrufbar: <https://beck-online.beck.de/ModId/1262>



Inhalt

Hinweise zur Nutzung des Fachlexikons	IX
Stichwörter in alphabetischer Reihenfolge	1
Stichwortverzeichnis	1027
Abkürzungsverzeichnis	1057
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	1071

24-Stunden-Pflege → Live-in-Care

Abklärung der beruflichen Eignung und Arbeitserprobung Die Prüfung der beruflichen Eignung und Arbeitserprobung erfolgt im Rahmen des Rehabilitationsprozesses als Teil der Leistungen zum Arbeitsleben nach § 49 Abs. 4 S. 2 SGB IX. Bei der Prüfung der beruflichen Eignung oder Arbeitserprobung werden die Neigung und bisherige Tätigkeit des Leistungsberechtigten sowie die Lage auf dem → Arbeitsmarkt berücksichtigt. Ziel ist die Feststellung von Art und Umfang der notwendigen Leistungen zur → Teilhabe am Arbeitsleben. Die Maßnahmen erfolgen im Vorfeld der eigentlichen Maßnahmen der → Rehabilitation und werden rehabilitationssträgerspezifisch organisiert und durchgeführt. Ziel ist, ein neues berufliches Tätigkeitsfeld unter Berücksichtigung der individuellen → Ressourcen zu ermitteln und die Zuordnung der geeigneten Maßnahmen für eine berufliche Eingliederung vorzunehmen. Die Eignungsabklärung findet i.d.R. in Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation (z.B. in Berufsbildungswerken und → Berufsförderungswerken) statt, gelegentlich auch in einer Einrichtung der → medizinischen Rehabilitation. Die partizipative Eignungsabklärung umfasst die Ermittlung der Kenntnisse und Fähigkeiten des Rehabilitanden zur Abklärung des Leistungsvermögens und zur Feststellung der körperlichen, geistigen und psychischen Belastbarkeit für eine spätere berufliche Bildungsmaßnahme oder Arbeitstätigkeit. Die Feststellung der beruflichen Eignung erfolgt u.a. durch die psychologische Eignungsdiagnostik mit anschließender Berufsberatung, arbeitsmedizinischer Begutachtung, gezielter berufspraktischer Erprobung, Abklärung der psychophysischen Belastbarkeit sowie der persönlichen Voraussetzungen zur Einleitung der beruflichen Rehabilitation. Im Rahmen der Eignungsabklärung erfolgt eine → Berufsberatung. Die Arbeitserprobung umfasst die praktische Abklärung von beruflichen Fähigkeiten zur Ermittlung der arbeitsrelevanten beruflichen Leistungsfähigkeit und der sozialen Ressourcen unter Berücksichtigung der konkreten Einwirkungen am Arbeitsplatz, inkl. der Testung der Leistungsfähigkeit. Die Art und Dauer der Arbeitserprobung wird mit dem Rehabilitanden abgestimmt und durch den zuständigen → Rehabilitationsträger festgelegt (ca. 2–6 Wochen). Als Rehabilitationsträger kommen Bundesagentur für Arbeit (→ Agentur für Arbeit), → Rentenversicherung, → Unfallversicherung oder Träger der → Eingliederungshilfe in Betracht. Während der Eignungsabklärung und der Arbeitserprobung besteht nach § 65 Abs. 3 SGB IX Anspruch auf Übergangsgeld, wenn wegen der Teilnahme kein oder ein

geringeres Arbeitsentgelt oder Arbeitsentkommen erzielt wird. Keinen Anspruch auf Übergangsgeld haben die Empfänger/innen einer Entgeltersatzleistung anderer Träger (z.B. → Krankengeld, → Arbeitslosengeld). Während der Arbeitserprobung besteht die Versicherungspflicht in der → Kranken- und → Pflegeversicherung nach § 5 Abs. 1 Nr. 6 SGB V, § 20 Abs. 1 S. 2 Nr. 6 i.V.m. S. 1 SGB XI und in der Rentenversicherung nach § 1 S. 1 Nr. 3 SGB VI, nicht aber in der → Arbeitslosenversicherung.

Thorsten Hinz/Janina Bessenich

Ablauforganisation → Organisation

Abschiebung ist die zwangsweise Durchsetzung der einem/einer Ausländer/in obliegenden Ausreisepflicht. Nach § 58 Abs. 1 AufenthG (Aufenthaltsgesetz; → Aufenthaltsrecht) ist ein/e Ausländer/in abzuschicken, wenn die Ausreisepflicht vollziehbar ist und die freiwillige Erfüllung der Ausreisepflicht nicht gesichert ist oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eine Überwachung der Ausreise erforderlich erscheint. Letzteres wird generell für inhaftierte Ausländer/innen angenommen (§ 58 Abs. 3 Nr. 1 AufenthG). Überwachungsbedürftigkeit der Ausreise wird zudem von Gesetzes wegen angenommen im Falle nicht erfolgter freiwilliger Ausreise innerhalb der hierfür gesetzten Frist (Nr. 2), bei einer Ausweisung aufgrund eines besonders schwerwiegenden Ausweisungsinteresses gem. § 54 Abs. 1 AufenthG (Nr. 3), bei Mittellosigkeit (Nr. 4), fehlendem Pass (Nr. 5), Falschangaben oder Verweigerung von Angaben gegenüber der Ausländerbehörde (Nr. 6) oder wenn der/die Betroffene mangelnde Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise zu erkennen gegeben hat (Nr. 7). → Unbegleitete Minderjährige dürfen nur abgeschoben werden, wenn sie im Zielstaat einem Familienmitglied, einer sorgeberechtigten Person oder einer geeigneten Einrichtung übergeben werden können (§ 58 Abs. 1a AufenthG). Ist die Ausreisefrist abgelaufen, darf der Termin der A. den Betroffenen nicht mehr angeündigt werden (§ 59 Abs. 1 S. 8 AufenthG).

Im → Asylverfahren prüft das → Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), ob die A. des Ausländers/der Ausländerin ins Herkunftsland zu unterbleiben hat wegen politischer Verfolgung (Art. 16a GG [→ Grundgesetz]; § 60 Abs. 1 S. 2 AufenthG), Verfolgung i.S. der Genfer Flüchtlingskonvention (§§ 3 ff. AsylG [Asylgesetz]; § 60 Abs. 1 S. 1 AufenthG), eines drohenden ernsthaften Schadens (§ 4 AsylG; § 60 Abs. 2 AufenthG) oder sonstiger zielstaatsbezogener A.verbote (§ 60 Abs. 5 AufenthG):

Abschiebungshaft

Verstoß gegen die → Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, namentlich Art. 3, Schutz vor unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung; § 60 Abs. 7 S. 1 AufenthG: erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit). Sog. Allgemeingefahren, die die gesamte Bevölkerung im Zielstaat oder die Bevölkerungsgruppe des Ausländers/der Ausländerin allgemein betreffen, sind nicht im Asylverfahren zu prüfen (§ 60 Abs. 7 S. 5 AufenthG), sondern im Rahmen eines ins → Ermessen des jeweiligen Landesinnenministeriums gestellten, längstens dreimonatigen A.stoppes zu berücksichtigen (§ 60a Abs. 1 S. 1 AufenthG). Eine Ausnahme davon bilden sog. Extremgefahren: Führt die A. »sehenden Auges in den sicheren Tod« (Bundesverwaltungsgericht), muss das BAMF auch bei Allgemeingefahr A.schutz gewähren.

Die Ausländerbehörde hat zu prüfen, ob einer A. rechtliche (z.B. Verstoß gegen Art. 6 GG) oder tatsächliche (z.B. Fehlen gültiger Reisepapiere) Hindernisse entgegenstehen (§ 60a Abs. 2 AufenthG). In diesen Fällen ist die A. auszusetzen und dem/der Betroffenen darüber eine Bescheinigung zu erteilen (»Duldung«, § 60a Abs. 4 AufenthG). Die Geltendmachung gesundheitlicher A.hindernisse ist an strenge formale Voraussetzungen geknüpft (§ 60a Abs. 2c, 2d AufenthG). Die A. kann auch aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen ausgesetzt werden. Sonderfälle sind Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung (§§ 60c, 60d AufenthG).

Heiko Habbe

Abschiebungshaft ist kurzfristiger Freiheitsentzug zur Sicherung einer → Abschiebung. § 62 AufenthG (Aufenthaltsgesetz; → Aufenthaltsrecht) knüpft die A. an strenge Voraussetzungen. A. darf nur Ultima Ratio sein, Alternativen müssen daher stets geprüft werden; die A. ist auf den minimal erforderlichen Zeitraum zu beschränken (§ 62 Abs. 1 S. 1 AufenthG). Minderjährige und Familien dürfen allenfalls in besonderen Ausnahmefällen inhaftiert werden (§ 62 Abs. 1 S. 2 AufenthG).

§ 62 AufenthG unterscheidet zwischen der (seltenen) Vorbereitungshaft zur Vorbereitung einer Ausweisung (Abs. 2) und der Sicherungshaft zur Sicherung der Abschiebung (Abs. 3). Letztere setzt neben der praktischen Durchführbarkeit und rechtlichen Zulässigkeit der Abschiebung das Vorliegen eines Haftgrundes voraus; zudem muss das anordnende Amtsgericht die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme prüfen. Als Haftgründe zählt § 62 Abs. 3 S. 1 AufenthG abschließend auf: Fluchtgefahr (Nr. 1), Ausreisepflicht aufgrund uner-

laubter Einreise (Nr. 2) sowie eine ergangene, aber noch nicht vollziehbare Abschiebungsanordnung gegenüber einem/einer als besonders gefährlich eingestuften Ausländer/in (z.B. wegen Terrorisusgefahr) gem. § 58a AufenthG (Nr. 3).

§ 62 AufenthG enthält einen umfangreichen Katalog von Anhaltspunkten, die eine widerlegliche gesetzliche Vermutung der Fluchtgefahr begründen (Abs. 3a) oder der Ausländerbehörde die Annahme von Fluchtgefahr ermöglichen sollen (Abs. 3b). Dazu zählen insbesondere Untertauchen, Identitätstäuschung, Vernichten von Reisedokumenten oder die Inanspruchnahme von Schleusern gegen erhebliches Entgelt. Weitere formale Voraussetzungen für die Anordnung von A. sind gem. §§ 415 ff. FamFG (→ Familienverfahrensgesetz) u.a. das Vorliegen eines aussagefähigen Haftantrags, wozu laut Bundesgerichtshof (BGH) auch die Vorlage der Ausländerakte gehört sowie die Anhörung der Betroffenen zu den erhobenen Vorwürfen.

Die Haft darf max. 18 Monate dauern (§ 62 Abs. 4 AufenthG), muss jedoch unterbleiben bzw. aufgehoben werden, wenn bereits feststeht, dass die Abschiebung nicht innerhalb der nächsten drei Monate erfolgen kann (so der BGH mit Blick auf Abs. 3 S. 3). Der Vollzug der A. ist in § 62a AufenthG geregelt. Gefangene sind in gesonderten Einrichtungen, getrennt von Strafgefangenen, unterzubringen (→ Gerichtshof der Europäischen Union [EuGH], Rs. C-473/13, vom Bundesgesetzgeber bis 2022 außer Kraft gesetzt). Familien ist im Fall der Inhaftierung ausreichende Privatsphäre zu gewährleisten. Besondere Vorschriften gelten bei Inhaftierung Minderjähriger (Abs. 3). Kontakt zu Anwälten/innen, Familienangehörigen, Konsularbehörden und Hilfsorganisationen ist zu ermöglichen (Abs. 2, Abs. 4).

Eine max. zehntägige A. zu reduzierten Voraussetzungen ermöglicht der Ausreisegewahrsam (§ 62b AufenthG). Wegen des Abweichens von den Voraussetzungen des § 62 Abs. 3 AufenthG bestehen Zweifel an der Europarechtskonformität der Vorschrift. Haft zur Sicherung der Überstellung in Dublin-Verfahren (→ Dublin III-Verordnung) folgt eigenen Voraussetzungen in Art. 28 der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 i.V.m. § 2 Abs. 14 AufenthG.

Heiko Habbe

Abstammung als biologische Kategorie bedeutet die durch Zeugung und Geburt begründete genetische Zuordnung eines Menschen zu seinen Eltern (→ Elternschaft). A. ist als Rechtsbegriff die hauptsächliche (daneben nur noch durch → Adoption begründbare) Voraussetzung des Rechtsbandes der → Verwandtschaft

(§ 1589 BGB [→ Bürgerliches Gesetzbuch] und, durch sie vermittelt, der Schwägerschaft (§ 1590 BGB).

Gemäß § 1591 BGB ist Mutter eines Kindes die Frau, die es geboren hat. Mutter des Kindes ist also auch die Frau, die sich die befruchtete Eizelle einer anderen Frau einpflanzen lässt und das Kind austrägt (→ Ersatzmutter). Die genetische Mutter ist mit dem auf diese Weise zur Welt gekommenen Kind nicht verwandt. Die allein auf der Geburt beruhende biologische Mutterschaft ist unverrückbar und von niemandem anfechtbar. Hinsichtlich der Vaterschaft arbeitet das Gesetz mit bestimmten Vermutungen, die nur durch eine Anfechtung der Vaterschaft im Rahmen eines → Vaterschaftsprozesses widerlegt werden können: War die Mutter zum Zeitpunkt der Geburt verheiratet, so gilt ihr Ehemann für und gegen jedermann als der Vater des Kindes (§ 1592 Nr. 1 BGB). Auf die Dauer der Ehe vor der Geburt und die tatsächliche Zeugungsfähigkeit des Mannes kommt es nicht an. Das Gleiche gilt, wenn der Ehemann verstirbt und das Kind binnen 300 Tagen nach dem Tode des Mannes geboren wird (§ 1593 S. 1 BGB). Hat die Frau binnen dieser Frist allerdings erneut geheiratet, so gilt der neue Ehemann als der Vater (§ 1593 S. 2 BGB). War zum Zeitpunkt der Geburt die Mutter verheiratet, aber die → Ehescheidung anhängig und erkennt ein Dritter spätestens binnen eines Jahres nach Rechtskraft der Scheidung mit Zustimmung der Mutter und dem (früheren) Ehemann die Vaterschaft an, so gilt dieser Dritte frühestens mit Rechtskraft der Scheidung als Vater (§ 1599 Abs. 2 BGB).

War die Mutter zum Zeitpunkt der Geburt mit einer Frau verheiratet, so gilt diese nach der bisherigen Rechtsprechung nicht als zweites Elternteil (BGH FamRZ 2018, 1919 = NJW 2019, 1539, → Regenbogenfamilien). Das OLG Celle und das Kammergericht halten dies jedoch für verfassungswidrig und haben die Frage dem → Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt. Dessen Entscheidung steht noch aus. War die Mutter zum Zeitpunkt der Geburt nicht verheiratet, so gilt derjenige Mann als Vater, der die Vaterschaft mit Zustimmung der Mutter (§ 1595 Abs. 1 BGB) anerkennt (§ 1592 Nr. 2 BGB, → Vaterschaftsanerkennung). Eine tatsächliche Prüfung der Vaterschaft findet nicht statt. Besteht keine Vaterschaftsvermutung nach § 1592 Nr. 1 oder 2 BGB, so ist die Vaterschaft in einem Vaterschaftsverfahren festzustellen (§ 1592 Nr. 3 BGB). Antragsberechtigt sind das Kind, die Mutter und der Vater, wenn die Mutter einer Vaterschaftsanerkennung durch ihn nicht zugestimmt hat.

Ist das Kind mit Einwilligung des Mannes und der Mutter (gleich ob miteinander verheiratet oder nicht) durch künstliche Befruchtung mittels Samenspende eines (ggf. anonymen) Dritten gezeugt worden, so ist die Anfechtung der Vaterschaft durch den rechtlichen Vater oder die Mutter ausgeschlossen (§ 1600 Abs. 5 BGB). Anfechtungsberechtigt ist aber das Kind selbst. Nach der Rechtsprechung des OLG Hamm (OLG Hamm NJW 2013, 1167) hat das Kind zudem gegen den/die Befruchtungsarzt/-ärztin bzw. die Samenbank einen Anspruch auf Preisgabe des Namens des anonymen Samenspenders. Die Gefahr, dass dieser von dem Kind auf Unterhalt in Anspruch genommen wird und das Kind nach seinem Tod Erb- oder Pflichtteilsansprüche geltend macht, ist also real. Zur → Staatsangehörigkeit des Kindes siehe dort.

Hans-Otto Burschel

Abstandsgebot Das A. wurde 1962 mit dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in das bundesdeutsche Fürsorgerecht eingeführt. Nach § 22 Abs. 3 BSHG sollte der Bund mit Zustimmung der Länder in einer Verordnung das Verhältnis der → Regelsätze zum Arbeitseinkommen regeln. Das gesetzliche Lohnabstandsgebot ist bei der Festsetzung der Regelsätze zu berücksichtigen, nicht bei der Feststellung des Hilfebedarfs im Einzelfall. Das A. soll gewährleisten, dass der aus Steuermitteln finanzierte notwendige Lebensunterhalt nicht zu einem höheren verfügbaren → Einkommen führt als der Einsatz der eigenen Arbeitskraft bei Vollzeitätigkeit. Die entsprechende Ordnungsregelung wurde 1982 in das BSHG aufgenommen und dann in das SGB XII übernommen. Mit dem → Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz (RBEG) vom 24. März 2011 wurde das A. aus dem Fürsorgerecht herausgenommen. Das RBEG setzt Anforderungen um, die das → Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 an den Bundesgesetzgeber richtete (1 BvL 1/09 u.a.). Die Sicherung der → Menschenwürde und die Verwirklichung des → Sozialstaatsprinzips wurden als Leitprinzipien für das → Sozialrecht restituiert. Das zu gewährleistende sozialkulturelle → Existenzminimum muss sich an diesen Prinzipien ausrichten, nicht an einem ökonomischen oder politischen Maßstab.

Nach § 28 Abs. 4 SGB XII gewährleistet die Regelsatzbemessung, dass bei → Haushaltsgemeinschaften von Ehepaaren mit drei Kindern die Regelsätze zusammen mit Durchschnittsbeträgen für die → Kosten der Unterkunft und → Kosten der Heizung sowie für einmalige → Bedarfe (Erstausstattungen für Wohnung und Bekleidung) unter den erzielten monatlichen

Abtreibung

durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelten unterer Lohn- und Gehaltsgruppen einschließlich anteiliger einmaliger Zahlungen zuzüglich → Kinder- und → Wohngeld in einer entsprechenden Haushaltsgemeinschaft mit einer alleinverdienenden vollzeitbeschäftigten Person bleiben. Außerdem schreibt die Norm vor, dass der Freibetrag für die Berechnung des Lohn- und Gehaltsabstandes berücksichtigt wird, den → Leistungsberechtigte durchschnittlich aus unselbständiger und selbständiger Erwerbstätigkeit erzielen.

Das A. wurde mehrfach an zwei Stell-schrauben geändert: bei der Festlegung der Referenz-Haushalte und bei den Beträgen, die jeweils zu berücksichtigen sind. Die Größe des Haushalts wurde vom Gesetzgeber und Verordnungsgeber als der kritische Faktor für das A. angesehen. Es war möglich, aufgrund der Regelungen des A. Modellrechnungen durchzuführen, um festzustellen, ob das A. zu einem bestimmten Zeitpunkt eingehalten wird. Dafür reicht es aus, dass der berechnete Lohn oder das berechnete Gehalt einen Euro über den ebenfalls berechneten → Sozialleistungen liegt. Das A. war aber nie Grundlage für die Bemessung des → Regelbedarfs.

Das A. ist in der Politik bis heute ein Legitimationsargument in zweifacher Hinsicht: Es wird postuliert, um die Akzeptanz des Systems der sozialen Sicherung in der Bevölkerung zu stützen und um die Regelbedarfe auf das unbedingt Notwendige zu begrenzen. Für Ökonomen ist das A. in einem → Sozialstaat wie Deutschland ein relevanter Faktor für Erwerbstätigkeit bzw. → Arbeitslosigkeit. Aus dieser Sicht setzt die → Sozialhilfe eine »implizite Mindestlohnschwelle«. Je höher diese Mindestlohnschwelle, desto größer ist der Anreiz, auf Erwerbstätigkeit zu verzichten und stattdessen Transferzahlungen in Anspruch zu nehmen. Durch eine entsprechende Ausgestaltung des A. soll dem entgegengewirkt werden. A. ist optimal umgesetzt, wenn Leistungsberechtigte einen Kombi-Lohn in Kauf nehmen, um ihre Existenz zu sichern. Die kontinuierlich erhebliche Anzahl sog. »Aufstocker« zeigt, dass es diese Konstellation im SGB II faktisch gibt.

Andreas Kuhn

Abtreibung → Schwangerschaftsabbruch

Abweichendes Verhalten → Soziale Kontrolle, → Devianz

ADHS (Aufmerksamkeitsdefizithyperaktivitätssyndrom, wissenschaftlich korrekt: Aufmerksamkeitsdefizit/Hyperaktivitätsstörung, gemäß dem Diagnostischen und Statistischen Manual Psychische Störungen

[DSM] IV Nr.314.01 – der unaufmerksam-impulsiv-hyperaktive Typ bzw. 314.00 – der unaufmerksame Typ) gilt international als valide Diagnose. 2004 wurde ADHS vom führenden Forscher R. Barkley als »harmful dysfunction« bezeichnet, als einen Zustand, der den Menschen in seiner psychischen, emotionalen, kognitiven und sozialen Entwicklung beeinträchtigt, resultierend aus einer Dysfunktion interner Mechanismen, ihre natürliche Funktion zu erfüllen.

Die konstitutionell bedingte spezifische Regulierungsdynamik bei ADHS mit den typischen funktionellen Auswirkungen führt zu einem Wahrnehmungs- und Reaktionsstil, der Betroffene von Gleichaltrigen unterscheidet. Wie die internationale Forschung immer eindeutiger belegt, besteht bei ADHS eine Aufmerksamkeitsstörung in Form von Ablenkbarkeit und zu geringer Ausdauer, wobei zudem die Aufmerksamkeit nur bei subjektiv positiver emotionaler Vorbewertung einer Sache oder einer Person aktiviert werden kann. Angesichts einer schwierigen oder subjektiv langweiligen Aufgabenstellung erfolgt schlagartiges »Ermüden«. Betroffene können nach Unterbrechung oft nicht zurück zur Aufgabe finden, können sich nicht so schnell umorientieren. Bedingt durch eine mittlerweile belegbare Dysregulation des Hirnstoffwechsels im Stirnhirn (und einige strukturelle Unterschiede im Vergleich zu Nichtbetroffenen), nutzen Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit ADHS offensichtlich ihre neuronalen Netzwerke »anders«. So reift eine »automatische Servo-Verhaltenskontrolle« nicht aus, die Kurzzeitspeicherkapazität bleibt zu klein bezüglich des Aufnehmens und Integrierens von Informationen innerhalb des Speichers über die Zeit. Das Setzen von Prioritäten ist nur schwer möglich. Ein reifes, abgewogenes Entscheiden, ebenso ein ständiges, selbstangeleitetes inneres Sprechen mit der Fähigkeit, sich planend und zielgerichtet anzuleiten, entwickelt sich nicht ausreichend. Der Spontanabruf von Wissen gelingt oft nur unzureichend oder verzögert. Da nicht gleichmäßig auf Altdaten im Langzeitspeicher zuverlässig zurückgegriffen werden kann, ist → Lernen aus Erfahrung/Einsicht kaum möglich. Es entsteht kein Gefühl für Zeit und Zeitverlauf. Unangenehme Aufgaben werden meist bis auf den letztmöglichen Zeitpunkt »geschoben«. Die Impulskontrollstörung beinhaltet eine eingeschränkte Steuerungsfähigkeit der Bewegungsimpulse und der sprachlichen Äußerungen, aber auch, dass schnell emotional, sofort bewertet, polarisierend wahrgenommen wird. Die Stimmung kippt extrem schnell aus geringstem Anlass. Die Gefühlslage wird rasch extrem mit einem »sich Hineinsteigern«, ohne dies zu wollen oder verhindern zu können.

Die motorische Unruhe, die aber nicht bei allen Betroffenen besteht (diese wirken dann eher langsam und verträumt), weicht im Laufe der Kinderentwicklung einer eher inneren Getriebenheit, kann aber auch bei hoher → Motivation oder Neuheitscharakter einer Situation intermittierend völlig verschwinden. Bereits im Vorschulalter besteht ein hohes Unfallrisiko, ab Eintritt in die Schule mit zusätzlich häufiger Entwicklung von → Angst, → Depression, oppositionellem Trotzverhalten. Ca. 80% der Kinder haben Schwierigkeiten mit dem Lernen i.S. einer → Lese- und/oder Rechtschreibstörung, → Rechenstörung bis hin zur Ausformung einer Legasthenie oder Dyskalkulie.

Zielführende Hilfestellungen sind Psychoedukation, Elterntaining, → Verhaltensorientierte Beratung und Therapie auf Basis eines profunden Störungsbildverständnisses, v.a. soziale Kompetenz im Jugendalter, Hilfen zur Selbstorganisation mit Visualisierung, auch für das Management von Zeit und Finanzen.

Cordula Neuhaus

Adoleszenz → Pubertät, → Jugend

Adoption oder Annahme als Kind ist die vollständige soziale und rechtliche Eingliederung eines Kindes in eine neue → Familie oder bei einer Einzelperson. Hierdurch erlangt es den Status eines ehelichen Kindes von verheirateten Adoptierenden oder den eines leiblichen Kindes einer adoptierenden Einzelperson. Gem. § 9 Abs. 7 LPartG (→ Lebenspartnerschaft) war seit 2005 die A. eines leiblichen Kindes durch den Lebenspartner des Vaters bzw. die Lebenspartnerin der Mutter sowie nach einer Einzeladoption durch eine Lebenspartnerin/einen Lebenspartner die anschließende A. des Kindes durch die andere Lebenspartnerin/den anderen Lebenspartner möglich (sog. Sukzessivadoption; BVerfG, Urt. v. 19.2.2013 – 1 BvR 3247/09). Mit der Einfügung des § 1766a BGB (→ Bürgerliches Gesetzbuch) zum 31.3.2020 lässt das Gesetz auch eine Stiefkindadoption des leiblichen oder adoptierten Kindes durch eine Person zu, die mit dem Elternteil nicht verheiratet ist, aber mit ihm in einer »verfestigten Lebensgemeinschaft« mit diesem lebt.

Die Rechtsbeziehungen des Kindes zu seiner → Herkunftsfamilie werden beendet. Sie entstehen mit allen Rechten und Pflichten zur neuen Familie bzw. Einzelperson. Die A. ist in den §§ 1741–1766 BGB geregelt. Für die A. Volljähriger gelten besondere Vorschriften (§§ 1767–1772 BGB). Das → Adoptionsvermittlungs-/begleitungs-gesetz (AdVerMiG) regelt das Verfahren der A.vermittlung. Es ist ein ergänzender Teil des → Sozialgesetzbuches

(SGB), § 68 Nr. 12 SGBI, dies führt zur Anwendbarkeit des SGBI und X. Ein direkter Bezug zum → Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) besteht gem. § 51 SGB VIII (Beratung und Belehrung vor Ersetzung von elterlichen Einwilligungen, § 1748 BGB). Für das familiengerichtliche Verfahren gilt das → Familienverfahrensgesetz (§§ 186 ff. FamFG).

A. ist eine Hilfe für Kinder, die entweder ohne Eltern sind oder nicht bei ihren Eltern leben können. Ein großer Teil der ausgesprochenen A. sind A. durch einen Stiefelternanteil (→ Stiefkind). Über die A. wird durch richterlichen Beschluss entschieden (Dekretadoption gem. § 1752 BGB). Die Voraussetzungen des § 1741 Abs. 1 S. 1 BGB müssen vorliegen; danach muss die A. dem → Kindeswohl dienen. Die A.vermittlungsstelle des → Jugendamtes prüft, ob A.bewerber/innen für die Aufnahme eines Kindes geeignet sind (§ 7 AdVerMiG). Eine angemessene A.pflegezeit (§ 1744 BGB) soll dem gerichtlichen Ausspruch der A. vorausgehen. Die A.vermittlungsstelle ist durch das Gericht anzuhören. Dies geschieht i.d.R. durch eine schriftliche Äußerung gem. § 189 FamFG. Leibliche Eltern müssen in die A. ihres Kindes einwilligen (§ 1747 Abs. 1 S. 1 BGB). Auch ein Mann, dessen Vaterschaft (noch) nicht feststeht, muss grundsätzlich in die A. einwilligen (§ 1747 Abs. 1 S. 2 BGB). Die elterliche Einwilligung kann aus schwerwiegenden Gründen gem. § 1748 BGB, z.B. bei anhaltend gröblicher Pflichtverletzung dem Kind gegenüber, durch das → Familiengericht ersetzt werden. Die A. a .K. kann nur unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen wieder aufgehoben werden (§§ 1759 ff. BGB).

Anstelle der früher üblichen Inkognitooption werden heute offene(re) Formen der A. angestrebt (vgl. § 1747 Abs. 2 S. 2 BGB). Diese Zielsetzung ist durch neue Regelungen im AdVerMiG zu einem Informationsaustausch oder Kontakt vor und nach der A. mit Inkrafttreten des Adoptionshilfegesetzes (BGBl. 2021 I S. 226 ff.) weiter gestärkt worden. Anerkannt wird dadurch, dass für eine gesunde Identitätsentwicklung von Kindern (→ Identität) bedeutsam ist, dass sie altersangemessen und frühzeitig über ihre A. aufgeklärt werden und daher zu ihrem Wohl Informationen und Kontakte möglich sein müssen (s. auch → Anonyme Kindesabgabe, → Vertrauliche Geburt).

A.vermittlung ist gesetzliches Monopol staatlicher oder von staatlichen Stellen anerkannter A.vermittlungsstellen → freier Träger (§§ 1, 2 AdVerMiG). Anderen Stellen und Personen ist die A.vermittlung untersagt (§§ 5, 6 AdVerMiG). Wer dagegen verstößt, handelt ordnungswidrig oder strafbar (§ 14 AdVerMiG), z.B. → Kinder-

handel (§ 236 StGB). Neben der A.vermittlung im Inland ist auch eine Auslandsadoption eine rechtlich mögliche Alternative, jedoch ist bei beiden Verfahren ein Rückgang zu verzeichnen. Auch das Profil der ausländischen Kinder, für die Eltern gesucht werden, hat sich verändert. Zunehmend werden kleinere und gesunde Kinder in ihrem Heimatstaat adoptiert oder in Pflege genommen, daher werden für Auslandsvermittlungen eher Familien für sog. Special-Needs-Kinder gesucht. Das sind i.d.R. ältere Mädchen und Jungen mit körperlichen Handicaps oder psychischen Auffälligkeiten. Auslandsadoptionen sind u.a. wegen der rechtlichen und sozialen Besonderheiten in den Herkunftsländern der Kinder häufig langwierig und i.d.R. mit hohen Kosten verbunden. 1993 wurde zum Schutz von Kindern vor (internationalem) Kinderhandel und verbotenen A.vermittlungen das multilaterale → Haager A.übereinkommen (HAÜ) geschlossen.

Lit. Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendamter (Hrsg.): Empfehlungen zur Adoptionsvermittlung, 8. Aufl., 2019, www.bagljae.de; Rech-Simon, C./Simon, F. B.: Survival-Tipps für Adoptiveltern, 3. Aufl., Heidelberg 2014; Reinhardt, J./Kemper, R./Grünenwald, C.: Adoptionsrecht, AdVermiG/AdÜbAG/AdWirkG/BGB/EGBGB/FamFG, Handkommentar, 4. Aufl., Baden-Baden 2021.

Antje Fasse/Ruth Schürbüscher

Adoptionsvermittlungs-/begleitungsgesetz (AdVermiG), Gesetz über die Vermittlung und Begleitung der → Adoption und über das Verbot der Vermittlung von → Ersatzmüttern (i.d.F. vom 12.2.2021, BGBl. I S. 226), regelt die Adoptionsvermittlung und Begleitung bei einer sog. Fremdkindadoption (§ 1 AdVermiG) und die verpflichtende Beratung bei Stiefkindadoptionen innerhalb einer → Ehe (§ 9a AdVermiG) als Voraussetzung einer Adoption (§ 196a FamFG [→ Familienverfahrensgesetz]). Zudem ist im A. das Verbot der Ersatzmuttervermittlung (§ 13c AdVermiG) und der Suche von Ersatzmüttern oder Bestelleltern durch Anzeigen (§ 13d AdVermiG) normiert.

Das Gesetz gilt nach § 68 Nr. 12 SGB I als besonderer Bestandteil des → Sozialgesetzbuchs (SGB). Abweichend von den allgemeinen Regelungen im SGB X ist insbesondere der Umgang mit den Vermittlungsakten inklusive der → Akteneinsicht (§ 9b AdVermiG) und der → Datenschutz (§ 9d AdVermiG) geregelt. So sind etwa die Vermittlungsakten vom Geburtsdatum des Kindes an 100 Jahre lang aufzubewahren (§ 9b Abs. 1 AdVermiG) und ist dem Kind selbst nach Vollendung des 16. Lebensjahr Einsicht in die Akten zu gewähren (§ 9b Abs. 2 AdVermiG). Es kennt

zudem eigenständige Bußgeld- und Strafvorschriften (§§ 14, 14b AdVermiG).

Adoptionsvermittlung erfolgt durch die Adoptionsvermittlungsstellen der → Jugendämter (§ 2 AdVermiG) und die durch die zentrale Adoptionsvermittlungsstelle des zuständigen → Landesjugendamts anerkannten Adoptionsvermittlungsstellen anderer Organisationen, etwa solche von Trägern der freien → Kinder- und Jugendhilfe (§ 4 AdVermiG). Im Übrigen sind eine Adoptionsvermittlung oder eine Adoptionsanzeige – auch eine Vermittlung zwischen Verwandten – nicht zulässig (§§ 5 f. AdVermiG). Die zuständige Adoptionsvermittlungsstelle prüft die allgemeine Eignung von Bewerber/innen für die Annahme eines Kindes (§ 7 AdVermiG) und erstellt einen Bericht (»homestudy«) über das Ergebnis der Prüfung. Auf das Erstellen eines Berichts besteht ein → Rechtsanspruch (§ 7 Abs. 1 AdVermiG). Die Feststellung der Nichteignung ist ein → Verwaltungsakt. Steht die allgemeine Eignung fest, hat die Adoptionsvermittlungsstelle zu prüfen, für welches bestimmte Kind die Bewerber/innen im Vergleich zu anderen Bewerber/innen besonders geeignet sind (»Matching«). Im Anschluss wird das Kind bei den Bewerber/innen in Adoptionspflege gegeben (§ 8 AdVermiG). Vor (§ 9 Abs. 1 AdVermiG) und während der Adoptionspflege ebenso wie nach der Adoption (§ 9 Abs. 2 AdVermiG) hat die Adoptionsvermittlungsstelle die Aufgabe, die Annehmenden, das Kind und seine leiblichen Eltern zu begleiten. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Öffnung von Adoptionen. Auch wenn keine Öffnung der Adoption vereinbart wird, haben die leiblichen Eltern nach § 8b Abs. 1 AdVermiG gegenüber der Adoptionsvermittlungsstelle einen Anspruch darauf, Informationen über das Kind und seine Entwicklung nach der Adoption erhalten, sofern die Annehmenden der Adoptionsvermittlungsstelle entsprechenden Informationen zur Verfügung stellen.

Birgit Hoffmann

Adoptionswirkungsgesetz (AdWirkG) Das Gesetz über Wirkungen der Annahme als Kind nach ausländischem Recht regelt das gerichtliche Anerkennungs- und Wirkungsfeststellungsverfahren nach ausländischen → Adoptionen. Auf Antrag kann beim → Familiengericht allgemeinverbindlich festgestellt werden, ob die Adoption in Deutschland anzuerkennen oder (bei Vertragsadoptionen) wirksam ist. Unter den Voraussetzungen des § 3 AdWirkG kann eine sog. »schwache Adoption« in eine »Volladoption« umgewandelt werden, mit der die Bindung des Kindes zur Herkunftsfamilie erlischt.

Verpflichtend ist ein Anerkennungsverfahren immer dann, wenn Adoptiveltern keine Bescheinigung nach Art. 23 HAÜ (→ Haager Adoptionsübereinkommen) vorlegen können, d.h. wenn die Vorgaben des HAÜ nicht eingehalten wurden oder wenn eine Adoption aus einem Nichtvertragsstaat erfolgte (§ 1 Abs. 2 AdWirkG). Die Anerkennung einer solchen Adoption soll dann nur unter engen Voraussetzungen möglich sein. Ziel ist es, sog. fachlich unbegleitete Adoptionen einzudämmen. Zuständig ist in jedem Oberlandesgerichtsbezirk nur ein Gericht (Konzentrationsgericht, § 5 Abs. 1, 2 AdWirkG). Die jeweils zuständige Zentrale Adoptionsstelle sowie das zuständige → Jugendamt (Adoptionsvermittlungsstelle) müssen grundsätzlich, die → Bundeszentralstelle für Auslandsadoption (BZAA) bei Anerkennungsverfahren beteiligt werden (§ 5 Abs. 3 AdWirkG).

Gabriele Scholz

Adressat/in ist ein Sammel- und Oberbegriff. Mit ihm werden in der → Sozialen Arbeit Personen oder Personengruppen bezeichnet, an die sich deren Angebote richten. Im Rahmen des sog. Wohlfahrtsdreiecks (→ Dreiecksverhältnis, sozialrechtliches) bietet Soziale Arbeit Leistungen an, welche durch öffentlich-rechtliche, marktwirtschaftliche, gemeinschaftliche oder hybride und intermediäre Organisationen erbracht werden. Entsprechend der jeweiligen Ausrichtung dieser Angebote sind damit unterschiedliche soziale → Rollen und Rollenerwartungen an A. verbunden. Im Kontext marktwirtschaftlicher Arrangements bezeichnet man A. i.d.R. als Kund/innen, Teilnehmende oder Mandant/innen. Die Beziehung zwischen Anbietern und A. auf dem Markt ist idealtypisch von einer partnerschaftlichen, symmetrischen Beziehung gekennzeichnet. Grundlage dafür sollte ein auf Wahlfreiheit beruhender Vertrag über die von den Marktteilnehmenden unmittelbar zu erbringende Leistung bzw. Gegenleistung sein. Ob diese Voraussetzungen im Rahmen sozialgesetzlicher Regeln bestehen, ist zweifelhaft. Im Rahmen gemeinschaftlicher Vereinigungen, wie Jugendverbänden, Kirchengemeinden, Genossenschaften oder Selbsthilfevereinen, werden A. meist als Mitglieder gesehen. Trotz des auf Gegenseitigkeit beruhenden Charakters dieser Organisationen existieren bei unterschiedlichen Beschäftigungs- und Machtverhältnissen unterschiedliche Interessen und begründen damit asymmetrische Beziehungen (→ Macht in der Sozialen Arbeit). → Öffentliche Träger richten ihre sozial- und bildungspolitischen Maßnahmen in aller Regel an Personen, denen gegenüber ein öffentlicher Schutz- und Kon-

trollauftrag besteht (staatliche → Daseinsvorsorge und -fürsorge). Diese Angebote oder Maßnahmen sind häufig mit einer Bedürftigkeitsprüfung verbunden und zeichnen sich teilweise durch einen Zwangskontext mit eingeschränkten Freiheitsrechten aus (→ Zwangskontexte in der Sozialen Arbeit). In diesen asymmetrischen Beziehungen bezeichnet man A. als Klient/innen (z.B. → Hilfe zur Erziehung), Patient/innen (z.B. → Psychiatrische Versorgung) oder Proband/innen (→ Straffälligenhilfe).

Herbert Effinger

AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe e.V. Der AFET ist ein Bundesfachverband der → Kinder- und Jugendhilfe mit dem Schwerpunkt → Hilfen zur Erziehung. Er wurde 1906 unter dem Namen »Allgemeiner Fürsorgeerziehungstag« gegründet. Innerverbandlich hat der AFET seine Strukturen kontinuierlich weiterentwickelt. So versteht er sich heute als Plattform für den Dialog zwischen den → öffentlichen und → freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, der Wissenschaft und der Politik. In seiner Arbeit fokussiert er sich auf Themen der erzieherischen Hilfen an den Schnittstellen zu angrenzenden Fachgebieten und -disziplinen. Der AFET agiert sowohl inhaltlich fachlich als auch jugendhilfepolitisch. Seine zentrale Aufgabe ist die fachliche Qualifizierung der Erziehungshilfe und die Einflussnahme auf fachpolitische Entwicklungen. Der AFET bietet – insbesondere öffentlichen und freien Trägern – die Möglichkeit, gemeinsam konsensfähige Standpunkte zu finden. Erarbeitung fachpolitischer Stellungnahmen, Erstellung von Veröffentlichungen, Durchführung bundesweiter Fachveranstaltungen, → Kooperation und Vernetzung (→ Koordination) mit anderen Verbänden gehören zu der Angebotspalette des AFET. Die Mitgliederstruktur des Verbandes setzt sich aus → Jugendämtern, Einrichtungen der Erziehungshilfe, → Landesjugendämtern und Ministerien, Ausbildungsstätten und Hochschulen, → kommunalen Spitzenverbänden, privatwirtschaftlichen Einrichtungen und Einzelpersonen zusammen.

Informationen: www.afet-ev.de.

Koralia Sekle

Agency Umschrieben mit sozialer Handlungsmächtigkeit, -befähigung und -ermächtigung ist A. in den zurückliegenden beiden Jahrzehnten in der Sozialen Arbeit heimisch geworden. A. geht es nicht um eigenschaftsbezogene Fähigkeiten, sondern jenseits aller unterschiedlicher praktischer und theoretischer Akzentsetzungen um die Stärkung und Gestaltung von Bewältigungskulturen und

damit auch Bewältigungslagen, z.B. in Milieukontexten. A. ist als Voraussetzung dafür zu verstehen, Handlungsbefähigungen in Verknüpfung mit gesellschaftlichen Bedingungen zu fördern. Trotz der Bedeutung der Strukturierungstheorie von Giddens (einer Structure/agency-Integration) und dem psychologischen ausgerichteten Verständnis (Bandura) von A. als Prozess von der Willensbildung über die Umsetzung bis zur Reflexion hat der relational-transaktionale Ansatz auf der Basis des symbolischen Interaktionismus in der Sozialen Arbeit an Relevanz gewonnen (Emirbayer/Mische). Im Unterschied zum dualistischen Ansatz von Giddens »werden die strukturellen Kontexte von Handlung selbst als etwas Temporales verstanden« (Raithelhuber/Schröer) und A. auch nicht in eine Person hineinverlegt. A. ist ein sozial voraussetzungsvolles situiertes Phänomen und als eine verflochtene Prozessstruktur zu verstehen.

Eine agencybezogene Soziale Arbeit kann Verwirklichungschancen durch die Förderung von → Ressourcen und Verbesserungen durch die Gestaltung sozialer → Lebenswelten, Zugehörigkeiten sowie gesellschaftliche Anerkennung von → Adressat/innen anregen. Ihren Blick richtet eine agencybezogene Soziale Arbeit darauf, z.B. eine chancengleiche Ressourcenverteilung sozial zu unterstützen. Wird Lebensbewältigung als Zusammenspiel personal-biografischer und gesellschaftsstruktureller Handlungszusammenhänge verstanden, ermöglicht A. im Handlungskontext eine soziale Handlungsmächtigkeit und Adressat/innen werden zu Gestalter/innen der eigenen Lebenspraxis (Pauls). In den Blick kommen die Handlungsmächtigkeit und -optionen der Akteure, ihre subjektiven Deutungen, individuellen und sozialen → Kompetenzen und Ressourcen sowie die Gestaltung ihrer sozialen und institutionellen Welten (Homfeldt).

Im Zuge neoliberaler Aktivierungspolitik ist eine akteursfundierte Förderung allerdings zu einer Forderung degeneriert, indem Adressat/innen im Sinne eines unternehmerischen Selbst zu Verantwortlichen für die Gestaltung ihrer Biografie, ihres Körpers und ihrer Lebensführung gemacht werden. Eine agencybezogene Soziale Arbeit entwickelt dazu einen Gegenentwurf, indem sie sich für die Akzeptanz eines Rechts, z.B. auf Nicht-Teilnahme und dennoch auf Partizipation, einsetzt. A. hat in einem relationalen Grundverständnis in mehreren Forschungsfeldern Fuß gefasst: u.a. in der sozialpädagogischen Kindheitsforschung, in der transnational ausgerichteten Migrations-, in der Übergangs-, aber auch der Lebensbewältigungsforschung, indem

v.a. Bewältigungskulturen in den Blick genommen werden.

Hans Günther Homfeldt/Silke Birgitta Gahlleitner

Agentur für Arbeit (AfA) ist die unterste und örtliche Verwaltungsebene der gemäß § 367 Abs. 2 SGB III (→ Arbeitsförderung) in drei Ebenen gegliederten Bundesagentur für Arbeit (BA). Die zweite Ebene bilden zehn Regionaldirektionen. Weitere Dienststellen der Arbeitsverwaltung sind u.a. die Familienkasse der BA, die für die Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG; → Kindergeld) zuständig ist (§ 7 Abs. 1 BKGG), sowie die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) in Bonn.

Die Umbenennung von Arbeitsamt in AfA und der Bundesanstalt für Arbeit in Bundesagentur für Arbeit erfolgte im Rahmen des »Dritten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« vom 23.12.2003 (BGBl. I S. 2921) und ging mit umfassenden Organisationsreformen einher. Der Bezirk einer AfA umfasst i.d.R. eine oder mehrere → kreisfreie Städte bzw. → Landkreise. In flächenmäßig großen AfA-Bezirken sind regelmäßig Geschäftsstellen eingerichtet, um die Wege der Bürger/innen zu verkürzen. Deutschlandweit gibt es 156 AfA mit rund 600 Niederlassungen (Stand August 2021). Jede AfA wird gem. § 383 Abs. 1 SGB III von einem/r Geschäftsführer/in oder einer Geschäftsführung geleitet, die aus einer/ einem Vorsitzenden und bis zu zwei weiteren Mitgliedern besteht. Organe der → Selbstverwaltung sind bei der BA der Verwaltungsrat und bei den AfA die Verwaltungsausschüsse. Wie auch der Verwaltungsrat der BA setzen sich die Verwaltungsausschüsse zu gleichen Teilen aus Vertreter/innen der Arbeitnehmer/innen, der Arbeitgeber und der öffentlichen Körperschaften zusammen (§ 371 Abs. 5 SGB III). Sie überwachen die Arbeit des Vorstandes bzw. der Geschäftsführung und beraten diese in allen Fragen des → Arbeitsmarktes. Bei den AfA sowie auch bei den Regionaldirektionen und bei der Zentrale der BA sind hauptamtliche Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt zu bestellen (§ 385 Abs. 1 S. 1 SGB III).

Innerhalb ihres Bezirks ist die AfA für die Entgeltersatzleistungen aus der → Arbeitslosenversicherung und die aktive Arbeitsförderung zuständig (vgl. § 3 Abs. 3, 4 SGB III). Sie ist insbes. für die Bewilligung und Auszahlung von → Arbeitslosengeld (Alg) und anderer passiver Leistungen wie dem Kurzarbeitergeld und dem → Insolvenzgeld an Arbeitnehmer/innen und die Berufsberatung und Arbeitsvermittlung (§§ 29 ff. SGB III), aber auch für Leistun-

gen an Arbeitgeber und an Träger von Arbeitsförderungsmaßnahmen verantwortlich. Zunehmende Bedeutung haben Leistungen der aktiven Arbeitsförderung und hier v.a. die Förderung von Ausbildung und beruflicher Weiterbildung (→ Fort- und Weiterbildung), mit denen die AfA dem Entstehen von → Arbeitslosigkeit entgegenwirken, die Dauer der Arbeitslosigkeit verkürzen und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt unterstützen sollen (vgl. § 1 SGB III).

Bezieht eine arbeitsuchende Person keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung oder ist ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld erschöpft und ist sie hilfebedürftig (→ Hilfebedürftigkeit), ist nicht die AfA, sondern das → Jobcenter zuständig. Die jeweilige örtliche → Zuständigkeit ist in § 327 SGB III und § 36 SGB II geregelt. Neben den Landkreisen und kreisfreien Städten ist die BA jedoch auch Träger von Leistungen nach dem SGB II. Seit durch das »Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« vom 24.12.2003 (BGBl. I S. 2954) die Arbeitslosenhilfe und die → Sozialhilfe zur → Grundsicherung für Arbeitsuchende (→ Arbeitslosengeld II [Alg II], § 19 SGB II) zusammengelegt wurden, erfolgt mit Ausnahme der sog. Optionskommunen (§ 6a SGB II) die Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II durch Kommunen und BA gemeinsam (→ Träger der Grundsicherung). Dies erfolgte zunächst in Arbeitsgemeinschaften und seit dem 1.1.2011, an dem das »Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende« in Kraft trat (BGBl. I 2010 S. 1112), durch 303 gemeinsame Einrichtungen, die zusammen mit den begrenzt zugelassenen kommunalen Trägern (105) die Jobcenter bilden (§ 6d SGB II).

Evelyn Röder

AGE Platform Europe ist ein europäischer Dachverband von Seniorenorganisationen mit Sitz in Brüssel. Er wurde 2001 gegründet, um die Interessen älterer Menschen in der → Europäischen Union zu vertreten. Mittlerweile haben sich dem Verband über 100 Organisationen angeschlossen. Die Verbände repräsentieren zusammen circa 200 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger über 50. A. beteiligt sich an seniorenpolitisch relevanten Diskussionen auf Ebene der Europäischen Union, des → Europarates und der → Vereinten Nationen. Der Verband bietet eine Plattform zum Austausch zwischen Seniorenorganisationen aus vielen Ländern Europas und koordiniert verschiedene EU-Projekte.

Im Vordergrund der Arbeit von A. stehen folgende Themenbereiche: Altersdiskrimi-

nierung, Arbeitsmarktbeteiligung älterer Menschen, → soziale Sicherheit und Renten (→ Rentenversicherung), → Inklusion, → Gesundheit, → Solidarität zwischen Generationen, Mobilität, → Wohnen im Alter und → Digitalisierung. Zu diesen Themen tauschen sich die Mitgliedsorganisationen über Arbeitsgruppen aus. Um Stellungnahmen, Positionspapiere und den jährlich erscheinenden AGE Barometer zu erstellen, befragt A. die Mitgliedsorganisationen regelmäßig zur Situation älterer Menschen im jeweiligen Land.

Die Mitgliedsorganisationen werden entweder von älteren Menschen getragen oder engagieren sich für ihre Belange. Aus Deutschland beteiligen sich die → Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), der → Sozialverband vdk Deutschland und HelpAge Deutschland.

Ina Voelcker

Aggression Das Phänomen der A. tritt im sozialen Zusammenleben der Menschen auf. Beispiele sind Bullying und → Mobbing in der Schule und im Berufsleben, sexuelle Belästigung und Vergewaltigung und gewalttätige → Delinquenz. Ein weiteres Beispiel ist die Intergruppen-A., von Auseinandersetzungen nach Fußballspielen bis zur Feindseligkeit gegen Migranten. Daher kommt der Kontrolle der A. im sozialen Kontext eine große Bedeutung zu. A. wird als absichtliches Handeln definiert, dass auf die Schädigung eines anderen gerichtet ist. Zwei Grundformen der A. sind zu unterscheiden: impulsive A., die geringe Planung aufweist und auf der emotionalen Grundlage von Ärger, Wut oder Empörung spontan stattfindet, und instrumentelle A., bei der → Gewalt überlegt und berechnend eingesetzt wird, um ein erstrebenswertes Ziel zu erreichen. Für den Bereich der Sozialen Arbeit hat dauerhaft auftretendes aggressives → Verhalten eine Bedeutung. Die Stabilität aggressiv-dissozialen Verhaltens hängt von vier relevanten Faktoren ab; dieses Verhalten ist stabil, wenn es a) früh in der Kindheit beginnt, b) sehr häufig auftritt, c) viele Verhaltensbereiche betrifft, d) auf viele Lebensbereiche bezogen ist (→ Familie, Schule, → Peergroup).

Als Ursachen für anhaltendes aggressives Verhalten spielen v.a. psychosoziale Faktoren eine Rolle; Konzepte, die von einem A.trieb o.Ä. ausgehen, sind überholt. Ein zentraler Risiko- und im Umkehrschluss Schutzfaktor stellt die Beziehung zwischen Kind und Eltern dar. Eine starke emotionale Bindung kann auch bei ungünstigen Lebensumständen risikomildernd wirken, andererseits wirkt mangelhafte emotionale Zuwendung oder gar Ablehnung des Kindes als deutlicher Risikofaktor für die

Ausbildung aggressiver → Verhaltensauffälligkeiten. Ein weiterer bedeutsamer Faktor ist das Erziehungsverhalten bzw. der → Erziehungsstil der Eltern. Hier stellen mangelhafte Aufsicht durch die Eltern, Mangel an sozialen Regeln (zu viele oder zu wenige Regeln, keine konsequente Einhaltung der Regeln) sowie ein strenger, strafender Erziehungsstil (z.B. körperliche Misshandlung, Schläge oder Einsperren des Kindes) Risikofaktoren für die Ausbildung aggressiven Verhaltens dar. Oftmals dient massiv aggressives Verhalten auch zur Sicherung eines ansonsten schwachen Selbstwertes. Viele aggressive Vorfälle beruhen zudem auf der Wirkung von Vorbildern, die Gewalt vorleben. Der Familie, der Schule und den Gleichaltrigen kommt in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zu. Durch die Nachahmung von Vorbildern kann es zu einer Weitergabe der A. neigung über die Generationen kommen. Eine weitere Förderung aggressiver Tendenzen kann aufgrund der Gewaltdarstellung in Computerspielen und Fernsehprogrammen entstehen. Die Auftretenshäufigkeit aggressiver Verhaltensweisen sinkt seit 20 Jahren kontinuierlich, Jungen und Männer zeigen deutlich häufiger körperliche und verbale A., Mädchen und Frauen eher relational aggressives Verhalten (Intrigen, Mobbing).

Besonders wichtig ist es, aggressives Verhalten frühzeitig, schon in der Kindertageseinrichtung, zu erkennen und ihm adäquat zu begegnen. Dabei zielt → Elternberatung darauf ab, für die Kinder ein positives Familienklima zu schaffen und es den Eltern zu ermöglichen, schwierige Erziehungssituationen ohne Gewaltanwendung zu bewältigen. Für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gibt es verschiedene gezielte Programme/Trainings (Anti-Gewalt-Trainings) zum Abbau aggressiver Verhaltensweisen. Dabei ist es wichtig, dass die Betroffenen lernen, → Selbstwirksamkeitserfahrungen jenseits des A. handelns zu machen.

Klaus Fröhlich-Gildhoff

Agogik ist ein Sammelbegriff der Sozialwissenschaften für die Lehre über das professionelle Leiten und Begleiten von Menschen jeden Alters. A. hat das Ziel, Menschen in ihren Sozial-, Selbst- und Fachkompetenzen (→ Kompetenzen) zu fördern und diese zu erhöhen.

Im deutschen Sprachraum wird A. weitgehend in zusammengesetzten Begriffen wie Pädagogik (Kindererziehung), Geragogik (→ Bildung im Alter), Andragogik (→ Erwachsenenbildung) verwendet, um arbeitsfeldspezifische Akzente zu setzen. A. versteht sich in erster Linie als eine Haltung, auf deren Basis inhaltlich unterschiedlich ausgerichtete Vermittlungs- oder Bildungs-

aufträge gestaltet werden, bzw. wie den Menschen begegnet wird, an die sich der Auftrag richtet. Kennzeichen hierzu sind der Verzicht auf alles, was auf eine Asymmetrie der Beziehungen hindeuten oder auf eine solche hin sogar abzielen könnte. Die Denkfiguren der A. laden dazu ein, sich mit einer dialogischen, Kreativität und Kräfte freisetzenden Gestaltung von menschlichen Beziehungen zu befassen, indem die Lebenserfahrungen der Menschen im Bildungsprozess anerkannt, sprachfähig und als Anschauungen sichtbar werden. Ein zentrales Instrument der A. ist die Metakommunikation. Sie unterstützt und steuert den Prozess über die Aufdeckung unterschiedlicher Kommunikationsverläufe und Beziehungsstrukturen, unterschiedlicher Sichtweisen auf den Inhalt und des individuellen Kommunikationsverhaltens. Konsequenz durchgeführte Metakommunikation fördert das Kompetenzwachstum für den Umgang mit anderen Menschen.

Ingrid Maria Sitzenstuhl

Aidshilfe Die erste A. wurde 1983 in Berlin unter dem Namen Deutsche AIDS-Hilfe gegründet, 1984 folgten München und Hamburg, 1985 Köln, Düsseldorf und Frankfurt, in der Folge viele weitere Städte. Ziele waren professionelle Hilfe und Unterstützung für Kranke, die Sammlung und Verbreitung von Informationen über die Krankheit und politisches Engagement gegen die befürchtete (erneute) Diskriminierung schwuler Männer, später auch von Drogengebraucher/innen, Sexarbeiter/innen und Migrant/innen aus Ländern mit besonders weiter HIV-Verbreitung (Hochprävalenzländer). Heute sind fast alle der derzeit etwa 120 örtlichen A.-Organisationen – dazu gehören z.B. auch Drogenhilfen, Präventionsprojekte, Schwulen- und Lesbenzentren sowie Wohn- und Pflegeprojekte – in Landesverbänden sowie dem Bundesverband → Deutsche Aidshilfe e.V. zusammengeschlossen. Ihre Arbeitsgrundlage ist die strukturelle → Prävention, der zufolge Gesundheitsverhalten nicht nur Folge individueller Entscheidungen ist, sondern maßgeblich von – politischen, juristischen, sozioökonomischen, kulturellen – Strukturen beeinflusst wird, Verhaltens- und Verhältnisprävention sowie die drei Präventionsebenen (Primär-, Sekundär- und Tertiär-Prävention) nicht zu trennen sind und → Emanzipation und Prävention zusammengehören. Die A.-Organisationen informieren und beraten Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen, fördern → Empowerment, → Selbsthilfe und Selbstvertretung von Menschen mit HIV, begleiten und betreuen Menschen mit HIV, Aids und Hepatitis zu Hause, in Wohnprojekten, → Krankenhäusern, Ge-

fängnissen, Drogentherapie-Einrichtungen oder Unterkünften für Geflüchtete. Darüber hinaus führen sie Aufklärungs- und Fortbildungsveranstaltungen für verschiedene Bevölkerungs- und Berufsgruppen durch (z.B. in Schulen und Jugendeinrichtungen) und leisten politische Arbeit sowie Presse- und → Öffentlichkeitsarbeit auf lokaler/regionaler Ebene. Einige A. und Projekte bieten des Weiteren die Möglichkeit, sich auf HIV, Hepatitis und z.T. auch auf andere sexuell bzw. beim Drogenkonsum übertragbare Infektionen testen zu lassen, betreiben Drogenkonsumräume, Kontaktläden für Drogengebraucher/innen oder Anlaufstellen für Stricher, organisieren Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte für Menschen mit HIV und kooperieren mit Betreiber/innen von Bordellen oder Clubs sowie mit Nutzer/innen sexueller Dienstleistungen. Finanziert werden die A. i.d.R. im Rahmen von kommunalen Leistungsvereinbarungen sowie über Landeszuwendungen, darüber hinaus tragen häufig Spenden, Sponsoringleistungen und Erlöse aus Benefizveranstaltungen zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit bei. Unerlässlich für die meisten A.-Organisationen sind ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, die z.B. in Präventionsteams und für Informations- und Aufklärungsveranstaltungen eingesetzt werden.

Informationen: www.aidshilfe.de

Holger Sweers

Akkreditierung von Studiengängen → Studium der Sozialen Arbeit

Akteneinsicht ist den Verfahrensbeteiligten eines → Verwaltungsverfahrens, Verwaltungsprozesses oder eines Verfahrens in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (→ Familienverfahrensgesetz [FamFG]) grundsätzlich zu gewähren. Personen, die am Verfahren nicht beteiligt sind (Dritte), steht grundsätzlich kein Recht auf A. zu, soweit es sich nicht um amtliche Informationen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFR) handelt. Erst das Recht auf A. ermöglicht es den betroffenen Personen, ihre Rechte im behördlichen oder gerichtlichen Verfahren effektiv wahrzunehmen, da hierfür meist eine genaue Kenntnis der Aktenlage erforderlich ist. Zu den Akten gehören alle Unterlagen, die sich auf das konkrete Verfahren beziehen (z.B. auch Bilder, Skizzen, Pläne, Urkunden usw.). Nicht umfasst sind jedoch interne Bearbeitungsvermerke, damit den Bearbeiter/innen eine unbefangene → Aktenführung ermöglicht wird (vgl. §§ 100 Abs. 4 Verwaltungsverfahrensgesetz [VwGO], 120 Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz [SGG]). Um die oftmals sehr persönlichen Daten über die am Verfahren beteiligten Personen vor

Dritten zu schützen (→ Datenschutz), besteht eine Pflicht zur Gewährung von A. im Verwaltungsverfahren gegenüber Dritten nur dann, wenn diese ein rechtliches Interesse an der A. geltend machen können (§§ 29 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz [VwVfG], 25 Abs. 1 SGB X). Die A. kann selbst Verfahrensbeteiligten verweigert werden, wenn dies zum Schutz berechtigter Interessen anderer Personen oder Institutionen an der Geheimhaltung bestimmter in den Akten befindlichen Informationen erforderlich ist. Im sozialrechtlichen Verwaltungsverfahren kann die A. auch zum Schutz der betroffenen Person selbst verweigert werden, soweit es sich um gesundheitliche Informationen handelt und zu befürchten ist, dass die A. zu einem unmittelbaren (insbesondere gesundheitlichen) Nachteil bei der betroffenen Person führen würde. In diesem Fall ist der Akteninhalt von einem Arzt der betroffenen Person mitzuteilen. Im gerichtlichen Verfahren besteht für alle Verfahrensbeteiligten ein Recht auf A. (§§ 100 Abs. 1 VwGO, 120 Abs. 1 SGG). Allerdings ist die Behörde berechtigt, die Vorlage von Akten dem Gericht vorzuenthalten, wenn sie dazu gesetzlich verpflichtet oder dies zum Wohle des Bundes oder eines deutschen Landes erforderlich ist (§§ 99 VwGO, 119 Abs. 1 SGG). Im FamFG findet sich eine ganz ähnliche Abstufung: Die Beteiligten haben grundsätzlich ein Recht auf A., wenn nicht schwerwiegende Interessen anderer entgegenstehen. Dritte hingegen müssen zunächst ein berechtigtes Interesse an der A. glaubhaft machen. Ihnen kann die A. selbst bei Vorliegen eines berechtigten Interesses schon dann versagt werden, wenn der A. schutzwürdige Interessen anderer Personen entgegenstehen (§ 13 FamFG).

Anusheh Rafi

Aktenführung Der Grundsatz ordnungsgemäßer A. folgt aus dem Rechtsstaatsprinzip (→ Rechtsstaat) nach Art. 20 Abs. 3 → Grundgesetz und dient dem effektiven → Rechtsschutz nach Art. 19 Abs. 4 Grundgesetz. Die öffentlich Verwaltung ist verpflichtet, Akten zu führen. Eine Legaldefinition des Begriffs der Akte lässt sich dabei weder in dem → Sozialgesetzbuch noch anderen allgemeinen Verwaltungsgesetzen finden. Allerdings nehmen einige Geschäftsordnungen der Verwaltung Definitionen für ihren Geschäftsbereich auf, wie z.B. die Gemeinsame Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung – Allgemeiner Teil, § 56 Abs. 1 S. 1, 2 GGO I. Demnach sind Akten »geordnete Zusammenstellungen von Schriftgut zu einem Sachverhalt mit eigenem Aktenzeichen. Sie können in Papierform oder in elektronischer Form vorliegen.«

Dem Prinzip der ordnungsgemäßen A. folgend, sind alle entscheidungsrelevanten Unterlagen und Bearbeitungsschritte eines Geschäftsvorfalles in der Akte zu führen. Unerheblich ist, auf welchem Weg die Unterlagen die Behörde oder → juristische Person erreicht haben. Sind Informationen telefonisch oder z.B. per SMS eingegangen, sind diese als Vermerk zu verschriftlichen. Existiert als führende Akte noch ein papierbasiertes System, sind relevante Informationen, wie bspw. eingegangene Mails, auszudrucken. Die A. (wie auch notwendige Aufbewahrungsfristen) wird durch entsprechende Dienstanweisungen oder Verwaltungsvorschriften vorgegeben. Die Paginierung der Akte erleichtert die Handhabung und erschwert die Manipulation von Akten.

Dabei stehen die Behörden in der Pflicht, vollständig, wahrheitsgetreu und nachvollziehbar zu dokumentieren. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG 16.3.1988, 1 B 153/87) sieht in dieser Pflicht eine mehrfache Sicherung gesetzlich vorgeschriebenen Verwaltungshandelns. Zum einen soll das Verwaltungshandeln nachvollziehbar sein und somit den Interessen der Beteiligten oder der entscheidenden Behörde dienen. Durch wahrheitsgetreue und vollständige A. werden Beteiligte, deren persönliche Daten in den Akten festgehalten sind, vor nicht rechtmäßigem Verwaltungshandeln geschützt. Zum anderen soll die A. auch die Grundlage für die kontinuierliche Wahrnehmung der → Rechts- und → Fachaufsicht und für die parlamentarische Kontrolle des Verwaltungshandelns bilden. Demnach kommt der Verpflichtung zur ordnungsgemäßen A. auch insofern präventive Wirkung zu, als sie rechtswidriges Verwaltungshandeln erschwert.

Neben der Papierakte werden z.T. auch Hybridakten geführt, wonach Teile der Akte als Papierform und Teile in elektronischer Form geführt werden. Gleichermäßen geht die → Digitalisierung der Verwaltung einher mit der Einführung der elektronischen Akte. Auch diese Form verbindet nicht von der Verpflichtung, alle relevanten Unterlagen lückenlos abzulegen. Die Digitalisierung der Verwaltungsarbeit führt zu keiner Veränderung des Grundsatzes der ordnungsgemäßen A.

Konstanze Rothe

Aktion Psychisch Kranke e.V. (APK) ist ein überparteilicher, berufsgruppenübergreifender und unabhängiger Zusammenschluss von Parlamentarier/innen und engagierten Fachleuten aus der → psychiatrischen Versorgung. Die APK tritt für die Verbesserung der Versorgung → psychisch kranker und → seelisch behinderter Menschen ein. Seit 1971 gestaltet die APK die Weiterentwicklung psychiatrischer Versor-

gungsstrukturen durch federführende Beteiligung an wesentlichen psychiatrie-politischen Reformprojekten mit. Auf der Basis der Empfehlung der Psychiatrie-Enquête (1975) und der »Empfehlungen der Expertenkommission zur Reform der Versorgung im psychiatrischen und psychotherapeutisch/psychosomatischen Bereich« (1988) setzt sich die APK für den Ausbau bedarfsgerechter Versorgungsstrukturen für psychisch kranke Menschen ein. Im Mittelpunkt steht dabei der Paradigmenwechsel von der an Einrichtungskonzepten orientierten »institutionszentrierten« Behandlung und → Rehabilitation zum an individuellen → Bedarfen und Zielen orientierten »personenzentrierten Ansatz«. Schwerpunktthemen seit 2017 sind: seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, Weiterentwicklung psychiatrisch/psychotherapeutischer Krankenhausbehandlung, → Teilhabe psychisch kranker Menschen an Arbeit und Beschäftigung und am Leben in der Gemeinschaft, personenzentrierte Hilfen für psychisch kranke alte Menschen und für Menschen mit Pflegebedarf, Umsetzung der → UN-Behindertenrechtskonvention (BRK), Stärkung der Selbstbestimmung und Vermeidung von Zwang im psychiatrischen Hilfesystem sowie Förderung der → Selbsthilfe. Die APK übernahm die Geschäftsführung des vom → Bundesministerium für Gesundheit (BMG) initiierten »Dialog zur Weiterentwicklung der Hilfen für psychisch erkrankte Menschen«, in dem Empfehlungen an den Gesetzgeber entwickelt wurden.

Informationen: www.apk-ev.de

Ulrich Krüger

Aktivierende Pflege Seit Inkrafttreten des Pflege-Versicherungsgesetzes existiert folgende Interpretation dessen, was man unter a. P. versteht, und eine klare Angabe darüber, welchen Stellenwert diese haben sollte: »Die → Pflege soll als a. P. erbracht werden, die vorhandene und wiedererlernbare Fähigkeiten des pflegebedürftigen Menschen fördert und sichert. Selbstständigkeit und Selbsthilfefähigkeit des Pflegebedürftigen sind zu unterstützen und der Pflegebedürftige zur Mithilfe bei der Ausführung aller Pflegeleistungen anzuleiten. Aktivierende Maßnahmen sollen alle körperlichen Einrichtungen einbeziehen, aber auch die hauswirtschaftliche Versorgung, die Organisation des Tagesablaufs und die Gestaltung der Wohnung oder des Pflegeheimes. Die Angehörigen des Pflegebedürftigen sollen sich an der a. P. beteiligen. Die aktive Einbeziehung des Pflegebedürftigen ist eine wesentliche Voraussetzung, → Pflegebedürftigkeit zu überwinden, den Pflegezustand zu verbessern oder einer Verschlimmerung vorzubeugen. Da-

zu gehören z.B. die Ermunterung und ggf. Hilfestellung beim bettlägerigen Pflegebedürftigen zum Aufstehen und Umhergehen, die geistige Anregung insbesondere bei alleinstehenden, vereinsamten Menschen, die Anleitung zum selbstständigen Essen statt passiver Nahrungsaufnahme usw.« (Stellungnahme der Bundesregierung zu § 28 Abs. 4 SGB XI → Pflegeversicherung). A. P. setzt demnach ein rehabilitatives Pflegeverständnis voraus. Denn ein rehabilitatives Pflegeergebnis kann langfristig nur erzielt werden, wenn es gelingt, die noch vorhandenen Selbstpflegefähigkeiten und → Ressourcen des pflegebedürftigen Menschen zu aktivieren. Mithin sollte Pflege einen grundsätzlich rehabilitativen Charakter haben. Eine überwiegend »versorgende Pflege« führt dazu, dass → Hilfebedürftigkeit erhalten und gefördert, statt vermieden und behoben wird. Die generelle Umsetzung dieses gesetzlich verankerten Anspruchs kann jedoch nur unter der Voraussetzung eines ergebnisorientierten Qualitätsansatzes im → Gesundheitswesen gewährleistet werden. Bei dem heutigen maßnahmenorientierten System werden Aktivierungs-/Rehabilitationserfolge finanziell eher bestraft.

Adelheid von Stösser

Alkoholismus → Sucht

Alleinerziehende sind Personen, die ohne Lebenspartner/in mit einem oder mehreren minder- oder volljährigen, unverheirateten, leiblichen, Adoptiv-, Stief- oder Pflegekindern im Haushalt leben. Rund ein Fünftel aller A. in Deutschland pflegen eine Partnerbeziehung ohne → Haushaltsgemeinschaft. A. tragen die elterliche Verantwortung für ein oder für mehrere Kinder weitgehend allein. Sie sind ledig, verheiratet-getschieden, geschieden oder verwitwet. Zwischen A. und ihren Kindern bestehen soziale, verbindliche Beziehungen, in denen Alltag gestaltet wird. Der alleinerziehende Elternteil ist allein verantwortlich für alle Belange des täglichen Lebens und muss von daher auch versuchen, Erwerbsarbeit, Versorgungsansprüche und Familienarbeit miteinander zu koppeln. In den vergangenen Jahren stieg der Anteil der A. an allen Familienhaushalten an. Derzeit stellen die A. etwa 20% von allen Familienformen, d.h. fast jede fünfte → Familie mit Kindern unter 18 Jahre im eigenen Haushalt in Deutschland ist eine A.-Familie. Das Gros der A. stellen mit rund 88% eindeutig die Mütter, etwa 12% sind alleinerziehende Väter. A., die mit einem Partner oder einer Partnerin im Haushalt leben, gelten nach dem »Lebensformenkonzept« als gemischt- oder gleichgeschlechtliche Lebensgemein-

schaften mit Kindern. Synonym zum Begriff »A.« wird häufig auch der Begriff »Ein-Eltern-Familie« oder »Single-Parent-Family« verwendet. Die ansteigende Tendenz dieser Familien- und Lebensform ist nicht nur zahlenmäßig zu verzeichnen. Auch Akzeptanz und Wertschätzung von A. sind deutlich gestiegen. Sie haben heute einen legitimen Charakter und gelten als eine moderne Familien- und Lebensform von vielen. Um die Definition des A.-Begriffes wird eine kontroverse Diskussion geführt. Sie beinhaltet die Frage, ob Mütter oder Väter nicht auch dann als alleinerziehend gelten, wenn sie mit einer Partnerin oder einem Partner im Haushalt zusammenleben. Entscheidend sei doch, wer der alleinerziehende Elternteil ist und wer sich um das Kind kümmert und nicht, ob noch jemand im Haushalt lebt. Die Selbstdefinition von A. kann in dieser Diskussion weiterhelfen. Demnach erleben sich viele A. dann nicht als alleinerziehend, wenn der Partner, die Partnerin oder der leibliche Elternteil die Vater- bzw. Mutterrolle übernimmt. Der Begriff A. ist inhaltlich nahezu identisch mit dem Begriff Ein-Eltern-Familie. In vielen Untersuchungen zur Lebenssituation von A. werden beide Begriffe geführt. Beide Begriffe weisen jedoch Unschärfen auf. Als alleinerziehend könnten bspw. viele bundesdeutsche Mütter bezeichnet werden, weil ihnen deutlich häufiger als den Vätern die Verantwortung für die Erziehung der Kinder obliegt. Der Begriff Ein-Eltern-Familie wiederum erfasst nicht die Verheiratet-Getrenntlebenden, die sich häufig noch in einem Zwischenstadium vor der → Ehescheidung befinden. In → Patchwork-Familien, in denen oftmals die Partner und Partnerinnen Kinder aus früheren Lebensabschnitten haben, fühlen sich diese meist allein zuständig für ihre Kinder. Die meisten A. wünschen sich eine stabile Partnerschaft. Ein Drittel aller A. lebt nach drei Jahren wieder mit einem neuen Partner oder einer neuen Partnerin zusammen. Viele A. definieren sich über eigene Erwerbsarbeit und sehen diese als einen elementaren Bestandteil ihres Lebenskonzeptes.

In der Heterogenität ihrer Lebensformen weisen A. einige Besonderheiten auf, die für → Soziale Arbeit eine sehr bedeutende Rolle spielen. Rund einem Drittel aller A. geht es ausgesprochen gut. Dieser wissenschaftliche Befund verweist auf die Annahme, dass A. eine normale und gesellschaftlich stabile Familienform darstellen. Aber ungefähr zwei Drittel aller A. leben in spezifischen Risikosituationen und die Armutsquote bei A. ist deutlich höher als bei Zwei-Eltern-Familien. Die teils sehr schwierig zu bewältigenden problematischen Situationen korrespondieren mit besonderen Lebensumständen, wie mit einem geringen Schul- oder Berufsab-

schluss, mit geringfügiger Beschäftigung, mit geringem Einkommen, mit mehreren Kindern, mit krisenhaften Familienbiografien, mit mangelnder Kleinkindbetreuung und mit Schwachstellen in den → sozialen Netzwerken der jeweiligen A. In der Sozialen Arbeit und speziell in Beratungskonstellationen treten häufiger diejenigen A. in Erscheinung, die mit solchen multiproblematischen Lebenskonstellationen zu tun haben. In der → Beratung verschimmt jedoch oft das analytische Bild, weil sich die meist alleinerziehenden Frauen in ihren Äußerungen auf Erziehungsprobleme, Versorgungsprobleme der Kinder, Überlastungsphänomene, Kommunikationsprobleme, Vernachlässigung der → Unterhaltspflicht des getrennt lebenden Elternteils oder auf → Verhaltensauffälligkeiten der Kinder beziehen.

Der Blick in der Sozialen Arbeit ist von daher zunächst fallbezogen, aber zusätzlich feldbezogen und auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auszurichten. Neue Formen der lokalen und gesellschaftlichen Verteilung von Chancen gehören neben der betreuenden und beraterischen Arbeit zu den sozial- und kommunalpolitischen Leistungen der sozialpädagogischen Tätigkeit. Dazu zählen das Eintreten für die Entwicklung entsprechender wirtschafts- und sozialpolitischer Unterstützungsleistungen und Unterhaltseinforderungen. Auch die Vernetzung mit den bereits vorhandenen zielgruppenbezogenen Angeboten beruflicher und schulischer Weiterbildung, mit Wiedereinstiegsprogrammen und beruflichen Integrationsprojekten, mit Foren zur Unternehmenssensibilisierung für die spezifischen Kompetenzen von A. und insbesondere mit den pluralen Angeboten der Kinderbetreuung vom Kleinkindalter an, gehören dazu.

Lit. Destatis Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Alleinerziehende in Deutschland 2017, Wiesbaden 2018; Hochgürtel, T./Sommer, B.: Lebensformen in der Bevölkerung und Kinder, in: Destatis Statistisches Bundesamt: Kap. 2.1 Datenreport, Wiesbaden 2021; Hübgen, S.: Armutsrisiko alleinerziehend: Die Bedeutung von sozialer Komposition und institutionellem Kontext in Deutschland, Opladen u.a. 2020; Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V. (VAMV): Alleinerziehend. Tipps und Informationen. Ausgabe 24, Berlin 2020.

Veronika Hammer

Allgemeiner Sozialdienst (ASD) Der ASD ist ein sozialpädagogischer Dienst in kommunaler Trägerschaft. Das Adjektiv »allgemein« steht für ein generalistisch ausgerichtetes Arbeitsfeld. Die Ursprünge dieses Konzeptes liegen in der »Einheits- bzw.

Familienfürsorge« der Weimarer Republik, deren Ziel es war, unterschiedliche Fürsorgebereiche (Jugend-, Gesundheits-, Sozialfürsorge) in einem sozialen Dienst zusammenzuführen. Demnach ist der ASD – im Unterschied zu spezialisierten → sozialen Diensten (z.B. → Schuldnerberatung) – für ein (relativ) breites Aufgabenspektrum zuständig und agiert zielgruppenübergreifend. Aufgrund des Selbstverwaltungsrechts der Kommunen (→ Selbstverwaltung) war und ist er jedoch bundesweit durch unterschiedliche Aufgabenzuschüsse und Organisationsformen gekennzeichnet. Trotz der bestehenden Heterogenität lassen sich jedoch charakteristische Merkmale und Tendenzen benennen, die den ASD als Arbeitsfeld der → Sozialen Arbeit und als Verwaltungseinheit einer Kommunalverwaltung beschreiben:

Aufgabenschwerpunkt des ASD ist die → Kinder- und Jugendhilfe. Zugangsgründe sind i.d.R. familienbezogene bzw. erzieherische Themenstellungen. Dem damit verbundenen Personenkreis (Eltern/Sorgeberechtigte, Kinder/Jugendliche und junge Erwachsene) bietet er eine breite Palette sozialer und sozialpädagogischer Leistungen an. Dabei liegt seine Funktion weniger in deren Durchführung, sondern eher in der → Beratung bzw. Klärung, welche Unterstützung sinnvoll erscheint, und in der Vermittlung, → Koordination sowie Begleitung dieser. Hierzu gehören u.a. Leistungen nach dem SGB VIII, wie → Hilfe zur Erziehung (HzE) (§§ 27 ff. SGB VIII). So ist die → Fachkraft des ASD i.d.R. für die Koordination und Moderation des Hilfeplanverfahrens zuständig (→ Hilfeplanung in der Jugendhilfe). Aber auch Beratung zur → elterlichen Sorge bei Trennung und Scheidung (→ Trennungs- und Scheidungsberatung) (§§ 17, 18 SGB VIII) und die Mitwirkung bei Familiengerichtsangelegenheiten (§ 50 Abs. 2 SGB VIII) gehören in die Zuständigkeit des ASD. Ein weiterer wesentlicher Aufgabenbereich ist die Wahrnehmung des staatlichen → Wächteramtes (Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG) im Rahmen des Schutzauftrages bei Gefährdung des → Kindeswohls (§ 1 Abs. 2 S. 2 und § 8a SGB VIII). Diese Aufgabe stellt erhebliche fachliche Anforderungen an den ASD und betont – neben der Hilfe – den Kontrollanteil der ASD-Arbeit: Nach Abschätzung des Gefährdungsrisikos im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte versucht der ASD durch verschiedene Maßnahmen, z.B. durch die Vermittlung einer → sozialpädagogischen Familienhilfe oder → Pflegefamilie, das Kindeswohl zu sichern. Sollten Eltern die Gefährdung nicht abwenden (können) und/oder keine Unterstützung seitens des ASD annehmen, gehört es zu seinen Aufgaben, bei dem zuständigen → Familiengericht gefährdungsabwehrende Maßnahmen zu be-

zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel SGB XII vorrangig. Ein Bezug von G. schließt einen Bezug von Leistungen nach dem SGB II (→ Grundsicherung für Arbeitsuchende) aus. Ziel bei Einführung der G. war es, verschämte Altersarmut zu verhindern. Ältere Menschen sollen nicht aus Sorge davor, dass ihre Kinder bei einer Inanspruchnahme von Leistungen zum Unterhalt herangezogen werden, auf Leistungen verzichten und in der Folge unterhalb des → Existenzminimums leben. Daher galt bis zum Inkrafttreten des Angehörigen-Entlastungsgesetzes am 1.1.2020 (BGBl. I S. 2135) ausschließlich für die G., dass Unterhaltsansprüche der → Leistungsberechtigten gegenüber ihren Kindern und Eltern nicht zu berücksichtigen sind, es sei denn, deren jährliches Gesamteinkommen im Sinne des § 16 SGB IV beträgt jeweils mehr als 100.000 Euro. Zudem wird vermutet, dass das → Einkommen der unterhaltspflichtigen Personen die Jahreseinkommensgrenze nicht überschreitet. Diese Regelung ist auf das gesamte SGB XII ausgeweitet worden (→ Unterhaltspflicht).

Für die Umsetzung der G. sind die Kommunen zuständig. Der Bund erstattet den Ländern 100% der Nettoausgaben für die → Geldleistungen in der G. Die G. wird daher gem. Art. 1004a Abs. 3 S. 2 GG (→ Grundgesetz) in Bundesauftragsverwaltung durchgeführt. In der Folge unterstehen die Länder bei der Umsetzung der G. gem. Art. 85 GG der Rechts- und Fachaufsicht des Bundes. Leistungen der G. werden auf → Antrag erbracht. Dieser ist an keine bestimmte Form gebunden und wirkt auf den Ersten des Kalendermonats zurück, in dem er gestellt wird. Der reguläre Bewilligungszeitraum beträgt zwölf Kalendermonate. Im Falle einer vorläufigen Bewilligung von Leistungen, z.B. wenn ein Anspruch zwar besteht, die Höhe des Anspruchs jedoch noch nicht feststeht, soll der Bewilligungszeitraum auf höchstens sechs Monate verkürzt werden. Für Antragsteller/innen gilt die → Mitwirkungspflicht.

Anspruch auf G. haben Personen nach Vollendung des 18. Lebensjahres, die ihren gewöhnlichen → Aufenthalt im Inland haben und ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und → Vermögen decken können. Weiterhin muss entweder (1) die Regelaltersgrenze, welche stufenweise auf 67 Jahre erhöht wird (§ 41 Abs. 2 S. 2 SGB XII), erreicht worden sein, oder (2) unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage eine dauerhaft volle Erwerbsminderung vorliegen oder (3) das Eingangsverfahren oder der Berufsbildungsbereich in einer Werkstatt für behinderte Menschen (§ 57 SGB IX) oder bei einem anderen Leistungsanbieter (§ 60

SGB IX) durchlaufen oder eine betriebliche Ausbildung absolviert werden, für welche ein Budget für Ausbildung gezahlt wird (§ 61a SGB IX). Grundsätzlich kann nur von einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung ausgegangen werden, wenn der zuständige → Rentenversicherungsträger dies festgestellt hat. Die Entscheidung des Rentenversicherungsträgers ist bindend. Ein Ersuchen zur Feststellung ist ausnahmsweise entbehrlich, wenn eine der in § 45 S. 3 SGB XII genannten Voraussetzungen vorliegt. Es erfolgt u.a. nicht, wenn Personen im Arbeitsbereich einer → Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) bzw. bei einem anderen Leistungsanbieter beschäftigt sind, ein Budget für Arbeit (§ 61 SGB IX) erhalten oder wenn im Teilhabepflanverfahren festgestellt worden ist, dass ein Mindestmaß an verwertbarer Arbeitsleistung als Voraussetzung für den Übergang in den Arbeitsbereich einer WfbM nicht vorliegt – i.d.R. bei dem Besuch einer → Tagesförderstätte für schwerst- und mehrfachbehinderte Jugendliche und Erwachsene. Diese Personen gelten regelmäßig als dauerhaft voll erwerbsgemindert und haben Anspruch auf G. Von G. ausgeschlossen sind Personen, die ihre Bedürftigkeit in den letzten zehn Jahren vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Zudem erlischt der Anspruch auf Leistungen der G. ab der vierten Woche eines ununterbrochenen Auslandsaufenthaltes (§ 41a SGB XII).

Die G. umfasst folgende Leistungen: Den maßgeblichen → Regelbedarf, die angemessenen → Kosten der Unterkunft und → Kosten der Heizung, → Mehrbedarfe, Beiträge zur → Kranken- und → Pflegeversicherung, Vorsorgebeiträge sowie ggf. → Leistungen für Bildung und Teilhabe. Auf die Summe dieser Leistungen wird das vorhandene Einkommen und Vermögen angerechnet und ergibt den zu berücksichtigenden → Bedarf. Bei → Ehen, → Lebenspartnerschaften oder → ehe- oder lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaften wird Einkommen und Vermögen der nicht getrennt lebenden Partnerin bzw. des Partners berücksichtigt, soweit es den notwendigen Lebensunterhalt dieser Person übersteigt. Auf gesonderten Antrag und bei Vorliegen der Voraussetzungen können weiterhin → einmalige Leistungen und → Darlehen über die G. bewilligt werden.

Die Leistungen der G. für Personen außerhalb von Einrichtungen entsprechen somit der Hilfe zum Lebensunterhalt, jedoch wird in der G. nicht vermutet, dass der Bedarf der antragstellenden Person durch die Personen gedeckt wird, mit denen sie in einer Wohnung lebt. Leistungen der G. für Personen, die in der besonderen Wohnform leben, welche mit dem → Bundesteilhabegesetz (BTHG) die stationäre Einrich-

tung der Eingliederungshilfe abgelöst hat, umfassen ebenfalls die o.g. Leistungen. Allerdings gelten für die Bedarfe für Unterkunft und Heizung in der besonderen Wohnform spezielle Angemessenheitsgrenzen und den Personen wird die Regelbedarfsstufe 2 gezahlt. Bei der Unterbringung in einer stationären Einrichtung wird der notwendige Lebensunterhalt (Regelbedarf, Bedarfe für Unterkunft und Heizung, Mehrbedarf) im Rahmen der G. direkt an die Einrichtung gezahlt. Die Bedarfe für Unterkunft und Heizung sind dabei pauschaliert. Die Leistungsberechtigten erhalten ergänzend einen → Barbetrag und eine Bekleidungs-pauschale über die Hilfe zum Lebensunterhalt. Wer G. bezieht, kann eine Befreiung vom → Rundfunkbeitrag beantragen. Einige Kommunen bieten Vergünstigungen, z.B. für den ÖPNV.

Eva Schuldt

Gründungszuschuss → Arbeitsförderung (SGB III)

Gruppe Der Begriff der (sozialen) G. wird im Alltagsgebrauch für unterschiedliche Phänomene verwendet: z.B. die G. der Raucher/innen, der Zuschauer/innen, der Chormitglieder. Eine so weite Definition führt dazu, sich gegenüber unterschiedlichen Konstellationen fälschlich in gleicher Weise zu verhalten. Es ist daher nicht nur von wissenschaftlichem, sondern auch von praktischem Wert zu wissen, wann es sich tatsächlich um eine G. handelt. Auch der fachwissenschaftliche Gebrauch des Begriffs differiert nach Erkenntnisinteresse. In der → Sozialpsychologie ist eine G. durch folgende Merkmale definiert: (a) relative Kleinheit (drei bis ca. 25 Personen; eine Dyade wird gelegentlich auch als G. bezeichnet, in ihr sind jedoch Konstellationen wie Untergruppen, Koalitionen usw. nicht möglich), (b) unmittelbarer Kontakt (möglicherweise relativiert die Nutzung von Chatrooms usw. die Bedeutung dieses Kriteriums), (c) gemeinsame Ziele, → Normen und Werte, (d) → Rollen, Funktionen und Positionen, (e) relatives Überdauern (gruppentypische Phänomene sind bei längerem Bestehen deutlicher). Diese Definition schließt soziale Kategorien (Raucher/innen), situative Gruppierungen (Zuschauer/innen) sowie → Organisationen aus.

In ihrer psychodynamischen Funktion ermöglicht die Primärgruppe (i.d.R. die → Familie) die Entwicklung der sozialen → Identität. Angesichts der aktuellen Migrationsbewegung verdient diese besondere Aufmerksamkeit in der Sozialen Arbeit. Arbeits- und Problembewältigungsprozesse finden meist in G. statt. Ähnliches gilt für private und gesellschaftliche Anliegen. Obwohl sich jede G. unterschiedlich ent-

wickelt, lassen sich »typische« Phasen feststellen, die mehr oder weniger deutlich in allen G. sichtbar werden. Im Hinblick auf die Beziehungsformen der G.mitglieder hat sich folgendes Phasen-Modell bewährt: (1) Fremdheit mit Vorsicht und Zurückhaltung, gegenüber der G.leitung Abhängigkeit und Rebellion (Gegenabhängigkeit), (2) Orientierung: Entstehung situationsüberdauernder Beziehungen, (3) Vertrautheit: Entstehen einer G.struktur mit Normen, Rollen und »Wir-Gefühl«, (4) Konformität mit Druck zum Einhalten der G.normen und Abgrenzung gegenüber anderen G. und (5) Auflösung: Trauer, Erleichterung, Zukunftsorientierung. Dauer und Ausprägungsgrad sind je nach G. verschieden, durch neue Mitglieder oder Veränderungen in den G.zielen kann eine Rückkehr zu früheren Phasen stattfinden. Wichtig: Aufgaben der G.leitung und Leistungsfähigkeit der G. differieren mit diesen Entwicklungsstufen.

Für die Entwicklung einer G. ist die Art des Zustandekommens wichtig. Informelle G. entstehen auf Initiative der Mitglieder und haben wenige ausdrückliche Regeln, formelle G. haben definierte Rollen (z.B. Teamleitung) und ein meist von außen definiertes Ziel. Bei der Familie handelt es sich um einen Sonderfall: Eine Zweierbeziehung ist keine G. in unserem Sinne, durch Kinder kommt zwar auf Initiative der Eltern eine sog. natürliche G. zustande, für die Kinder aber handelt es sich um eine »Zwangsmitgliedschaft«. Für → soziale Berufe ist Verstehen und konstruktives Umgehen mit G. und ihrer Dynamik von erheblicher Bedeutung (→ Soziale Gruppenarbeit), v.a. wenn der Umgang mit zwangsweise zustande gekommenen G. einen »Doppelauftrag« (Hilfe und Kontrolle) beinhaltet.

Wolfgang Rechten

Gruppenarbeit → Soziale Gruppenarbeit

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) → Ungleichwertigkeitsideologien

Gruppenpädagogik → Soziale Gruppenarbeit

Gruppentherapie bezieht sich als Oberbegriff auf ein breites Spektrum verschiedener Formen der beraterisch-therapeutischen Arbeit in und mit → Gruppen. Mitunter wird G. synonym zu Gruppenpsychotherapie (als gezielte Heilbehandlung → psychischer Störungen in der Gruppe) verstanden, wobei diese Engführung gerade aus sozialarbeiterischer Perspektive aufgrund der Überschneidungen zwischen therapeutischer, pädagogischer und → sozialer Gruppenarbeit in Bezug auf Anwendungsbereich, Methoden und Wirkweise

wenig angemessen erscheint. In der psychosozialen Praxis finden sich – insbesondere in Handlungsfeldern, in denen sich klinisch-sozialarbeiterische Aufgaben stellen (→ Klinische Sozialarbeit) – zahlreiche Gruppenangebote, die nicht auf eine psychotherapeutische Behandlung im individuums- und störungszentrierten Sinne abzielen, sondern – auf wissenschaftlich fundierter Basis – einen heilsamen und entwicklungsförderlichen Erfahrungsraum für Menschen in Belastungssituationen eröffnen und damit selbstverständlich als (sozial-)therapeutisch einzuordnen sind (→ Therapie sowie → Sozialtherapie). In diesem Verständnis ermöglicht G. psychosoziale Belastungen in Gegenwart anderer bzw. gemeinsam mit anderen Klient/innen in einem emotional sicheren und geschützten Rahmen zu reflektieren, zu ver- und bearbeiten. Für die konkrete Ausgestaltung der Arbeit in und mit Gruppen wurden im Rahmen der zentralen beraterisch-therapeutischen Ansätze (→ psychoanalytische Beratung und Therapie, siehe hierzu auch → Psychodrama, → verhaltensorientierte, → humanistische und → systemische Beratung und Therapie) unterschiedliche Konzepte entwickelt; gleichzeitig gewinnen integrative Zugänge an Bedeutung. Im Sinne der richtungweisenden Überlegungen von Yalom kommen in allen Formen der G. ganz eigene, gruppenbezogene Wirkfaktoren zum Tragen, die im Einzelsetting so nicht (oder kaum) hergestellt werden können. Hierzu gehören z.B. Erfahrungen von Altruismus (d.h. dass Gruppenteilnehmer/innen in der Rolle als Klient/in erleben können, mit dem, was sie sagen oder tun, für andere wichtig und/oder hilfreich zu sein) oder der Universalität des Leidens (die entlastende und tröstende Erfahrung, mit Problemen nicht allein zu sein) ebenso wie die vielfältigen Möglichkeiten zu interpersonalem Lernen (→ Soziales Lernen). Dementsprechend ist G. vor allem dann angezeigt und erfolgversprechend, wenn es um die Be- und Verarbeitung von Belastungen geht, die mit Erfahrungen von Ausgrenzung, sozialer Desintegration, Gefühlen von Isolation, Einsamkeit, Entfremdung und/oder Scham verknüpft sind bzw. wenn markante Beeinträchtigungen in der Gestaltung von zwischenmenschlichen Beziehungen und Kontakten bestehen. Insgesamt bieten gruppentherapeutische Ansätze einen sehr guten Zugang um psychosoziale Kompetenzen, Selbsthilfekräfte (→ Selbsthilfe) und → Empowerment-Erfahrungen der Teilnehmenden zu fördern.

Christiane Kröger

Gutachten sind Darstellungen von Erfahrungssätzen, begründeten Interpretationen und Schlussfolgerungen zur Beurteilung

eines Sachverhalts durch Personen mit besonderer Sachkunde (Sachverständige, Sachgutachten). Daneben gibt es G., welche sich ausschließlich rechtlichen Fragestellungen widmen (Rechtsg.). Sachverständige sind zur Erstellung eines G. verpflichtet, wenn dies durch Rechtsnorm bestimmt ist (z.B. in § 407 ZPO [Zivilprozessordnung]). In der Sozialleistungspraxis werden G. zur Sachverhaltsaufklärung und Bewertung herangezogen. Sie dienen als Beweismittel (→ Beweis) im → Verwaltungsverfahren sowie in gerichtlichen Verfahren. Für das (Sozial-)Verwaltungsverfahren sind § 21 SGB X bzw. § 26 VwVfG (Verwaltungsverfahrensgesetz) einschlägig. Im Bereich der Sozial- bzw. Verwaltungsgerichtsbarkeit sind die §§ 106, 109, 118 SGG (Sozialgerichtsgesetz), § 98 VwGO (Verwaltungsgerichtsordnung) mit Verweis auf die Zivilprozessordnung maßgeblich.

G. im Bereich des → Sozialrechts sind notwendig, wenn aus Tatsachen aufgrund besonderer Fachkunde Schlussfolgerungen gezogen werden müssen, die anderweitig für die Anspruchsfeststellung nicht zu ermitteln sind. Dazu können ggf. auch mehrere G. erforderlich sein. Es ist dabei grundsätzlich Sache der Sozialverwaltung bzw. des Gerichts, der/dem Sachverständigen mitzuteilen, von welchem Sachverhalt sie/er auszugehen hat. Häufige Fragestellungen in sozialrechtlichen G. sind Einschätzungen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen (z.B. → Erwerbsfähigkeit bei → Renten wegen Erwerbsminderung, die Funktionsbeeinträchtigungen bei der Einstufung des Grades der Behinderung). Im Bereich der → Unfallversicherung (SGB VII) sind Kausalitätsg. eine häufige Fallkonstellation. In diesen G. ist einzuschätzen, ob eine gesundheitliche Störung eine bestimmte Ursache hat (z.B. für die Anerkennung einer → Berufskrankheit oder eines → Arbeitsunfalles).

Die jeweiligen Sachfragen an die Sachverständigen sind so einzugrenzen, dass sie von der zu beantwortenden Rechtsfrage abgegrenzt werden können. Die Feststellung, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für den jeweiligen Sozialleistungsanspruch vorliegen, obliegt ausschließlich den → Sozialleistungsträgern bzw. den Gerichten. Soweit das G. dazu Ausführungen macht, darf die Verwaltung/das Gericht diese Ausführungen nicht ungeprüft übernehmen. Im G. sind lediglich die Fakten darzulegen, die dem Richter/der RichterIn oder dem Sozialleistungsträger eine eigene rechtliche Einschätzung ermöglichen. Kommen mehrere Sachverständige – z.B. aus unterschiedlichen medizinischen Fachgebieten – bei der Beurteilung eines Sachverhaltes zu unterschiedlichen Ergebnissen, ist weitere Sachverhaltsaufklärung

notwendig. Dies schließt ggf. auch ein weiteres G. ein. Antizipierte Sachverständigeng. sind G., die für eine Vielzahl von vergleichbaren Fällen (vorweg) angefertigt werden, um eine möglichst einheitliche Beurteilung bestimmter Sachfragen zu ermöglichen. Ein Beispiel dafür ist die Anlage zu § 2 VersMedV (Versorgungsmedizin-Verordnung).

Claudia Sammler

Gutachtliche Stellungnahmen (Äußerungen) in der Sozialen Arbeit Eine Reihe gesetzlicher Vorschriften verpflichtet Behörden, die → Soziale Arbeit leisten, Gerichte und anderen Behörden in bei diesen anhängigen Verfahren als Fachbehörde zu unterstützen bzw. in diesen Verfahren mitzuwirken oder sich zu äußern (vgl. etwa § 50 SGB VIII [→ Kinder- und Jugendhilfe] in Bezug auf eine Unterstützung des → Familiengerichts durch das → Jugendamt oder § 52 SGB VIII in Bezug auf eine Unterstützung des Jugendstrafgerichts). Die g. S. ist eine mögliche Art, diesen Pflichten nachzukommen. Umgekehrt sind Gerichte und andere Behörden aufgrund der für sie geltenden Regelungen verpflichtet, Behörden, die Soziale Arbeit leisten, anzuhören (vgl. etwa §§ 162, 176, 194 FamFG [→ Familienverfahrensgesetz], § 38 JGG [→ Jugendgerichtsgesetz]). Der Inhalt der g. S. ergibt sich aus der zur Entscheidung anstehenden Frage, orientiert sich demnach an den jeweiligen materiellrechtlichen Regelungen, die den Gegenstand des Verfahrens bilden. Die Sozialbehörde äußert sich als selbstständige Fachbehörde. Die Gerichte sind gegenüber der Sozialbehörde nicht weisungsbefugt. So besitzt etwa das Familiengericht keine Anordnungskompetenz gegenüber dem Jugendamt im Hinblick auf die Bewilligung einer bestimmten Leistung.

Es empfiehlt sich folgender Aufbau einer g. S.: (1) Vorgeschichte und derzeitige Situation der betroffenen Person(en) (chronologische Auflistung der problemrelevanten Einzelereignisse bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt); (2) psychosozialer Befund (Beschreibung des gegenwärtigen Erlebens und Verhaltens der betroffenen Person(en)); (3) Diagnose/Prognose (Erklärung oder Klassifikation der negativen/positiven Aspekte des Befundes/Versuch der fachlichen Feststellung künftigen Erlebens und Verhaltens); (4) für Familiengericht und andere Behörden: zusammenfassende

Beurteilung und Entscheidungsvorschlag bzw. Handlungsempfehlungen; für Jugendgericht: Äußerungen zur Zurechnungsfähigkeit (§§ 20, 21 StGB); bei Jugendlichen zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit (§ 3 JGG); bei jungen Erwachsenen zur Anwendbarkeit des Jugendstrafrechts (§ 105 JGG); zum Vorliegen schädlicher Neigungen (§ 17 Abs. 2 JGG) usw.

Birgit Hoffmann

Güterrecht, eheliches → Eheliches Güterrecht

Gütesiegel → Qualitätssiegel

Gutschein Trotz häufiger Verwendung im Alltag gibt es für den G. keine gesetzliche Definition. Im Handel verbrieft er den Kund/innen das Recht, sich eine Ware oder Dienstleistung des Ausstellers auszusuchen, die dem im G. ausgewiesenen Umfang oder Wert entspricht. G. finden auch im Sozialbereich Anwendung, z.B. als Kita-G. in der → Kindertagesbetreuung, als Bildungsgutschein (§§ 81 Abs. 4 SGB III, § 16 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 SGB II) sowie als Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein (§ 45 Abs. 4 SGB III, § 16 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 SGB II) im Bereich der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit. Werden Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft durch die Leistungsform eines → Persönlichen Budgets ausgeführt, sind in begründeten Fällen G. auszugeben (§ 29 Abs. 2 S. 2 SGB IX). Auch bestimmte → Leistungen für Bildung und Teilhabe zur Sicherung des Existenzminimums von Kindern können durch Ausgabe personalisierter G. erbracht werden (vgl. § 29 SGB II, § 34a SGB XII). G. beinhalten regelmäßig die Zusage des Leistungsträgers, für die Erbringung der im G. genannten Leistung durch einen Dritten die im G. genannte oder in Rahmenverträgen vereinbarte Vergütung zu zahlen. G. nehmen eine Zwitterstellung zwischen → Geld- und → Sachleistung ein, werden vom Gesetz aber den Sachleistungen gleichgestellt. Sie beinhalten eine Bindung an den Verwendungszweck, belassen den G.inhaber/innen jedoch die Freiheit, zwischen vorhandenen Angeboten zu wählen. Finanziert wird nur die tatsächliche Inanspruchnahme von Leistungen.

Bojana Marković

deshalb ihres spezifischen Auftrags, die Entwicklung junger Menschen zu fördern, immer wieder bewusst werden und ihn immer wieder vor dem Hintergrund sich verändernder gesellschaftlicher Lebensverhältnisse für Kinder und Familien neu definieren.

Lit. Böllert, K. (Hrsg.): Kompendium Kinder- und Jugendhilfe, Bd. 1 u. 2, Wiesbaden 2018; Faltermeier, J./Knuth, N./Stork, R. (Hrsg.): Handbuch Eltern in den Hilfen zur Erziehung, Weinheim/Basel 2022; Hansbauer, P./Merchel, J./Schöne, R.: Kinder- und Jugendhilfe: Grundlagen, Handlungsfelder, professionelle Anforderungen, Stuttgart 2020; Macsenaere, M. (Hrsg.): Handbuch der Hilfen zur Erziehung, Freiburg i.Br. 2014; Schröder, W./Struck, N./Wolff, M. (Hrsg.): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe, 2. Aufl., Weinheim/Basel 2016; Wiesner, R./Wapler, F. et al.: SGB VIII Kommentar, 6. Aufl., München 2021.

Josef Faltermeier/Reinhard Wiesner

Kinder- und Jugendhilfestatistik Die K. u. J. basiert als amtliche Statistik auf einer bundesgesetzlichen Grundlage und erfasst wesentliche Leistungen und Aufgaben der → Kinder- und Jugendhilfe. Sie wird zumeist als jährliche Vollerhebung durchgeführt. Gesetzliche Grundlage sind die §§ 98–103 SGB VIII. Die Erhebungsergebnisse, die von den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt veröffentlicht werden, dienen u.a. der Weiterentwicklung des SGB VIII, der → Sozialberichterstattung auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Gemeinden, der → Jugendhilfeplanung und der sekundäranalytischen Forschung (→ Statistische Grundlagen der Sozialen Arbeit). Erste amtliche Erhebungen für die Bereiche der Jugendfürsorge gehen auf das Jahr 1927 zurück. Im Laufe der Jahrzehnte wurde das Erhebungskonzept immer wieder den Anforderungen der Politik, Verwaltung und Jugendhilfepraxis angepasst. Mit Einführung des SGB VIII wurde ein überarbeitetes Erhebungskonzept in das Fachgesetz integriert, da sich eine enge Verzahnung der Erhebungstatbestände mit den Aufgaben- und Leistungsparagrafen anbot. Darüber hinaus wurden inhaltlich neue Schwerpunkte bei den → familienunterstützenden Hilfen gesetzt. Methodisch wurde größtenteils auf Individualhebungsbögen umgestellt, wodurch einzel-fallbezogen erheblich mehr Informationen abgefragt und ausgewertet werden können. Für die fachliche Auswertung wurde inzwischen die Arbeitsstelle K. u. J. an der Technischen Universität Dortmund eingerichtet.

Die Erhebung der K. u. J. gliedert sich in vier Teile: (1) → Hilfen zur Erziehung

gem. §§ 27 Abs. 2, 28–35a, 41 SGB VIII sowie die vorläufigen Schutzmaßnahmen gem. §§ 42 SGB VIII und die Gefährdungseinschätzungen gemäß § 8a SGB VIII ab 2012. Die Erhebungen werden jährlich als Vollerhebung durchgeführt. Darüber hinaus werden die abgeschlossenen → Adaptionen und weitere Aufgaben des → Jugendamtes (→ Pflegefamilien, → Vormundschaften usw.) zusammenfassend gezählt. (2) Die Angebote der → Jugendarbeit und Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Mitarbeiter/innen anerkannter Träger der Jugendhilfe werden als Vollerhebung alle zwei Jahre seit 2015 mit einem neuen Erhebungskonzept erfasst, zuvor nur alle vier Jahre. (3) Die Erhebung der → Einrichtungen und tätigen Personen in der Kinder- und Jugendhilfe ohne → Kindertageseinrichtungen wird als Stichtagerhebung zum 31.12. alle zwei Jahre durchgeführt. Ab 2006 wird die Erhebung der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen jährlich durchgeführt, seit 2009 zum Stichtag 1. März. Für denselben Stichtag werden ebenfalls Angaben zu den Kindern in → Kindertagespflege und zu den Tagespflegepersonen abgefragt. (4) Die Erhebung der Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe wird jährlich durchgeführt und nach den Leistungsparagrafen des SGB VIII ausgewiesen. Die Ergebnisse werden im Bereich »Öffentliche Sozialleistungen, Jugendhilfe« auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) kostenlos bereitgestellt. Zusätzlich veröffentlichten die Statistischen Landesämter unter Berücksichtigung kreisbezogener Ergebnisse ihre Daten. Die Erhebungsinstrumente werden regelmäßig (zuletzt 2016) an die neuen Entwicklungen in der Praxis angepasst. Hierdurch wird auch der Gebrauchswert der K. u. J. als Instrument zur empirischen Fundierung des Feldes gesichert.

Matthias Schilling

Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) ist das wichtigste Instrument zur Förderung der → Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene. § 83 Abs. 1 SGB VIII normiert die Anregungs- und Förderungskompetenz des Bundes in der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe. Die Anregung kann sich sowohl auf die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt als auch auf einzelne Bereiche konzentrieren. Die Förderung wird in erster Linie durch finanzielle Mittel, bspw. durch → Zuwendungen an → freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, realisiert. Der KJP soll, entsprechend der Ziele der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere dazu beitragen, dass junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung gefördert und

Benachteiligungen abgebaut bzw. vermieden werden, Eltern und andere Erziehungsberechtigte beraten und unterstützt werden, Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl geschützt werden und dass förderliche Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Umwelt geschaffen und erhalten werden. Übergreifendes Ziel aller geförderten Maßnahmen ist es, die Zukunftsfähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe und die Qualitätsentwicklung ihrer Aufgabenwahrnehmung in sämtlichen Handlungsfeldern sicherzustellen. Die mit dem KJP verbundene Zielstellung werden in einem Leitbild konkretisiert. Dieses beinhaltet die zentralen Ziele für die KJP-Förderung, bspw. die Persönlichkeitsbildung, die Förderung demokratischen und rechtsstaatlichen Wertebewusstseins und die Chancengerechtigkeit. Darüber hinaus legt das Leitbild die fachlichen und politischen Rahmenbedingungen und Perspektiven fest.

Zielgruppen des KJP sind junge Menschen i.S. des § 7 Abs. Nr. 4 SGB VIII, Eltern und Erziehungsberechtigte sowie ehren- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendhilfe Tätige. Grundsätzlich gefördert werden können zentrale Maßnahmen mit einer Bedeutung für das gesamte Bundesgebiet, z.B. die Initiierung von bedarfsgerechten Angeboten, die Qualifizierung von → Fachkräften und Ehrenamtlichen der Kinder- und Jugendhilfe oder internationale Maßnahmen. In erster Linie werden die Fördermittel des KJP an die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe ausgereicht, dem Bund bleibt es jedoch vorbehalten, Verlagerungen im Kreis der zu fördernden Organisationen und Verbände vorzunehmen. Die Förderung erfolgt im Regelfall als Projektförderung nach §§ 23, 44 BHO (Bundeshaushaltsordnung), nur im Einzelfall als institutionelle Förderung und grundsätzlich als Teilfinanzierung, mit einer entsprechenden Eigenleistung des Geförderten. Eine Vollfinanzierung kommt ausnahmsweise nur in Betracht, wenn die Erfüllung des Zwecks nur bei einer Vollfinanzierung sichergestellt werden kann. Durch den KJP werden seit 1950 Rahmenbedingungen für eine leistungsstarke bundeszentrale Infrastruktur in der Kinder- und Jugendhilfe geschaffen und gefördert. Im Haushaltsjahr 2019 betrug das Volumen des KJP rd. 205 Mio. Euro.

Petra Mund

Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) (→ Psychiatrische Versorgung) ist ein eigenständiges medizinisches Gebiet, das in der Bundesrepublik Deutschland seit dem Jahre 1968 den Status einer eigenen Facharztdisziplin hat. In den Richtlinien der

Bundesärztekammer ist das Aufgabengebiet wie folgt definiert: »Die KJP umfasst die Erkennung, nichtoperative Behandlung und → Rehabilitation bei psychischen (→ Psychisch kranke Menschen), psychosomatischen (→ Psychosomatik) und neurologischen Erkrankungen oder Störungen sowie bei psychischen und sozialen → Verhaltensauffälligkeiten im Kindesalter.« Dies macht deutlich, dass sich die KJP mit einem breiten Spektrum von Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen befasst. Zu ihnen gehören Hirnfunktionsstörungen, psychosomatische Erkrankungen, schwere Beeinträchtigungen der Realitätsbeziehung (→ Psychosen), frühkindlicher → Autismus, die Folgen von sexueller Gewalt und anderen Traumatisierungen (→ Trauma), → Sucht, → Suizidversuche und Selbstbeschädigungen, → Persönlichkeitsstörungen, → chronische Krankheiten, Behinderungen (→ Menschen mit Behinderung), Intelligenzminderungen und Epilepsie.

Im Bereich der KJP wird auf der Grundlage eines eher medizinisch orientierten Krankheitsbildes bzw. -modells ein i.d.R. sehr breites und multidisziplinäres therapeutisches Arbeiten mit den Patient/innen – und meist auch ihren Bezugspersonen – realisiert. Psychisch kranke Kinder und Jugendliche werden stationär, teilstationär und ambulant behandelt. Der Schwerpunkt liegt heute in der ambulanten Behandlung – zumeist durch niedergelassene Fachärzt/innen und Klinikambulanzen. Daneben finden teilstationäre Behandlungsmöglichkeiten (z.B. → Tageskliniken) eine immer stärkere Beachtung. Stationäre Behandlung ist bei schweren und z.T. lebensbedrohlichen Erkrankungen (z.B. schweren Formen der → Anorexia nervosa oder akuter Selbstgefährdung) oftmals nicht zu umgehen. In manchen Fällen ist eine stationäre Aufnahme auch notwendig, um Kontakte zum bisherigen Lebensbereich der Betroffenen zu unterbinden und sie dann gemeinsam mit Eltern oder anderen Bezugspersonen wieder in anderer Weise zu rekonstruieren. In Deutschland existieren ca. 145 KJP-Institutionen mit einem Netz von differenzierten Angeboten, sodass nahezu eine flächendeckende Versorgungsstruktur erreicht ist.

Als wesentliche Voraussetzung für die → Therapie in allen Behandlungssettings wird eine breite, »mehrdimensionale Diagnostik« (Remschmidt) angesehen. Das Behandlungsspektrum der KJP umfasst unterschiedlich orientierte psychotherapeutische → Interventionen (→ Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, analytische; Verhaltenstherapie, Gesprächstherapie, → Spieltherapie usw.) im Einzel- und Gruppensetting. Diese werden ergänzt durch → Familientherapie und/oder El-

tertrainings. Eine Besonderheit von KJP-Interventionen ist die medikamentöse Behandlung. Das Behandlungsspektrum wird ergänzt durch → Ergotherapie oder andere spezielle Rehabilitationsmaßnahmen. Die Arbeit in der KJP setzt auf ein vernetztes diagnostisches und therapeutisches Angebot, sodass i.d.R. auch Kooperationen mit anderen Diensten, z.B. aus der → Kinder- und Jugendhilfe, zum Alltag gehören. In einer breiten Evaluationsstudie konnten Remschmidt u.a. 2003 zeigen, dass bei den therapeutischen Maßnahmen die familienbezogenen Interventionen (80%) im Vordergrund stehen, eine medikamentöse Behandlung demgegenüber nur in 12% der Fälle erfolgt. Die Erfolgsquoten sind stark von Dauer und Schwere der Erkrankungen abhängig; generell konnte jedoch nachgewiesen werden, dass »der Prozentsatz der erfolgreichen Behandlungen mit steigender Therapiedauer zunimmt«.

Als wissenschaftliche Fachgesellschaft fungiert die → Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie (DGKJP); daneben gibt es den Berufsverband für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie in Deutschland e.V. (BK-JPP).

Klaus Fröhlich-Gildhoff

Kinder- und Jugendpsychotherapie, analytische fußt auf der von S. Freud (1856–1939) entwickelten Psychoanalyse. Freud hat die zentrale Bedeutung frühkindlicher Erfahrungen für die psychische Entwicklung insgesamt sowie spezifisch für die Entwicklung → psychischer Störungen konzeptualisiert. Daraus abgeleitet entwickelte er die Technik der Psychoanalyse Erwachsener (→ Psychoanalytische Beratung und Therapie). Die Behandlung von Kindern und Jugendlichen machte jedoch eine Veränderung der Behandlungstechnik und eine Weiterentwicklung der theoretischen Bezüge nötig. Dieser nahmen sich A. Freud (1895–1982) und M. Klein (1882–1960) aus verschiedenen Perspektiven nahezu zeitgleich an. Wesentliche Behandlungsunterschiede bestanden u.a. in der Frage, ob eine sog. Übertragungsneurose (in der Behandlung Erwachsener erwünscht) entstehen kann, ab wann und in welcher Form gedeutet werden soll, sowie zur Beschaffenheit des Therapieraumes. Einigkeit bestand in der Auffassung, dass dem → Spiel bei Kindern wesentliche Bedeutung zukommt und dass es häufig an die Stelle der freien Assoziationen (Vorgehensweise bei erwachsenen Patient/innen) tritt. Als Vertreter der sog. »Middle Group« entwickelte D. Winnicott (1896–1971) vermittelt dazu eine Reihe von Konzepten wie die »good enough mo-

ther«, den »Übergangsraum und die Übergangsobjekte«.

Heute umfasst das psychoanalytische Theoriegebäude verschiedene Strömungen, welche sich im Wesentlichen in die Trieb-, Ich-, Selbst-, sowie Objektbeziehungspsychologie untergliedern. Insbesondere die von A. Adler (1870–1937) entwickelte → Individualpsychologie weist eine Reihe von Überschneidungen zu Konzepten der Sozialen Arbeit auf. Adlers Überlegungen haben ihrer Wurzeln in der Arbeit mit benachteiligten Klient/innen und waren Grundlage für vielfältige pädagogische Angebote wie Beratungsstellen, Arbeit an Schulen und aufsuchende Hilfen. Für die heutige a. K. J. T. von besonderer Bedeutung sind zudem die Erkenntnisse der Säuglingsforschung (u.a. D. Stern, 1934–2012), die Arbeiten zu Bindung (J. Bowlby, 1907–1990) sowie Konzepte und Forschung zu Mentalisierung und Affektregulation (P. Fonagy, *1952). Jede/r Therapeut/in entwickelt ein eigenes Vorgehen wie eine eigene Identität vor einem pluralen tiefenpsychologischen Theoriehintergrund. Als Krankheitsverständnis wird jedoch geteilt, dass seelisch bedingte Erkrankungen auf lebensgeschichtlich erworbene, ungelöste bewusste oder unbewusste innere Konflikte zurückzuführen sind. Psychische Störungen werden in diesem Zusammenhang als kreativer Selbstheilungs- und Bewältigungsversuch verstanden – mit dem Ziel, ein inneres und äußeres Gleichgewicht herzustellen. Dies wirkt sich jedoch für die Patient/innen selbst sowie das Umfeld häufig destruktiv aus und kann altersangemessene Entwicklungsschritte blockieren. Die analytischen Verfahren weisen hier im Verständnis einige Parallelen mit den humanistischen auf (→ Humanistische Beratung und Therapie).

Im Rahmen regelmäßiger Behandlungsstunden, in der Frequenz und Dauer von einigen Wochen bis zu mehreren Jahren, mehrfach oder auch einmal wöchentlich variieren, wird in Einzel-, aber auch in → Gruppentherapie das Kind bzw. der/die Jugendliche sowie deren engeres Umfeld behandelt. In den einzelnen Sitzungen wird durch den/die Therapeut/in ein Raum zur Verfügung gestellt, in dem unbewusste Konflikte, Probleme oder unerfüllte Wünsche sowie traumatische Erlebnisse, die zum Schutz ins Unbewusste abgewehrt wurden, bei Kindern i.d.R. über das Spiel, bei Jugendlichen auch über die Sprache, gemeinsam verstanden werden können. Mit Hilfe von Einfühlung, Deutung sowie Übertragungs- und Gegenübertragungsanalyse soll ein Prozess angeregt werden, der es ermöglicht, unbewusstes Material behutsam dem → Bewusstsein zugänglich zu machen, um es so in die → Identität in-

buch Sexualpädagogik und sexuelle Bildung, 2. Aufl., Weinheim/Basel 2013.

Maria-Theresia Münch

Sexualität ist der mit Aufkommen der Sexualwissenschaft und der Psychoanalyse Anfang des 19. Jh. in den westlichen Industriegesellschaften zunehmend genutzte Begriff zur Beschreibung des sexuellen Erlebens und → Verhaltens. Aus sexualwissenschaftlicher Perspektive wurde S. immer biopsychosozial (→ Biopsychosoziales Modell), d.h. als Zusammenspiel biologischer, psychologischer und sozialer Faktoren, verstanden und daher zu ihrer Erforschung ein interdisziplinärer Ansatz favorisiert. Ergänzt durch die klinischen Erfahrungen der Sexualmedizin wird gegenwärtig die Multifunktionalität von S. betont, die darin zum Ausdruck kommt, dass sich drei ihr inhärente Dimensionen unterscheiden lassen: die v.a. von den Medien und der Werbung zu Verkaufszwecken besonders in den Vordergrund gestellte Lustdimension, die immer stärker neuen Reproduktionstechniken ausgesetzte Fortpflanzungsdimension und die in der allgemeinen Wahrnehmung vernachlässigte Beziehungsdimension, d.h. die Funktion von S. für die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse nach Sicherheit, → Vertrauen, Angenommenheit, Geborgenheit und Nähe, die sich am intensivsten durch körperliche Intimität mit einem anderen Menschen erfahren lassen. Auch die Beziehungsdimension von S. hat biologische Wurzeln, die z.B. daran erkennbar sind, dass der Mensch wie alle sozial organisierten Säugetiere über Verhaltensprogramme verfügt, die auf Bindung ausgerichtet sind (Greifreflex, Lächelreaktion etc.). Zu den neurobiologischen Hintergründen sind inzwischen konkrete Details bekannt, etwa über das komplexe Zusammenspiel zwischen zentralen Prozessen zur kritischen Verarbeitung sozialer Informationen in Strukturen des Vorderhirns und den sog. Mandelkernen, die an der emotionalen Situationsbewertung, der Entstehung von → Angst, → Aggression und → Stress mit den entsprechenden vegetativen Reaktionen beteiligt sind, dem Belohnungszentrum im Gehirn, aber auch den Sexualzentren einschließlich der entsprechenden Botenstoffe, v.a. dem Bindungshormon Oxytocin, das bei positiven Beziehungserfahrungen freigesetzt wird. Diese Erfahrungen werden von jedem/jeder Einzelnen psychisch verarbeitet und gleichzeitig fortlaufend kulturell überformt. Auch die Beziehungsdimension muss daher wie die Lust- und die Fortpflanzungsdimension zusammengedacht werden mit den soziokulturellen Besonderheiten unseres Zeitalters: die mit der sog. »zweiten Moderne« verknüpften Entscheidungszwänge für → In-

dividuen in einer Zeit, in der alles zur Disposition steht und in der neue technische Errungenschaften – und damit mehr Handlungsmöglichkeiten – zur Verfügung stehen, um diese Dispositionen zu treffen. Kennzeichnend für diese neue Qualität der gesellschaftlichen Verhältnisse ist der Übergang von der Industrie- zur Risikogesellschaft: Die Individuen werden einerseits konfrontiert mit zunehmenden Gefährdungen ihrer Existenzgrundlagen (Umweltschäden, Arbeitslosigkeit etc.) und müssen andererseits mit einer Auflösung von Sinnquellen zurechtkommen.

Die mit diesen gesellschaftlichen Veränderungen verbundene Radikalisierung individueller Entscheidungsmöglichkeiten und der Zwang, sich entscheiden zu müssen, haben zu einer emotionalen Überfrachtung aller Dimensionen von S. geführt, wobei gerade hinsichtlich der Beziehungsdimension deutlich wird, dass das Individuum zwar zum Souverän für alle Dispositionen wird, diesbezüglich aber an den prinzipiell nicht disponiblen Voraussetzungen seiner eigenen Existenz scheitert: der Angewiesenheit auf andere Menschen, im Speziellen auf Sicherheit und Geborgenheit bietende (Intim-)Bindungen, deren Erlebnispotenzial i.S. einer psychoemotionalen Stabilisierung sich eben nicht aus sich selbst heraus schöpfen lässt. Die gegenwärtige Sexualwissenschaft versucht, diesem Wandel der menschlichen S. und daraus resultierender Leidenszustände durch epidemiologische, klinische und Grundlagenforschung gerecht zu werden.

Vor allem die → Prävalenzraten sexueller (Funktions-)Störungen sind hoch und diese Symptombilder als Verursacher hohen → Leidensdrucks und zwischenmenschlicher Schwierigkeiten mit ihren Auswirkungen auf → Gesundheit und Wohlbefinden von besonderer klinischer Relevanz. Auch bei der → Therapie sexueller Störungen wird der Beziehungsdimension besonders Rechnung getragen und davon ausgegangen, dass der Mensch existenziell auf Bindung programmiert ist und seine Lebensqualität von der Qualität seiner Beziehungen, d.h. vom Ausmaß der in ihnen erlebten Erfüllung seiner psychosozialen Grundbedürfnisse abhängt (→ Beziehung/ Bindung in der Sozialen Arbeit). Dementsprechend ist das Ziel sexualtherapeutischer Bemühungen nicht (eindimensional) nur die rasche Beseitigung einer Funktionsstörung, sondern (mehrdimensional) die Erhöhung der sexuell-partnerschaftlichen Zufriedenheit insgesamt und damit die (Wieder-)Freisetzung grundlegender biopsychosozialer → Ressourcen, eben des salutogenen Potenzials der S. Dieses Konzept hat zunehmend Eingang in Ausbildungsgänge für → Gesundheitsberufe ge-

funden (etwa im Modellstudiengang Medizin an der Charité) und ist Teil des Gegenstandskataloges für den Erwerb der Zusatzbezeichnung »Sexualmedizin« entsprechend der Musterweiterbildungsordnung der Bundesärztekammer.

In diesem Zusammenhang ist unter klinischen Aspekten auf eine weitere Besonderheit der menschlichen S. hinzuweisen: sie enorme Vielfalt der sexuellen Präferenzbesonderheiten und ihre weitgehende individuelle Stabilität. Die sexuelle Präferenzstruktur des Menschen manifestiert sich im Jugendalter und ist nach Abschluss der → Pubertät nicht mehr durch gravierende kategoriale Änderungen gekennzeichnet. Dies betrifft die Ausrichtung auf das Geschlecht (auf das männliche oder auf das weibliche Geschlecht, selten auf beide Geschlechter; → Sexuelle Orientierung), das körperliche Entwicklungsschema des begehrten Partners (kindliches, jugendliches, erwachsenes Körperschema) sowie begehrte Praktiken in der Interaktionsgestaltung. Auch wenn empirisch mittlerweile die große Vielzahl von sexuellen Präferenzbesonderheiten (z.B. Fetischismus, Masochismus etc.) und ihre weite Verbreitung in der Allgemeinbevölkerung nachgewiesen werden konnte, sind nur wenige von diesen mit potenzieller Fremdgefährdung verbunden, wenn sie ausgelebt würden (z.B. eine sadistische oder pädophile Neigung; → Pädophilie). Akzentuierungen der sexuellen Präferenz werden aber nur dann als Störungen angesehen, wenn bei den Betroffenen ein damit verknüpfter Leidensdruck besteht oder es zu Beeinträchtigungen der sozialen Integrationsfähigkeit kommt bzw. wenn die sexuelle Selbstbestimmung anderer verletzt wird. Um letzteres zu verhindern, ist in Berlin am Institut für Sexualmedizin der Charité ein Präventionsprojekt etabliert worden, das Menschen mit pädophiler Neigung präventiv Therapie anbietet, damit aus ihren Phantasien keine Taten werden. Dabei gilt ein wichtiger Grundsatz im Umgang mit sexuellen Präferenzbesonderheiten bzw. Paraphilien (Begriff im Diagnostischen und Statistischen Manual psychischer Störungen [DSM-5]): Diese selbst dürfen nicht moralisch verurteilt werden – sie sind Schicksal und nicht Wahl. Sie können aber die Beziehungsfähigkeit und damit die Erfüllung der psychosozialen Grundbedürfnisse beeinträchtigen (dies gilt bspw. auch für fetichistische Neigungen), sodass sich hier Lust- und Beziehungsdimension als schwer vereinbar erweisen und ggf. Anlass für die Inanspruchnahme therapeutischer Hilfen werden.

Lit. Beck, U./Bonß, W.: Die Modernisierung der Moderne, 3. Aufl., Frankfurt a.M. 2009; Beier, K. M./Bosinski, H. A. G./Loewit, K.: Sexualmedizin. Grundlagen

und Klinik sexueller Gesundheit, 3. Aufl., München 2021; Beier, K. M. u.a.: The German Dunkelfeld Project: A Pilot Study to Prevent Child Sexual Abuse and the Use of Child Abusive Images, in: The Journal of Sexual Medicine 12/2015, S. 529–542; Freud, S.: Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie, Frankfurt a.M. 2009.

Klaus M. Beier

Sexuelle Orientierung Die s. O. eines Menschen wird auch als Begehren bezeichnet. Dieses bezieht sich auf gleich- oder andersgeschlechtliche Partner/innen. Die Begriffe Hetero-, Bi- und Homosexualität wurden erst seit Ende des 19. Jh. verwendet. Die Verknüpfung von sexuellen Handlungen mit einer sexuellen → Identität ist ein Produkt der westlichen Moderne und kein weltweites Konzept.

Gleichgeschlechtliche Liebe und Sexualpraktiken werden immer noch stigmatisiert und in vielen Ländern weltweit strafrechtlich verfolgt. In Deutschland kann die Verfolgung aufgrund gleichgeschlechtlicher Sexualität als Asylgrund geltend gemacht werden (→ Asylrecht). Medizinisch galt Homosexualität bis 1992 (→ ICD) als psychische Krankheit. In Deutschland wurden homosexuelle Menschen lange Zeit strafrechtlich verfolgt und im NS-Regime auch getötet. Der § 175 StGB, der sexuelle Handlungen unter Männern unter Strafe stellte, wurde in der DDR 1989 und im ganzen Bundesgebiet 1994 (nach einigen Reformen) ersatzlos gestrichen. Seit 2017 gibt es in die sog. → Ehe für alle, die die eingetragene → Lebenspartnerschaft für homosexuelle Paare rechtlich ablöste. Seit 2020 stehen sog. Konversionstherapien in Deutschland unter Strafe. → Regenbogenfamilien oder queere Familien bestehen aus nicht heterosexuellen und/oder nicht cisgeschlechtlichen Eltern (→ Geschlechtsidentität) mit Kindern.

Wissenschaftliche Erklärungsversuche von Homosexualität gibt es mehrere, abgesichert ist dabei allerdings keiner. Die Häufigkeit homosexueller Erfahrung oder Identität kann schwer bestimmt werden, da gesellschaftliche und kulturelle Rahmenbedingungen die Umfrageergebnisse beeinflussen. Die eigene s. O. wird den meisten Menschen in ihrer → Pubertät bewusst, manchen auch in früheren oder späteren Lebensabschnitten. Der Prozess der Aufklärung des Umfelds über eine nicht heterosexuelle Orientierung wird als Coming-out bezeichnet. Im → Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz sowie in Richtlinien der → Europäischen Union ist festgeschrieben, dass niemand aufgrund seiner s. O. diskriminiert werden darf. Die Soziale Arbeit ist gefordert, aktiv → Stigmatisierung und → Diskriminierung aufgrund der s. O. entgegenzuwirken. Es be-

darf einer informierten, anerkennenden und offenen Haltung gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Besonders die Zeit des Coming-out kann mit Ängsten, Gewalterfahrungen, Ausgrenzung und Suizidgefährdung (→ Suizid) einhergehen. Spezialisierte Beratung sowie (homo-)soziale und kulturelle Angebote gibt es in zahlreichen Städten und vermehrt auch in ländlichen Gebieten.

Neben der homo-, bi- oder heterosexuellen Orientierung gibt es auch weitere Ausprägungen, etwa Pan- oder Asexualität. Zudem wird auch die Art der Auslebung pluraler. Neben der monogamen Beziehungsgestaltung gibt es auch polyamoröse oder offene Beziehungen. Die s. O. ist eng mit der Geschlechtsidentität verbunden.

Anike Krämer

Sexueller Missbrauch (auch »sexuelle Gewalt« oder »sexualisierte Gewalt«) an Kindern ist jede sexuelle Handlung, die mit, an oder vor einem Kind gegen seinen Willen vorgenommen wird oder der es aufgrund körperlicher, psychischer, kognitiver oder sprachlicher Unterlegenheit nicht wissentlich zustimmen kann. Der Täter oder die Täterin nutzt dabei seine/ihre Macht- und Autoritätsposition aus, um seine/ihre eigenen Bedürfnisse auf Kosten des Kindes zu befriedigen. Bei Kindern unter 14 Jahren ist grundsätzlich davon auszugehen, dass sie nicht zustimmen können. Das heißt: selbst wenn ein Kind sein Einverständnis erklärt, liegt s. M. vor. Das Fotografieren oder Filmen von Missbrauchshandlungen ist eine besondere Form des s. M. Zum Begriff: Das Strafgesetzbuch und das → Kinder- und Jugendhilfegesetz sprechen von s. M. Der in der Fachdebatte geläufige Begriff »sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen« betont den Aspekt der → Gewalt, die mit sexuellen Mitteln ausgeübt wird. Der Begriff »sexualisierte Gewalt«, der aus feministischen Diskursen stammt, verdeutlicht, dass → Sexualität benutzt und funktionalisiert wird, um Gewalt auszuüben.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik erfasste im Jahr 2020 14.594 Fälle s. M. an Kindern, 1.102 Fälle s. M. an Jugendlichen und 426 Fälle s. M. an minderjährigen Schutzbefohlenen. In einer Studie von Häusner u.a. (2011) berichten 12,6% der 2.504 Befragten von s. M. in Kindheit und Jugend und 1,6% von schwerem s. M. (Frauen 15,2%, Männer 9,6%). Mädchen erleben häufiger s. M. als Jungen. S. M. findet in etwa 80–90% der Fälle durch Männer/männliche Jugendliche statt, zu etwa 10–20% durch Frauen/weibliche Jugendliche. Missbrauchende Männer stammen aus allen sozialen Schichten, leben hetero- und homosexuell. Die Minderheit der Täter ist pädosexuell (→ Pädophilie).

Über missbrauchende Frauen gibt es wenig Forschung. S. M. durch Frauen wird möglicherweise seltener entdeckt, weil es Wahrnehmungsblockaden gibt. Anders als in der medialen Darstellung kommen zwei Drittel der Täter/innen aus dem sozialen Nahraum, davon ca. ein Drittel aus der Familie.

Die Folgewirkungen bei sexualisierter Gewalt sind für betroffene Kinder/Jugendliche unterschiedlich. Sie hängen z.B. von der Intensität und Dauer des s. M. ab, vom Grad der Abhängigkeit zum Missbrauchenden oder von den schützenden Beziehungen der Mädchen und Jungen. Geschlechtsspezifische Aspekte spielen bei der Verarbeitung der Tat eine Rolle. S. M. ist häufig schwieriger zu erkennen als andere Formen von Kindeswohlgefährdung, da es keine Signale oder spezifischen Symptome gibt, die eindeutig auf s. M. hinweisen, und die Kinder meistens unter einem hohen Geheimhaltungsdruck stehen. → Intervention muss immer zuerst den Schutz der betroffenen Mädchen und Jungen sicherstellen. Spezialisierte Fachberatungsstellen bieten Mädchen und Jungen, Frauen und Männern, die von s. M. betroffen sind, Beratung und Unterstützung an. Sie beraten auch unterstützende Personen und Fachpersonen, die beruflich mit dem Thema konfrontiert sind.

Iris Hölling

SGB II → Grundsicherung für Arbeitssuchende

SGB III → Arbeitsförderung (SGB III)

SGB VIII → Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)

SGB IX → Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – SGB IX

SGB XI → Pflegeversicherung

SGB XII → Sozialhilfe

Shell Jugendstudie → Jugendforschung

Sicherstellungsauftrag bezeichnet in der gesetzlichen → Krankenversicherung die Aufgabe, die ordnungsgemäße Versorgung der Versicherten mit vertragsärztlicher Behandlung (→ vertragsärztliche Versorgung) sicherzustellen. Es ist zu unterscheiden zwischen dem allgemeinen S. und dem besonderen S. Der allgemeine S. obliegt den → Krankenkassen und den → Leistungserbringern ([Zahn-]Ärzte und [Zahn-]Ärztinnen, Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen sowie → medizinische Versorgungszentren) gemeinsam (§ 72 SGB V). Zu diesem Zweck schließen

die Krankenkassen und die die Leistungserbringer repräsentierenden Kassenärztlichen Vereinigungen Kollektivverträge ab. Der besondere S. obliegt den Kassenärztlichen Vereinigungen (§ 75 SGB V). Diese haben gegenüber den Krankenkassen sicherzustellen, dass die vertragsärztliche Versorgung den gesetzlichen und (kollektiv-)vertraglichen Erfordernissen entspricht. Der S. beschreibt die Funktion der Kassenärztlichen Vereinigung für die vertragsärztlich tätigen Personen gegenüber den Krankenkassen; diese sind die Ansprechpartner der Kassen, nicht die einzelnen vertragsärztlich tätigen Personen. Die Kassenärztlichen Vereinigungen erhalten von den Krankenkassen eine sogenannte Gesamtvergütung, die sie sodann zwischen vertragsärztlich tätigen Leistungserbringern verteilen. Zudem haben die Kassenärztlichen Vereinigungen auch die → Qualität vertragsärztlicher Leistungen zu prüfen. Verzichten 50% der vertragsärztlich tätigen Personen in einem Zulassungsbezirk auf die Zulassung zur vertragsärztlichen Versorgung oder verweigern die vertragsärztliche Versorgung, fällt der S. an die Krankenkassen zurück (§ 72a SGB V).

Katja Fahlbusch

Sicherungsverwahrung gehört zu den → Maßregeln der Besserung und Sicherung und ist eine Reaktion auf eine Straftat. Sie wurde im Jahr 1933 in nationalsozialistischer Zeit eingeführt und gilt als eine der schärfsten → Sanktionen des Strafrechts. Nach Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für → Menschenrechte und des → Bundesverfassungsgerichts im Jahre 2011 (BVerfGE 128, 326) wurde der Vollzug der S. reformiert. Die S. richtet sich gegen gefährliche Straftäter/innen und wird i.d.R. im Anschluss an eine zu verbüßende → Freiheitsstrafe in einer Justizvollzugsanstalt vollstreckt.

Die Voraussetzungen der S. sind in den §§ 66 ff. StGB geregelt. Zu unterscheiden sind nach vielfältigen Reformen, die ab Mitte der 1990er-Jahre einsetzten und bis Anfang der 2010er-Jahre andauerten, die primäre S. (geregelt in § 66 StGB), die vorbehaltene S. (§ 66a StGB) sowie die nachträgliche S. (§ 66b StGB). Das Gesetz differenziert bei allen Spielarten der S. zwischen Voraussetzungen formeller und solchen materieller Art. Zu denen formeller Art gehören i.d.R. (etwa bei der primären S. nach § 66 Abs. 1 StGB) eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe in einer gewissen Höhe (z.B. mindestens zwei Jahre) und das Vorliegen einer bestimmten Zahl und Art von → Vorstrafen, für die der/der Straftäter/in eine gewisse Zeit im → Strafvollzug gewesen sein muss. Als materielle Voraussetzung verlangt das Gesetz regelmäßig, dass »die Gesamtwürdigung des

Täters und seiner Taten ergibt, dass er infolge eines Hanges zu erheblichen Straftaten [...] für die Allgemeinheit gefährlich ist«. Mit dieser Kriminalprognose, für die vorbereitend häufig Psychiater/innen oder Psycholog/innen als Sachverständige angehört werden, sind vielfältige Probleme verbunden.

Während die primäre S. vom erkennenden Gericht neben der → Strafe angeordnet wird, entscheidet die Strafkammer, wenn sie sich die S. im Urteil (nur) vorbehalten hat, erst in einem weiteren Verfahren gegen Ende der Zeit im Strafvollzug, ob gegen die verurteilte Person endgültig S. angeordnet wird (§ 66a StGB). Darüber hinaus besteht seit dem Jahr 2004 auch die Möglichkeit einer nachträglichen S. Bei ihr bestimmt ein Strafgericht in einer besonderen Verhandlung nach Erledigung einer Maßregel nach § 63 StGB bei Vorliegen enger Voraussetzungen, dass die betreffende Person nicht entlassen wird, sondern in S. kommt. Die S. dauert so lange an, bis die Strafvollstreckungskammer der Auffassung ist, dass die/der Gefangene nicht mehr gefährlich ist und daher in Freiheit entlassen werden kann (§ 67d Abs. 2 StGB). Diese Überprüfung erfolgt jährlich, nach zehn Jahren S. alle neun Monate (§ 67e Abs. 2 StGB).

§ 66c StGB trifft neben den S.vollzugssetzen der Bundesländer Vorgaben für den Vollzug der S. Aufgrund des Maßregelcharakters der S. müssen die in ihr untergebrachten Personen im Vollzug gegenüber Strafgefangenen bessergestellt sein (»Abstandsgebot«). Zum Stichtag 31.3.2020 befanden sich in Deutschland 589 Personen in S.

Jörg Kinzig

Sinnesbeeinträchtigung → Sehbehinderte Menschen, → Hörbehinderte Menschen, → Menschen mit Behinderungen

Situationsansatz ist eine professionelle Orientierung für die Arbeit in → Kindertageseinrichtungen. Innerhalb des S. bilden die konkreten Erfahrungen und Erlebnisse der Kinder in ihren jeweiligen → Lebenswelten den Ausgangs- und Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit. Kinder werden als Akteure ihrer Entwicklung verstanden. In der pädagogischen Arbeit sollen Situationen geschaffen werden, in denen die Kinder befähigt werden, ihr gegenwärtiges Leben selbstbestimmt, kompetent und verantwortlich zu gestalten. In der Praxis kommt es hier immer wieder zu Missverständnissen, da der verwendete Situationsbegriff über das herkömmliche Verständnis hinausgeht und daher einer inhaltlichen Konkretisierung bedarf. Wenngleich auch die alltäglichen Situationen für die Arbeit im S. handlungsleitend und aus-

- Fachverbände für Menschen mit Behinderung** (Janina Bessenich/Thorsten Hinz) 281
Fahrdienste für Menschen mit Behinderung (Antje Welke) 282
Fahrkosten (Ulrike Häcker) 282
Fahrlässigkeit → Haftung, → Schuld
Fallarbeit (Silke Birgitta Gahleitner) 283
Fallmanagement → Case Management
Fallpauschalen, diagnose-bezogene → Diagnosis Related Groups (DRG)
Fallunspecifische Arbeit → Sozialraumorientierung, → Sozialraumbudget
Fallverstehen (Klaus Kraimer) 283
Fallzahl (Andreas Kuhn) 284
Familie (Andreas Lange) 285
Familienberatung (Silke Naudiet) 286
Familienberichterstattung (Karin Jurczyk) 286
Familienbesteuerung (Gottfried Eichhoff) 287
Familienbildung (Dörthe Gatermann) 287
Familienbüros (Meike Schüle-Tschersich) 288
Familienerholung → Erholung
Familiengerechte Hilfe (Jürgen Winkler) 289
Familiengericht (Diana Eschelbach) 289
Familiengerichtshilfe → Mitwirkung des Jugendamts in familiengerichtlichen Verfahren
Familienhebamme → Frühe Hilfen
Familienhelfer/in (Andreas Gut) 290
Familienhilfe, sozialpädagogische → Sozialpädagogische Familienhilfe
Familienkasse → Kindergeld, → Agentur für Arbeit (AfA)
Familienkrankenhilfe → Familienversicherung
Familienlastenausgleich → Familienleistungsausgleich
Familienleistungen (Romy Ahner) 291
Familienleistungsausgleich (Romy Ahner) 291
Familienpflege (Ulrike Flenskov) 292
Familienpflegezeit (Stefanie Vorberger) 293
Familienplanung (Elke Thoß) 294
Familienpolitik (Karin Jurczyk/Sabina Schutter) 295
Familienrat (Frank Früchtel/Christian Schwarzloos) 296
Familienrecht (Hans-Otto Burschel) 296
Familiensoziologie (Johanna Possinger) 297
Familienplitting → Familienbesteuerung
Familientherapie (Jan Beucke) 298
Familienunterstützende Hilfen (Josef Faltermeier) 298
Familienverbände (Rosemarie Daumüller) 299
Familienverfahrensgesetz (FamFG) (Diana Eschelbach) 300
Familienversicherung (Katja Fahlbusch) 301
Familienwissenschaft (Uta Meier-Gräwe) 301
Familienzentren (Regine Schelle) 301
Familienzusammenführung (Sophie Baumann) 302
Feedback (Bert Voigt/Klaus Doppler) 303
Feldforschung → Empirische Sozialforschung
Festbeträge (Ulrike Häcker) 303
Festnahme (Michael Bolowich) 303
Finalprinzip (Nicola Leiska-Stephan) 304
Finanzierung sozialer Dienste und Einrichtungen (Thomas von Holt) 304
Finanzplanung (Jörg Kruttschnitt) 305
Flüchtlinge (Melanie Kößler) 305
Flüchtlings(sozial)arbeit (Nausikaa Schirilla) 306
Föderalismus (Irene Vorholz) 306
Förderkindergarten (Petra Mund) 307
Förderschule (Petra Mund) 307
Förderungen → Zuwendungen
Forensische Psychiatrie (Gernot Hahn) 308
Formerfordernis → Beglaubigung, → Beurkundung
Fortbildung → Fort- und Weiterbildung
Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes (Hermann Krieger) 309
Fort- und Weiterbildung (Klaus Titz) 310
Fragebogen → Empirische Sozialforschung
Frauenbeauftragte → Gleichstellungsbeauftragte
Frauenberatungsstellen und Frauenotrufe (Katja Grieger) 311
Frauenbewegung → Soziale Bewegungen, → Emanzipation
Frauenforschung → Gender Studies
Frauenhandel → Menschenhandel
Frauenhäuser (Nicola Leiska-Stephan) 311
Frauenotrufe → Frauenberatungsstellen und Frauenotrufe
Frauenstrafvollzug (Rita Haverkamp) 312
Freie Träger (Holger Backhaus-Maul) 313
Freie Wohlfahrtspflege (Gerhard Timm/Sabina Bombien-Theilmann) 314
Freie Wohlfahrtspflege in Europa → Soziale Organisationen in Europa
Freiheitsentziehung (Rolf Marschner) 317
Freiheitsstrafe (Jörg Kinzig) 317
Freinet-Pädagogik (Lothar Klein) 319
Freire-Pädagogik (Josef Faltermeier/Angelika Ehrhardt) 319
Freiwillige Arbeit → Ehrenamtliche/freiwillige Tätigkeit im sozialen Bereich
Freiwillige Gerichtsbarkeit (Romy Ahner) 320
Freiwilligenagenturen/-zentren (Birger Hartnuß) 321
Freiwilligendienste (Gisela Jakob) 321
Freiwilligenmanagement (Ulrike Gringmuth-Dallmer) 323
Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) → Freiwilligendienste
Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) → Freiwilligendienste

- Freizeitpädagogik**
(Nicole Stollenwerk) 323
- Freizügigkeit** → Personenfreizügigkeit, → Europäische Grundfreiheiten
- Fremdbestimmung**
(Silke Birgitta Gahleitner) 324
- Fremdunterbringung** (Réka Fazekas) 324
- Fremdwahrnehmung** (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 325
- Frühe Hilfen** (Réka Fazekas) 326
- Früherkennungsuntersuchung** → Kinderschutz, → Prävention, → Frühe Hilfen
- Frühförderung** (Lisa Eisenbarth) 327
- Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung** (F.B.B.E.) (Maria-Theresia Münch) 327
- Führungsaufsicht** → Maßregeln der Besserung und Sicherung
- Führungskonzeption**
(Philipp Mattern) 329
- Führungsstil** → Führungskonzeption
- Führungszeugnis** → Bundeszentralregister, → Vorstrafe
- Fundraising** (Dennis Fröhlen) 330
- Funktionale Gesundheit** → ICF
- Funktionstraining** (Jeanne Nicklas-Faust) 330
- Fürsorge** (Ralf Mulot) 330
- Fürsorgeprinzip**
(Jonathan I. Fahlbusch) 331
- Ganztagsbetreuung** (Maria-Theresia Münch) 332
- Ganztagschule** (Petra Mund) 332
- Garantenpflicht** (Joachim Merchel) 333
- Gebärdensprachen**
(Thomas Worsecck) 333
- Gedächtnis** (Gerald Echterhoff) 334
- Gefährdeterhilfe** (Michael Braun) 335
- Geflüchtete** → Flüchtlinge
- Geheimhaltung** → Schweigepflicht, → Datenschutz, → Amtsgeheimnis
- Gehörlose Menschen** → Hörbehinderte Menschen
- Gehörlosengeld** (Thomas Worsecck) 336
- Geistig behinderte Menschen** → Menschen mit geistiger Behinderung
- Geldleistung** (Christian Grube) 336
- Geldstrafe** (Jörg Kinzig) 336
- Gemeinde** (Uwe Lübking) 337
- Gemeindekrankenpflege** → Häusliche Krankenpflege
- Gemeindepsychiatrie** (Ulrich Krüger) 338
- Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV)**
(Ulrich Krüger) 338
- Gemeinnützigkeit** (Erika Koglin) 339
- Gemeinsame Empfehlungen**
(Thomas Stähler) 340
- Gemeinsamer Bundesausschuss**
(Dominik Roters) 340
- Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder**
(Petra Winkelmann) 341
- Gemeinwesenarbeit**
(Wolfgang Hinte) 341
- Gender Mainstreaming**
(Sarah Elsun) 342
- Gender Studies** (Mechthild Bereswill) 343
- Generation** → Jugendsoziologie
- Generationenvertrag**
(Johannes Zacher) 344
- Genetische Beratung** → Pränataldiagnostik
- Genfer Flüchtlingskonvention** → Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), → Flüchtlinge
- Gentrifizierung** (Sascha Facius) 345
- Gerechtigkeit** → Soziale Gerechtigkeit
- Geriatric** (Helmut Frohnhofen/Michaela Friedhoff) 345
- Gerichtshilfe** (Uwe Klekrs) 346
- Gerichtshof der Europäischen Union** (EuGH) (Johannes Eisenbarth) 347
- Gerichtsvollzieher/in** → Zwangsvollstreckung
- Geringfügige Beschäftigung**
(Manfred Neumann) 348
- Gerontologie** (Roland Schmidt) 348
- Gerontopsychiatrie**
(Hans Gutzmann) 348
- Gesamtplan in der Eingliederungshilfe**
(Hans-Peter Schütz-Sehring) 350
- Gesamtprogramm Sprache**
(Tillmann Löhr) 350
- Gesamtschule** → Schulformen
- Geschäftsfähigkeit** (Edna Rasch) 351
- Geschichte der Sozialen Arbeit**
(Sabine Schmitt) 351
- Geschlecht** → Gender Studies, → Gender Mainstreaming, → Geschlechtsidentität
- Geschlechtsidentität** (Anike Krämer) 355
- Geschlechtspezifische Kinder- und Jugendarbeit** (Lotte Rose) 355
- Geschwisterkonstellation**
(Jan Beucke) 356
- Gesellschaft** (Klaus Kraimer) 357
- Gesellschaftsschichten** → Sozialstruktur
- Gesellschafts- und Unternehmensformen im sozialen Bereich**
(Thomas von Holt) 358
- Gesetz** (Michael Droege) 359
- Gesetzgebung** (Michael Droege) 360
- Gesetzlicher Vertreter** (Edna Rasch) 361
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung**
(Guido Kirchhoff) 361
- Gesprächsführung, Methoden der**
(Sylvia Keil) 362
- Gesprächspsychotherapie** → Humanistische Beratung und Therapie
- Gestaltpsychologie**
(Markos Maragkos) 363
- Gestalttherapie** → Gestaltpsychologie, → Humanistische Beratung und Therapie
- Gesundheit** (Karl Kälble) 363
- Gesundheitliche Aufklärung** → Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
- Gesundheitsamt** (Ute Teichert) 365
- Gesundheitsberichterstattung**
(Sven Marth) 366
- Gesundheitsberufe** (Peter Buttner) 367
- Gesundheitsdienst, öffentlicher** → Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD)
- Gesundheitserziehung** → Prävention

- Gesundheitsförderung**
(Rolf Rosenbrock) 367
- Gesundheitshilfe** → Hilfen zur Gesundheit
- Gesundheitskarte** → Elektronische Gesundheitskarte
- Gesundheitsökonomie**
(Jürgen Wasem) 368
- Gesundheitspolitik** → Gesundheit, → Gesundheitsberichterstattung, → Gesundheitswesen
- Gesundheitsprävention** → Prävention
- Gesundheitsvorsorge** → Prävention
- Gesundheitswesen** (Anja Dieterich) 369
- Gesundheitswissenschaften**
(Karl Kälble) 370
- Gesundheitsziele** (Jana Henneberger) 370
- Getrenntleben** (Hans-Otto Burschel) 371
- Gewährleistungspflicht**
(Christian Kranjčić) 371
- Gewalt** (Birgit Schweikert) 372
- Gewaltfreie Erziehung** → Gewalt, → Kinderschutz
- Gewaltschutzgesetz** (Johanna Thie) 373
- Gewerbliche Träger** → Privat-gewerbliche Träger
- Gewohnheitsrecht** (Michael Droege) 373
- Gewöhnlicher Aufenthalt** → Aufenthalt
- gGmbH** → Gemeinnützigkeit
- Gilde Soziale Arbeit**
(Andreas Borchert) 374
- Gleichbehandlung** → Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG), → Gleichstellung, → Gleichheits(grund)satz
- Gleichheits(grund)satz**
(Konstanze Rothe) 374
- Gleichstellung** (Sarah Elsun) 375
- Gleichstellungsbeauftragte**
(Christina Nießen-Straube) 375
- Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderung** → Behindertengleichstellungsgesetz (BGG)
- Globalisierung** (Stephan Lessenich) 376
- Governance** (Monika Büning) 377
- Großelternpflege** → Verwandtenpflege
- Großgruppenverfahren**
(Carole Maleh) 378
- Grundeinkommen** (Matthias Möhring-Hesse) 378
- Grundfreiheiten, europäische** → Europäische Grundfreiheiten
- Grundgesamtheit** → Statistische Grundlagen der Sozialen Arbeit, → Empirische Sozialforschung
- Grundgesetz (GG)** (Frank Ehmann) 379
- Grundpflege** (Werner Hesse) 380
- Grundrechte** (Felix Welti) 381
- Grundrentengesetz** (Dana Matlok) 382
- Grundsicherung** (Bruno Kaltenborn) 383
- Grundsicherung für Arbeitsuchende**
(Karen Peters) 383
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** (Eva Schuldt) 384
- Gründungszuschuss** → Arbeitsförderung (SGB III)
- Gruppe** (Wolfgang Rehtien) 386
- Gruppenarbeit** → Soziale Gruppenarbeit
- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)** → Ungleichwertigkeitsideologien
- Gruppenpädagogik** → Soziale Gruppenarbeit
- Gruppentherapie** (Christiane Kröger) 386
- Gutachten** (Claudia Sammler) 387
- Gutachtliche Stellungnahmen (Äußerungen) in der Sozialen Arbeit**
(Birgit Hoffmann) 388
- Güterrecht, eheliches** → Eheliches Güterrecht
- Gütesiegel** → Qualitätssiegel
- Gutschein** (Bojana Marković) 388
- Haager Adoptionsübereinkommen (HAÜ)** (Gabriele Scholz) 389
- Haager Erwachsenenschutzübereinkommen** (Christian Höhn) 389
- Haager Kinderschutzübereinkommen (KSÜ)** (Ursula Rölke) 389
- Haager Kindesentführungsübereinkommen (HKÜ)** (Ursula Rölke) 389
- Haager Übereinkommen**
(Melanie Köbler) 390
- Haftbefehl** (Uwe Klerks) 390
- Haftung** (Réka Fazekas) 390
- Handlungsfähigkeit** (Anusheh Rafi) 391
- Handlungsfelder** → Soziale Arbeit
- Handlungskompetenz** → Kompetenzen
- Handlungstheorie** → Soziologische Grundlagen der Sozialen Arbeit
- Handwerker/innen, Rentenversicherung der** → Rentenversicherung der Handwerker/innen
- Härtefall** (Maria Meyer-Höger) 392
- Härtefälle in der Krankenversicherung**
(Katja Fahlbusch) 392
- Hartz IV** → Arbeitslosengeld II (Alg II), → Grundsicherung für Arbeitsuchende
- Häufigkeit/Häufigkeitsverteilung** → Statistische Grundlagen der Sozialen Arbeit
- Hauptfürsorgestelle** → Integrationsamt
- Hausarztmodell** (Kerstin Hämel) 393
- Hausaufgabenhilfe** (Maria-Theresia Münch) 394
- Hausbesuche** → Aufsuchende Soziale Arbeit
- Hausdurchsuchung** → Durchsuchung
- Hausgrundstück** → Vermögen
- Haushalt** (Jörg Kruttschnitt) 394
- Haushaltsgemeinschaft**
(Jürgen Winkler) 394
- Haushaltsnahe Dienstleistungen**
(Mareike Bröcheler) 395
- Haushaltsplan** (Jörg Kruttschnitt) 396
- Haushalts- und Rechnungswesen**
(Stefan Schick) 396
- Häusliche Ersparnis** (Andreas Pattar) 397
- Häusliche Gewalt** (Birgit Schweikert) 398
- Häusliche Krankenpflege**
(Werner Hesse) 399
- Häusliche Pflege** (Werner Hesse) 399
- Hausrecht** (Werner Hesse) 400
- Hausverbot** → Hausrecht
- Hauswirtschaft** (Martina Feulner) 400

- Heilerziehungspflege**
 (Heidrun Kiessl) 401
Heilmittel (Katja Fahlbusch) 401
Heilpädagogik (Dieter Lotz) 402
Heilpädagogin → Heilpädagogik
Heilpädagogische Einrichtung
 (Frank Johannes Lemke) 403
Heilpädagogische Handlungsfelder
 (Dieter Lotz) 404
Heilsarmee (Manfred Simon) 405
Heim → Einrichtungen
Heimaufsicht (Karlheinz Börner) 405
Heimaufsicht in der Jugendhilfe → Betriebsurlaubnis
Heimbeirat → Heimmitwirkung
Heimerziehung (Christian Schraper) 406
Heimfürsprecher/in → Heimmitwirkung
Heimgesetz → Heimrecht
Heimmitwirkung (Karlheinz Börner) 407
Heimrecht (Thomas Klie) 408
Heimvertrag → Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG)
Heizung, Kosten der → Kosten der Heizung
Helfende Beziehung → Bindung/Beziehung in der Sozialen Arbeit, → Hilfe/Helfen
Heranwachsende → Jugend
Heranziehung zu den Kosten → Kostenersatz, → Kostenbeitrag
Herausgabe (des Kindes)
 (Maria Wersig) 409
Herkunftsfamilie (Josef Faltermeier) 410
Hierarchie → Macht in der Sozialen Arbeit
Hilfebedürftigkeit (Werner Hesse) 411
Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft → Mutterschaftsleistungen, → Hilfen zur Gesundheit, → Bundesstiftung Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens, → Schwangerschaftsberatung
Hilfe/Helfen (Albert Scherr) 411
Hilfe in besonderen Lebenslagen
 (Gottfried Eichhoff) 413
Hilfen für junge Volljährige
 (Reinhard Wiesner) 413
Hilfen zur Gesundheit (Christine Kleiber-Bischof) 414
Hilfeplanung in der Jugendhilfe
 (Josef Faltermeier) 415
Hilfeplanung in der Sozialhilfe
 (Michael Braun) 416
Hilfesuchende/r; Hilfeempfänger/in → Adressat/in, → Leistungsberechtigte/r
Hilfe zum Lebensunterhalt
 (Friederike Mussnug) 417
Hilfe zur Erziehung (HzE)
 (Diana Eschelbach) 418
Hilfe zur Familienplanung → Hilfen zur Gesundheit
Hilfe zur Pflege
 (Jonathan I. Fahlbusch) 419
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten
 (Michael Braun) 421
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts
 (Nicola Leiska-Stephan) 422
Hilfsmittel (Christian Kranjčić) 423
Hinterbliebenenrenten (Sylvia Dünn) 424
HIV-Infektion → Aidshilfe
Hochbegabung → Begabung, → Intelligenz
Hochschulen → Studium der Sozialen Arbeit
Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR)
 (Alfredo Märker) 424
Homosexualität → Sexuelle Orientierung, → Regenbogenfamilien
*Homo- und Trans*feindlichkeit* → Geschlechtsidentität, → Sexuelle Orientierung, → Ungleichwertigkeitsideologien
Hörbehinderte Menschen
 (Thomas Worseck) 425
Hort (Matthias Hugoth) 425
Hospitalismus (Jan Becke) 426
Hospiz(-bewegung) (Michael Ewers) 427
Housing First (Sascha Facius) 427
Humanistische Beratung und Therapie (Helmut Pauls/Silke Birgitta Gahleitner) 427
Humanistische Psychologie (Helmut Pauls/Silke Birgitta Gahleitner) 429
Hypothese → Empirische Sozialforschung
ICD (Wolfgang Cibis) 430
ICF (Sabine Grotkamp) 430
Identität (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 431
Illegalität, aufenthaltsrechtliche → Aufenthaltserrechtliche Illegalität
Impfungen (Hildegard Esser) 432
Incoming (Benjamin Haas) 433
Indikatoren → Sozialindikatoren
Individualisierung (Thomas Kron) 433
Individualisierungsprinzip
 (Jonathan I. Fahlbusch) 434
Individualpsychologie (Katrin Richter-Fuss) 434
Individuation → Selbst-Entwicklung, → Analytische Psychologie
Individuum (Heinz Abels) 435
Infektionsschutz → Meldepflichtige Krankheiten, → Pandemiebewältigung, → Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD)
Informationelle Selbstbestimmung → Datenschutz
Informationspflicht → Aufklärung über soziale Rechte und Pflichten
Infrastruktur, engagementfördernde → Engagementfördernde Infrastruktur
Infrastruktur, soziale → Soziale Infrastruktur
Inhouse-Training (Bert Voigt/Klaus Doppler) 436
Inklusion (Almuth Meinert) 436
Inklusionsamt → Integrationsamt
Inklusionsbetriebe (Christoph Beyer) 437
Inklusionsvereinbarung
 (Christoph Beyer) 437
Innere Mission → Diakonie Deutschland – Der Evangelische Bundesverband

- Innovation** (Harald Christa) 438
Innovation, soziale → Soziales Unternehmertum
Innungskrankenkasse → Krankenkassen
Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen (Christian Schrapper) 438
Insolvenzberatung → Schuldnerberatung
Insolvenzgeld (Katja Fahlbusch) 439
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) (Benjamin Landes) 439
Institution (Veronika Tacke) 440
Institutsambulanzen, psychiatrische → Psychiatrische Versorgung
Integration (Silva Demirci) 440
Integrationsamt (Christoph Beyer) 441
Integrationsbeauftragte/r (Tillmann Löhr) 441
Integrationsfachdienste (Christoph Beyer) 441
Integrationskurs → Gesamtprogramm Sprache
Integrationsunternehmen → Inklusionsbetriebe
Integrationsvereinbarung → Inklusionsvereinbarung
Integrative Erziehung (Angelika Rothmayr) 442
Integriertes Managementsystem (Michael Batz) 442
Integrierte Verbundrechnung → Neues Kommunales Finanzmanagement
Integrierte Versorgung (Kerstin Hämel) 443
Intelligenz (Olga Kunina-Habenicht/Oliver Wilhelm) 443
Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung (Christian Schrapper) 445
Interaktion (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 445
Interdisziplinäre Kooperation → Kooperation
*Intergeschlechtlichkeit, inter** → Geschlechtsidentität
Interkommunale Leistungsvergleiche → Benchmarking
Interkulturelle Erziehung (Paul Mecheril) 446
Interkulturelle Kompetenz (Nausikaa Schirilla) 446
Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste (Nausikaa Schirilla) 447
Interkulturelles Lernen (Paul Mecheril) 447
International Association of Schools of Social Work (IASSW) (Friedrich W. Seibel) 448
International Classification of Diseases → ICD
International Council on Social Welfare (ICSW) (Monika Büning) 448
Internationale Abkommen zur Sozialhilfe und Jugendhilfe (Eberhard Eichenhofer) 449
Internationale Arbeitsorganisation (ILO) (Claudia Menne) 449
Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) (Josef Koch) 450
Internationale Jugendarbeit (Marie-Luise Dreber) 450
Internationale Klassifikation psychischer Störungen → ICD, → ICF, → Klassifikationssysteme psychischer Störungen
Internationaler Kinderschutz → Haager Kinderschutzübereinkommen (KSÜ)
Internationaler Sozialdienst (ISD) (Ursula Rölke) 451
Internationale Soziale Arbeit (Sebastian Regitz) 452
Internationale Sozialpolitik (Ulrich Becker) 452
Internationales Privatrecht (IPR) (Melanie Kößler) 453
Internationales Sozialrecht (Ulrich Becker) 454
Internationale Vergleichsstudien (Katharina Koufen) 455
International Federation of Social Workers (IFSW) (Michael Leinenbach) 456
Intersektionalität (Mechthild Bereswill) 456
Intervention (Herbert Effinger) 456
Interview → Empirische Sozialforschung, → Statistische Grundlagen der Sozialen Arbeit
Intervision → Kollegiale Beratung
Intuition (Silke Birgitta Gahleitner) 457
Investitionsfinanzierung in der Pflegeversicherung (Markus Mühe) 457
Inzidenz (Helmut Pauls) 458
Jobcenter (Hans Lühmann) 459
Judikative → Rechtsprechung
Jugend (Franziska Wächter) 460
Jugendamt (Martin Isermeyer) 461
Jugendarbeit (Ulrich Deinert) 462
Jugendarbeitslosigkeit (Ralf Buchholz) 464
Jugendarbeitsschutz (Maja Wegener) 464
Jugendarrest → Erziehungsmaßregeln, → Zuchtmittel, → Jugendstrafe
Jugendärztlicher Dienst (Maria-Theresia Münch) 465
Jugendberatung (Silke Naudiet) 465
Jugendberichterstattung → Kinder- und Jugendberichterstattung
Jugendberufsagentur (Heiko Bennewitz) 466
Jugendberufshilfe → Jugendsozialarbeit
Jugendbewegung → Soziale Bewegungen
Jugendbildung (Christian Weis) 466
Jugendförderung (Norbert Struck) 467
Jugendforschung (Klaus Hurrelmann) 468
Jugendgefährdende Schriften → Jugendmedienschutz
Jugendgerichte (Jörg-Martin Jehle) 469
Jugendgerichtsgesetz (JGG) (Jörg-Martin Jehle) 470
Jugendgerichtshilfe (JGH) → Mitwirkung des Jugendamts in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz
Jugendgruppe → Jugendarbeit, → Soziale Gruppenarbeit
Jugendherberge (Knut Dinter) 471

- Jugendhilfe* → Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)
- Jugendhilfeausschuss** (Peter Marquard) 471
- Jugendhilfeforschung** (Eric van Santen) 472
- Jugendhilfe für Deutsche im Ausland** (Petra Mund) 472
- Jugendhilfeplanung** (Reinhold Schone) 473
- Jugendhilfestatistik* → Kinder- und Jugendhilfestatistik
- Jugendhilfeträger** (Matthias Selle) 473
- Jugendkammer* → Jugendgerichte
- Jugendkriminalität** (Theresa Höyneck) 474
- Jugendkultur** (Paul Eisewicht) 475
- Jugendleiter/in** (Mike Corsa) 476
- Jugendmedienschutz** (Ingrid Hillebrandt) 476
- Jugendmigrationsdienst (JMD)** (José Torrejón) 477
- Jugendplan* → Landesjugendpläne, → Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP)
- Jugendpolitik** (Joachim Merchel) 477
- Jugendpsychiatrie* → Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP)
- Jugendringe** (Petra Mund) 478
- Jugendschöff/in* → Jugendgerichte, → Schöff/innen
- Jugendschutz** (Réka Fazekas) 478
- Jugendsozialarbeit** (Josef Faltermeier) 479
- Jugendsoziologie** (Bettina Kohlrausch) 480
- Jugendstrafe** (Jörg-Martin Jehle) 480
- Jugendstrafrecht* → Jugendgerichtsgesetz (JGG)
- Jugendstrafvollzug** (Jörg-Martin Jehle) 481
- Jugendverbände** (Petra Mund) 482
- Jugendwohnen* → Wohnformen für Jugendliche
- Juleica (Jugendleiter/in Card)* → Jugendleiter/in
- Jungenarbeit* → Geschlechtsspezifische Kinder- und Jugendarbeit
- Juristische Person** (Petra Schäfer) 483
- KAIZEN** → Qualitätsmanagement
- Kameralistik* → Haushalts- und Rechnungswesen
- Kann-Leistung** (Claire Vogt) 484
- Kapital, soziales** → Soziales Kapital
- Kassenärztliche Versorgung* → Vertragsärztliche Versorgung
- Kasuistik** (Ulrich Schwanecke) 484
- Katamnese** (Bernhard Wagner) 484
- Kausalprinzip** (Nicola Leiska-Stephan) 485
- Kennzahl** (Lisa-Marie Böpple) 485
- Kinderarbeit** (Manfred Liebel) 485
- Kinderbeauftragte/r** (Maria-Theresa Münch) 486
- Kinderbildungspaket* → Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT)
- Kinderdorf** (Vincent Richardt) 486
- Kindererziehungszeiten, rentenrechtliche Anerkennung** (Dana Matlok) 486
- Kindergarten* → Kindertageseinrichtungen
- Kindergeld** (Romy Ahner) 487
- Kindergundsicherung** (Romy Ahner) 488
- Kinderhandel** (Martina Döcker/Ingo Stamm) 488
- Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen* → UNICEF
- Kinderkrankenschwester/-pfleger* → Pflegeberufe
- Kinderladen* → Elterninitiativen
- Kinder mit Migrationshintergrund** (Claudia Machold/Paul Mecheril) 489
- Kinderpolitik* → Jugendpolitik
- Kinderpornografie* → Kindesmisshandlung, → Sexueller Missbrauch
- Kinderrechte** (Verena Lingg) 490
- Kinderregelleistung* → Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz (RBEG)
- Kinderschutz** (Réka Fazekas) 491
- Kinderschutzbund (DKSB)** (Daniel Grein) 492
- Kindertagesbetreuung** (Maria-Theresa Münch) 493
- Kindertagesbetreuungsgesetze** (Matthias Hugoth) 493
- Kindertageseinrichtungen** (Matthias Hugoth) 494
- Kindertagespflege** (Marion von zur Gathen) 494
- Kindertagesstätte* → Kindertageseinrichtungen
- Kinder- und Jugendarbeit* → Jugendarbeit
- Kinder- und Jugendberichterstattung** (Christian Lüders) 495
- Kinder- und Jugenderholung* → Erholung
- Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG)** (Reinhard Wiesner) 495
- Kinder- und Jugendhilfe** (SGB VIII) (Josef Faltermeier/Reinhard Wiesner) 496
- Kinder- und Jugendhilfestatistik** (Matthias Schilling) 500
- Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP)** (Petra Mund) 500
- Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP)** (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 501
- Kinder- und Jugendpsychotherapie, analytische** (Silke Birgitta Gahleitner/Adrian Golatka) 502
- Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG)** (Reinhard Wiesner) 503
- Kinderzuschlag** (Nicola Leiska-Stephan) 504
- Kindesentführung** (Ursula Rölke) 504
- Kindesmisshandlung** (Josef Faltermeier) 505
- Kindesvernachlässigung** (Heinz Kindler) 506
- Kindeswohl** (Reinhard Wiesner) 507
- Kindheit** (Andreas Lange) 509
- Kindheitspädagogik** (Elke Kruse) 510
- Kindschaftsrecht** (Diana Eschelbach) 511
- Kindschaftssachen** (Birgit Hoffmann) 511
- Kirchenasyl** (Genia Schenke Plisch) 512

- Klage** (Hans-Ulrich Weth) 512
Klasse → Soziale Ungleichheit, → Sozialstruktur
- Klassifikationssysteme psychischer Störungen** (Silke Birgitta Gahleitner) 513
Kleinkindererziehung → Frühkindliche Bildung, → Betreuung und Erziehung (F.B.B.E.)
- Klient/in* → Adressat/in
Klientenzierte Therapie → Humanistische Beratung und Therapie
- Klinische Psychologie** (Christine Kröger/Helmut Pauls) 513
- Klinische Sozialarbeit** (Helmut Pauls/Silke Birgitta Gahleitner) 514
- Knappschaftliche Rentenversicherung** (Monika Rahn) 515
- Koedukation** (Petra Mund) 516
- Kognitionen** (Michael Borg-Laufs) 516
Kognitive Therapie → Kognitionen, → Verhaltensorientierte Beratung und Therapie
- Kollegiale Beratung** (Klaus-Jürgen Titz) 517
- Kombilohn* → Einstiegsgehalt
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)** (Martina Senekowitsch) 517
- Kommunaler Sozialdienst* → Allgemeiner Sozialdienst (ASD)
- Kommunale Spitzenverbände** (Ralf Mulot) 518
- Kommunale Verwaltung* → Gemeinde, → Kreisangehörige Städte, → Kreisfreie Städte, → Landkreise
- Kommune* → Kreisfreie Städte, → Kreisangehörige Städte, → Gemeinde, → Landkreise
- Kommunikation** (Petra Mund) 518
- Kommunikationsmanagement** (Beate Hagen) 519
- Kommunitarismus** (Holger Backhaus-Maul) 519
- Kompensation** (Katrin Richter-Fuss) 520
- Kompensatorische Erziehung** (Maria-Theresia Münch) 520
- Kompetenzen** (Petra Mund) 520
- Komplementäre Dienste und Einrichtungen für psychisch kranke/seelisch behinderte Menschen** (Ulrich Krüger) 521
- Konditionierung* → Verhaltensforschung
- Konferenz der obersten Landessozialbehörden (KOLS)** (Ralf Sommer) 522
- Konflikt** (Günter Buck) 523
- Kongress der Sozialwirtschaft** (Gerhard Timm/Bert Hinterkeuser) 524
- Konsulargesetz* → Sozialhilfe für Deutsche im Ausland
- Kontopfändung* → Pfändungsschutz, → Verbraucherinsolvenz
- Kontrolle, soziale** → Soziale Kontrolle
- Konzeptentwicklung** (Klaus Titz) 524
- Konzession** (Anuschka Novakovic) 525
- Kooperation** (Herbert Schubert) 525
- Koordination** (Herbert Schubert) 527
- Kopenhagenprozess* → Studium der Sozialen Arbeit
- Körperbehinderte Menschen** (Anne Willeke) 528
Körperersatzstücke → Hilfsmittel
- Körperschaften** (Erika Koglin) 529
- Korrelation* → Statistische Grundlagen der Sozialen Arbeit
- Kostenbeitrag** (Laura Hamann) 529
- Kostenbeteiligung** (Diana Eschelbach) 529
- Kosten der Heizung** (Uwe Berlit) 530
- Kosten der Unterkunft** (Uwe Berlit) 531
- Kostensatz** (Gottfried Eichhoff) 532
- Kostenerstattung** (Konstanze Rothe) 532
- Kosten-Nutzen-Analyse (KNA)** (Klaus Schellberg) 533
- Kosten- und Leistungsrechnung** (Hans-Christoph Reiss) 534
Kostenvereinbarungen → Vereinbarungen
- Kosten-Wirksamkeits-Analyse (KWA)** (Klaus Schellberg) 534
- Krabbelstube* → Kindertageseinrichtungen
- Krankenbehandlung** (Hajo Zeeb) 535
- Krankengeld** (Katja Fahlbusch) 535
- Krankenhaus** (Jan Eilrich) 536
- Krankenhilfe* → Hilfen zur Gesundheit
- Krankenkassen** (Franz Knieps) 537
- Krankenkostzulagen* → Mehrbedarf
- Krankenpflegeberufe* → Pflegeberufe
- Krankenschwester/-pfleger* → Pflegeberufe
- Krankenversicherung** (Franz Knieps) 538
- Krankheit** (Hajo Zeeb) 539
- Krankheitsverhütung* → Vorbeugende Hilfe, → Prävention
- Kreativität** (Siegfried Preiser) 540
- Kreisangehörige Städte** (Uwe Lübking) 540
- Kreisfreie Städte** (Helmut Dedy) 541
- Kreisjugendamt* → Jugendamt
- Kriegsopferfürsorge* → Soziale Entschädigung
- Kriegsopferversorgung* → Soziale Entschädigung
- Kriminalität** (Heinz Cornel) 542
- Kriminalprävention** (Theresia Höyneck) 542
- Krippe* → Kindertageseinrichtungen
- Krisenintervention** (Silke Birgitta Gahleitner/Wolf Ortiz-Müller) 543
- Kronberger Kreis für Dialogische Qualitätsentwicklung e.V. (KK)** (Reinhart Wolff) 544
- Kultusministerkonferenz (KMK)** (Larissa Meinunger) 544
- Kunden/Kundinnen im sozialen Bereich** (Bernd Halfar) 544
- Kundenorientierung* → Verwaltungsmodernisierung
- Kündigung (im Arbeitsrecht)** (Katja Fahlbusch) 545
- Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen** (Katja Kruse) 546
- Kündigungsschutz im Mietrecht* → Mieterschutz

- Künstlerische Therapien* → Musiktherapie
- Kunst- und Kulturpädagogik**
(Georg Peez) 547
- Kur* → Medizinische Rehabilitation
- Kuratorium Deutsche Altershilfe-Wilhelmine-Lübke-Stiftung e.V. (KDA)**
(Helmut Knepp) 547
- Kuren für pflegende Angehörige* → Müttergenesungswerk
- Kurzzeitpflege** (Ulrike Häcker) 547
- Labeling approach** (Tilman Lutz) 549
- Landesärztinnen/Landesärzte**
(Matthias Schmidt-Ohlemann) 549
- Landesblindengeldgesetze* → Blindengeld
- Landesjugendamt**
(Magdalene Dubiel) 550
- Landesjugendhilfeausschuss* → Jugendhilfeausschuss
- Landesjugendpläne**
(Stephan Maykus) 550
- Landespflegeausschuss** (Maren Preuß/
Susanne Fleckinger) 551
- Landespflegegesetze**
(Katja Fahlbusch) 551
- Landesversicherungsanstalten* → Regionalträger
- Landeswohlfahrtsverbände* → Träger der Sozialhilfe
- Landkreise** (Irene Vorholz) 552
- Landchaftsverbände** (Ralf Mulot) 552
- Landwirt/innen, Alterssicherung der* → Alterssicherung der Landwirt/innen
- Längsschnitterhebung* → Empirische Sozialforschung, → Statistische Grundlagen der Sozialen Arbeit
- Langzeitarbeitslosigkeit* → Arbeitslosigkeit
- Lastenausgleich** (Gottfried Eichhoff) 553
- Lastenzuschuss* → Wohngeld
- Lebenshaltungskosten* → Regelbedarf
- Lebenskrise* → Krisenintervention
- Lebenslage** (Dietrich Engels) 553
- Lebenslanges Lernen* → Lernen, → Soziales Lernen
- Lebenslauforschung**
(Michael Wagner) 554
- Lebenspartnerschaft** (Karen Peters) 554
- Lebensstil** (Michael Wagner) 555
- Lebensunterhalt* → Hilfe zum Lebensunterhalt, → Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts
- Lebenswelt** (Gerhard Frank) 555
- Legalität* → Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- Legasthenie* → Lese- und/oder Rechtschreibstörung
- Legislative* → Gesetzgebung
- Leichte Sprache** (Nina Krüger) 557
- Leidensdruck** (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 557
- Leihmutter* → Ersatzmutter
- Leistungen für Bildung und Teilhabe** (BuT) (Claudia Sammler) 557
- Leistungen zum Lebensunterhalt für Ausländer/innen** (Tillmann Lohr) 558
- Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts** (Reiner Höft-Dzemski) 560
- Leistungsabsprache** (Maria Meyer-Höger) 560
- Leistungsarten** (Christian Grube) 561
- Leistungsberechtigte/r**
(Jürgen Winkler) 562
- Leistungsbescheid** (Sabine Gallep) 562
- Leistungsentgelte* → Vereinbarungen
- Leistungserbringer in der Sozialen Arbeit**
(Heinrich Griep) 562
- Leistungsträger* → Sozialleistungsträger
- Leistungsvereinbarungen* → Vereinbarungen
- Leistungsverträge* → Leistungserbringer in der Sozialen Arbeit
- Leitbild(-entwicklung)**
(Hartmut O. Genz-Bideau) 563
- Lernbehinderung**
(Frank Johannes Lemke) 564
- Lernen** (Ekkehard Nuißl) 565
- Lernschwierigkeiten* → Lernstörung, → Lernbehinderung
- Lernstörung** (Michael Borg-Laufs) 569
- Lernziel** (Stefan Heeg) 569
- Lese- und/oder Rechtschreibstörung**
(Katharina Galuschka) 570
- LBGTIQ** → Sexuelle Orientierung, → Geschlechtsidentität
- Liniensystem* → Matrixorganisation
- Live-in-Care** (Elke Tiefeler-Marenda) 571
- Logopädie** (Dagmar Karrasch/
Monika Rausch) 571
- Logotherapie** (Anna-Maria Stegmaier) 572
- Lohnersatzleistung* → Alterssicherung, → Arbeitslosengeld (Alg)
- Lohnfortzahlung* → Entgeltfortzahlung
- Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz** (Silke Leicht) 572
- Lokale Bündnisse für Familie (LBfF)**
(Laura Castiglioni) 573
- Macht in der Sozialen Arbeit**
(Juliane Sagebiel) 574
- Mädchenarbeit* → Geschlechtsspezifische Kinder- und Jugendarbeit
- Magersucht* → Anorexia nervosa
- Mahlzeitendienste* → Ambulante Dienste für ältere Menschen
- Mahnverfahren** (Hans-Ulrich Weth) 575
- Management** → Sozialmanagement
- Manie** (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 575
- Marketing** → Sozialmarketing
- Maßregeln der Besserung und Sicherung**
(Jörg Kinzig) 576
- Maßregelvollzug** (Gernot Hahn) 577
- Master-Studiengang* → Studium der Sozialen Arbeit
- Matrixorganisation** (Eberhard Funk/
Andreas Kuhn) 578
- Mediation** (Petra Padberg) 578
- Medienbildung** (Nadia Kutscher) 579
- Medienkompetenz* → Medienbildung
- Medikamentensucht* → Sucht
- Medizinischer Dienst (MD)**
(Peter Pick) 580

- Medizinische Rehabilitation**
(Thomas Stähler) 581
- Medizinische Versorgungszentren (MVZ)**
(Jan Eilrich) 583
- Medizinsoziologie** (Christian Janßen) 583
- Mehrbedarf** (Hans Lühmann) 584
- Mehrfachbehinderte Menschen**
(Anne Willeke) 585
- Mehrgenerationenhäuser**
(Celia Lehmitz) 586
- Meinungsforschung** → Demoskopie
- Meldepflichtige Krankheiten**
(Hildegard Esser) 586
- Menschenhandel** (Sophia Wirsching) 587
- Menschen mit Behinderungen**
(Felix Welti) 587
- Menschen mit geistiger Behinderung**
(Jeanne Nicklas-Faust) 588
- Menschenrechte** (Felix Welti) 589
- Menschenwürde** (Frank Ehmann) 589
- Mentoring** (Sarah Häsel-er-Bestmann) 590
- Messung** → Statistische Grundlagen der Sozialen Arbeit, → Empirische Sozialforschung
- Methoden der Sozialen Arbeit** → Soziale Arbeit
- Miete** → Kosten der Unterkunft
- Mieterschutz** (Hans-Ulrich Weth) 591
- Mietzuschuss** → Wohngeld
- Migrantenorganisation**
(Nurserim Sönmez) 591
- Migration** (Elke Tiefeler-Marenda) 592
- Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)** (Tatjana Moser-Geithner) 593
- Migrationshintergrund**
(Tillmann Löhner) 594
- Migrationspolitik** → Europäische Flüchtlingspolitik, → Migration
- Migrationssozialarbeit**
(Nausikaa Schirilla) 594
- Mikrozensus** (Nelli Krüger) 595
- Milieu, soziales** → Sozialstruktur, → Lebensstil
- Milieuspezifische Erziehung**
(Matthias Grundmann) 596
- Milieutherapie** → Pädagogisch-therapeutisches Milieu
- Minderbegabung** → Intelligenz
- Minderheiten** (Jochen Oltmer) 596
- Minderjährigkeit** (Birgit Hoffmann) 597
- Mindesteinkommen** → Grundeinkommen, → Grundsicherung, → Rente nach Mindesteinkommen
- Mindestentgeltpunkte bei geringem Arbeitsentgelt** → Rente nach Mindesteinkommen
- Mindestrente** → Rente nach Mindesteinkommen
- Mindestunterhalt minderjähriger Kinder**
(Romy Ahner) 597
- Minijob** → Geringfügige Beschäftigung
- Missbrauch** → Sexueller Missbrauch, → Sozialleistungsmissbrauch
- Mitarbeitergespräch (MAG)**
(Klaus Titz) 598
- Mitbestimmung** (Dorette Nickel) 598
- Mitwirkung des Jugendamts in familiengerichtlichen Verfahren**
(Dorette Nickel) 598
- Mitwirkung des Jugendamts in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz**
(Robert Hotstegs) 599
- Mitwirkungspflichten**
(Antje Wrackmeyer-Schoene) 600
- Mobbing** (Thomas von Eisenhart Rothe/Beate von Eisenhart Rothe) 601
- Mobile Jugendarbeit**
(Martin Isermeyer) 601
- Mobile medizinische Rehabilitation** → Ambulante medizinische Rehabilitation
- Moderation** (Klaus Doppler/Bert Voigt) 602
- Modul** → Studium der Sozialen Arbeit, → Ausbildung in sozialen Berufen
- Monetarisierung** (Tobias Kemnitzer) 602
- Monitoring** → Sozialmonitoring
- Montessori-Pädagogik** (Heiner Barz) 603
- Motivation** (Christine Kröger) 603
- Mündel** → Vormundschaft
- Musiktherapie** (Karin Bösel) 604
- Muslimische Wohlfahrt**
(Anke Strube) 604
- Muss-Leistung** → Pflichtleistung
- Mütterberatung** → Elternberatung
- Müttererholung** → Müttergenesungswerk, → Erholung
- Müttergenesungswerk**
(Rebekka Rupprecht) 605
- Mutter-Kind-Einrichtungen** → Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder
- Mütterkuren** → Müttergenesungswerk
- Mütterrente** → Kindererziehungszeiten, rentenrechtliche Anerkennung von *Mutterschaftsgeld* → Mutterschaftsleistungen
- Mutterschaftsleistungen**
(Katja Fahlbusch) 606
- Mutterschaftsurlaub** → Elternzeit, → Mutterschaftsleistungen
- Mutterschutz** → Mutterschaftsleistungen
- Mütterzentren** → Familienzentren
- Nachbarschaftshilfe**
(Christine Spaninger) 607
- Nachgehende Hilfe** (Daniel Heinisch) 608
- Nachrang der Eingliederungshilfe**
(Arne von Boetticher) 608
- Nachrang der Sozialhilfe und der Jugendhilfe** (Arne von Boetticher) 609
- Nachtpflege** (Lisa Marcella Schmidt) 610
- NAKOS (Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen)**
(Ursula Helms) 611
- Nationale Armutskonferenz**
(Valentin Persau) 611
- Naturalleistung** → Sachleistung
- Netzplantechnik** (Ingo Gottschalk) 611
- Netzwerke, soziale** → Soziales Kapital, → Soziales Umfeld
- Netzwerkmanagement**
(Herbert Schubert) 612

- Neuansiedlung von Flüchtlingen* → Resettlement
- Neues Kommunales Finanzmanagement** (Thomas von Holt) 612
- Neue Steuerungsmodelle* → Verwaltungsmodernisierung
- Neuroplastizität** (Christine Kröger) 613
- Neurose* → Psychose
- NGO** → Nichtregierungsorganisationen (NRO)
- Nichteheliches Kind** (Romy Ahner) 613
- Nichtregierungsorganisationen (NRO)** (Monika Büning) 613
- Niederlassungsfreiheit** (Stephanie Scholz) 614
- Niedrigschwellige Angebote und Leistungen** (Dörthe Gatermann) 614
- Non-Profit-Organisationen* → Soziale Dienste
- Normen** (Andreas Krampe) 615
- Notunterkunft* → Wohnungslosigkeit/Wohnungslosenhilfe
- Obdachlosigkeit/Obdachlosenhilfe* → Wohnungslosigkeit/Wohnungslosenhilfe
- Obliegenheit zur Arbeit* → Arbeitspflicht
- OECD** → Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
- Offene Altenarbeit* → Altenhilfeplanung, → Altenhilfe
- Offene Kinder- und Jugendarbeit* → Jugendarbeit
- Offene Methode der Koordinierung (OMK)** (Peter Herrmann) 617
- Öffentlicher Auftrag** (Anuschka Novakovic) 617
- Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD)** (Ute Teichert) 618
- Öffentliches Recht** (Christiane Trüe) 619
- Öffentliche Träger** (Christian Kranjčić) 620
- Öffentlich geförderte Beschäftigung** (Matthias Knuth) 620
- Öffentlichkeitsarbeit** (Beate Hagen) 621
- Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP)** (Frank Littwin) 622
- Ökologisches Jahr* → Freiwilligendienste
- Ombudschaft** (Petra Mund) 623
- Onlineberatung** (Silke Naudiet) 623
- Onlinezugangsgesetz (OZG)** (Wiebke Bartels) 624
- Open Space* → Großgruppenverfahren
- Operationalisierung** (Claus Reis/Petra Mund) 625
- Opferentschädigungsgesetz (OEG)* → Soziale Entschädigung
- Optionskommune* → Agentur für Arbeit (AfA), → Träger der Grundversicherung
- Optionspflicht* → Staatsangehörigkeit
- Ordnungsmittel** (Uwe Klerks) 625
- Ordnungswidrigkeit** (Nina Bolowich) 626
- Organisation** (Jürgen Burmeister) 626
- Organisationale Soziale Arbeit* → Betriebliche Soziale Arbeit
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)** (Britta Spilker) 627
- Organisationsanalyse** (Andreas Kuhn) 627
- Organisationsberatung** (Stefan Löwenhaupt) 628
- Organisationsentwicklung (OE)** (Lutz Wende) 629
- Organisationskultur** (Jürgen Burmeister) 629
- Organisationssoziologie** (Veronika Tacke) 630
- Örtliche Träger* → Zuständigkeit, sachliche und örtliche, → Träger der Sozialhilfe, → Jugendhilfeträger
- Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit (ÖKSA)** (Gerhard Melinz) 630
- OSZE** → Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
- Othring* → Ungleichwertigkeitsideologien
- Outcome-Orientierung* → Studium der Sozialen Arbeit
- Outsourcing** (Thomas von Holt) 631
- Pädagogik* → Erziehungswissenschaftliche Grundlagen der Sozialen Arbeit
- Pädagogische Psychologie** (Jens Möller) 632
- Pädagogisch-therapeutisches Milieu** (Silke Birgitta Gahleitner) 632
- Pädophilie** (Klaus M. Beier) 633
- Palliativversorgung** (Michael Ewers) 633
- Pandemiebewältigung** (Wiebke Bartels) 634
- Paraphilien* → Sexualität
- Parität International* → Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (Der Paritätische)
- Partizipation** (Jens Wurtzbacher) 635
- Partnerschaftsberatung** (Berit Brockhausen) 636
- Patchwork-Familie** (Uta Meier-Gräwe) 636
- Patenschaft** (Sarah Häsel-Bestmann) 637
- Patientenbeteiligung** (Ursula Helms) 637
- Patientenverfügung** (Alexander Hobelsberger) 638
- Pauschalierung** (Friederike Mussnug) 638
- PDCA-Zyklus* → Qualitätsmanagement
- Peergroup** (Petra Mund) 639
- Peergroup education** (Andreas Thimmel) 639
- Personalbemessung** (Joachim Merchel) 640
- Personalbindung** (Joachim Merchel) 640
- Personalentwicklung** (Joachim Merchel) 641
- Personalmanagement** (Joachim Merchel) 642
- Personalrat** (Dorette Nickel) 643
- Personenfreizügigkeit** (Stephanie Scholz) 643

Personensorge → Elterliche Sorge, → Rechtliche Betreuung
Personenstand (Hans-Otto Burschel) 644
Personenzentrierung (Alexandra Nier) 644
Persönliche Assistenz → Assistenzleistungen
Persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens → Bedürfnisse, persönliche, des täglichen Lebens
Persönliche Hilfe (Gottfried Eichhoff) 645
Persönliches Budget (PB) (Antje Welke) 645
Persönlichkeit (Christine Kröger) 646
Persönlichkeitsstörungen (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 647
Pestalozzi-Fröbel-Verband e.V. (pfv) (Ines Freitag-Amtmann) 648
Petition (Olgierd Adolph) 648
Pfändungsschutz (Lutz Haertlein) 648
Pflege (Klaus Wingenfeld) 649
Pflegebedürftigkeit (Klaus Wingenfeld) 650
Pflegeberatung (Tanja Segmüller) 651
Pflegebericht der Bundesregierung (Albert Kern) 652
Pflegeberufe (Gabriele Keymling) 653
Pflegeberufegesetz (PflBG) (Eberhard Funk) 654
Pflegedienst → Pflegeeinrichtung, → Häusliche Pflege
Pflegeeinrichtung (Werner Hesse) 655
Pflegeeltern → Pflegekinderhilfe, → Pflegefamilie
Pflegeerlaubnis (Petra Mund) 656
Pflegefachkraft → Fachkraft, → Pflegeberufe
Pflegefamilie (Klaus Wolf) 656
Pflegegeld für Pflegebedürftige (Katja Fahlbusch) 657
Pflegegeld für Vollzeitpflege (Dorette Nickel) 657
Pflegehelfer/in → Pflegeberufe, → Altenpflegehelfer/in
Pflege, Hilfe zur → Hilfe zur Pflege
Pflegehilfsmittel (Edna Rasch) 658
Pflegekammer (Eberhard Funk) 658
Pflegekassen (Kathleen Neumann) 659
Pflegekinder (Klaus Wolf) 659
Pflegekinderdienst (Diana Eschelbach) 660
Pflegekinderhilfe (Diana Eschelbach) 660
Pflegekonferenz (Katja Fahlbusch) 662
Pflegekräfte → Pflegeberufe
Pflegekurse (Kathleen Neumann) 662
Pflegeperson → Pflegefamilie
Pflegeplanung → Altenhilfeplanung
Pflegesachleistung → Häusliche Pflege
Pflegesatz (Gabriele von Berg) 662
Pflegestellenvermittlung → Pflegekinderdienst
Pflegestelle, (semi-)professionelle Formen → Heilpädagogische Handlungsfelder, → Pflegekinderhilfe
Pflegestützpunkte → Pflegeberatung
Pflegeunterstützungsgeld → Familienpflegezeit

Pflegeversicherung (Anna Sarah Richter/Konstanze Rothe) 663
Pflegevertrag in der Jugendhilfe (Petra Mund) 668
Pflegevorsorgefonds → Pflegeversicherung
Pflegewissenschaft (Doris Schaeffer) 668
Pflegezeitgesetz → Familienpflegezeit
Pflegschaft (Birgit Hoffmann) 669
Pflichtarbeitsplatz → Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber
Pflichtleistung (Gabriele von Berg) 669
Phobien (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 669
PISA → Internationale Vergleichsstudien
Planspiel (Ralf Mulot) 670
Planung (Jürgen Burmeister) 670
Planungshoheit (Christiane Trübe) 671
Planungsrecht (Christiane Trübe) 672
Platform of European Social NGOs (Katja Reuter) 673
Politische Bildung (Thomas Gill) 673
Posttraumatische Belastungsstörung → Trauma
Praktikum (Klaus Kraimer) 674
Pränataldiagnostik (Oliver Tolmein) 675
Prävalenz (Michael Borg-Laufs) 675
Prävention (Rolf Rosenbrock) 676
Praxisanleitung → Praktikum
Praxisberatung → Supervision
Praxisbezug → Theorie-Praxis-Verhältnis
Praxisforschung (Gerhard Frank) 677
Prekarisierung (Klaus Dörre) 678
Pressearbeit → Öffentlichkeitsarbeit
Principal-Agent-Theorie (Klaus Schellberg) 678
Private Altersvorsorge (Monika Rahn) 679
Private Träger → Privat-gewerbliche Träger
Privat-gewerbliche Träger (Herbert Mauel) 679
Privatinsolvenz → Schuldnerberatung, → Verbraucherinsolvenz
Privatisierung (Thomas von Holt) 680
Produkt → Verwaltungsmodernisierung
pro familia – Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e.V. (Sigrid Weiser) 681
Professionalisierung (Klaus Kraimer) 681
Projektmanagement (Frank Paratsch) 682
Prospektive Pflegesätze → Pflegesatz
Prostitution (Johanna Thie) 683
Prozessfähigkeit → Handlungsfähigkeit
Prozesskostenhilfe (Corinna Grün) 685
Prozessqualität → Qualitätsmanagement
Prüfungsvereinbarungen → Vereinbarungen
Psychiatrie → Psychiatrische Versorgung
Psychiatrie-Erfabrene → Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener (BPE)
Psychiatrische Krankenhäuser → Psychiatrische Versorgung
Psychiatrische Versorgung (Hasso Klinitz) 685
Psychische Störungen (Christine Kröger) 687

- Psychisch kranke Menschen**
 (Ulrich Krüger) 688
Psychisch-Kranken-(Hilfe-)Gesetze
 (PsychK[H]G) (Rolf Marschner) 688
Psychoanalytische Beratung und Therapie
 (Margret Dörr) 689
Psychodiagnostik
 (Silke Birgitta Gahleitner/
 Christine Kröger) 690
Psychodrama (Kurt Fellöcker) 691
**Psychologische Grundlagen der Sozialen
 Arbeit** (Silke Birgitta Gahleitner) 691
Psychose (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 692
Psychosomatik (Jürgen Matzat) 692
Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
 (PSAG) (Ulrich Krüger) 693
Psychosoziale Beratung
 (Silke Birgitta Gahleitner) 693
Psychosoziale Diagnostik
 (Silke Birgitta Gahleitner/
 Helmut Pauls) 694
Psychosoziale Dienste → Sozialpsychiatrischer
 Dienst, → Gemeindepsychiatrie
Psychosoziale Gesundheit → Gesundheit
Psychotherapeutengesetz → Therapie
Psychotherapie → Therapie
Pubertät (Karina Weichold/
 Rainer K. Silbereisen) 695
Public Health → Gesundheitswissenschaften,
 → Sozialmedizin
Public Private Partnership → Öffentlich-
 Private Partnerschaft (ÖPP)
Qualifikationsrahmen (Peter Buttner) 697
Qualität (Andreas Kuhn) 697
Qualität in der Kindertagesbetreuung
 (Marion von zur Gathen) 697
Qualitative Erhebungs- und Auswertungsmethoden → Empirische Sozialforschung
Qualitätsentwicklung → Qualitätsmanagement
Qualitätsmanagement
 (Andreas Kuhn) 698
Qualitätssicherung → Qualitätsmanagement
Qualitätssiegel (Danijel Paric) 699
Qualitätszirkel (Frank Paratsch) 700
Quartiersmanagement
 (Philipp Mühlberg) 700
Radikalisierung → Extremismusprävention
Rahmenplan (Ingo Gottschalk) 702
Rahmenverträge nach SGB VIII
 (Norbert Struck) 702
Rassismus → Diskriminierung, → Ungleichwertigkeitsideologien
Räumungsklage → Klage
Real Time Strategic Change → Gruppenverfahren
Rechenstörung
 (Katharina Galuschka) 703
Rechnungsprüfung
 (Thomas von Holt) 703
Rechtliche Betreuerin/Rechtlicher Betreuer
 (Anja Mlosch) 704
Rechtliche Betreuung (Anja Mlosch) 705
Rechtliches Gehör (Olgiert Adolph) 706
Rechtsanspruch (Anika Cieslik) 706
Rechtsaufsicht (Jochen Schumacher) 707
Rechtsbehelf (Olgiert Adolph) 707
Rechtsberatung → Rechtsdienstleistung,
 → Beratungshilfe
Rechtsdienstleistung (Florian Faust) 708
Rechtsfähigkeit (Olgiert Adolph) 708
Rechtshilfe → Amtshilfe
Rechtskraft (Olgiert Adolph) 709
Rechtsmittel → Rechtsbehelf
Rechtsnachfolge (Bojana Marković) 709
Rechtsnormen (Anusheh Rafi) 709
Rechtsprechung (Michael Droege) 710
Rechtsschutz (Olgiert Adolph) 710
Rechtsstaat (Felix Welti) 711
Rechtsverordnung (Anusheh Rafi) 711
Rechtswidrigkeit (Nicola Leiska-Stephan) 711
Reformpädagogik (Heinz-Elmar Tenorth/
 Heide Kallert) 712
Regelbedarf (Andreas Kuhn) 713
Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz (RBEG)
 (Andy Groth) 714
Regelsatz (Andreas Kuhn) 714
Regelsatzverordnung → Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz (RBEG)
Regenbogenfamilien
 (Constanze Körner) 714
Regionalträger → Rentenversicherungsträger
Rehabilitation (Thomas Stähler) 715
Rehabilitationsassessment
 (Janina Bessenich/Thorsten Hinz) 718
Rehabilitationsberater/innen
 (Janina Bessenich/Thorsten Hinz) 719
**Rehabilitationseinrichtungen für psychisch
 Kranke und behinderte Menschen** → Komplementäre Dienste und
 Einrichtungen für psychisch kranke/see-
 lisch behinderte Menschen
**Rehabilitationseinrichtungen im Sinne
 der gesetzlichen Krankenversicherung**
 → Medizinische Rehabilitation
Rehabilitationssport (Jeanne Nicklas-
 Faust) 719
Rehabilitationsträger
 (Daniel Heinisch) 719
Rehabilitationsvorbereitung
 (Janina Bessenich/Thorsten Hinz) 720
**Rehabilitation und Teilhabe von Menschen
 mit Behinderungen – SGB IX**
 (Felix Welti) 720
Rehabilitative Pflege → Aktivierende Pflege
Reichtumsberichterstattung → Armuts-
 und Reichtumsberichterstattung
Reisekosten → Fahrkosten
**Rektorenkonferenz der kirchlichen
 Hochschulen für Angewandte Wis-
 senschaften Deutschlands (RKHD)**
 (Sigrid Graumann) 721
Reliabilität → Statistische Grundlagen der
 Sozialen Arbeit, → Empirische Sozial-
 forschung
Religionsmündigkeit (Karl Gabriel) 722
Religiosität (Karl Gabriel) 722
Rentenabfindung (Dana Matlok) 722

- Rente nach Mindesteinkommen** (Sylvia Dünn) 723
- Rentenanpassungsformel** (Monika Rahn) 723
- Rentenarten** (Dana Matlok) 724
- Rentenauskunft** → Renteninformation
- Rentenformel** (Monika Rahn) 724
- Renteninformation** (Dana Matlok) 724
- Rentenrechtliche Zeiten** (Dana Matlok) 725
- Rentenreform** (Sylvia Dünn) 726
- Renten-Überleitungsgesetz (RÜG)** (Monika Rahn) 727
- Rentenversicherung** (Monika Rahn) 728
- Rentenversicherung der Handwerker/innen** (Monika Rahn) 729
- Rentenversicherungsträger** (Sylvia Dünn) 729
- Rente wegen Alters** (Dana Matlok) 730
- Rente wegen Erwerbsminderung** (Dana Matlok) 731
- Rente wegen Todes** → Erziehungsrente, → Witwen- und Witwerrente, → Waisenrente, → Hinterbliebenenrenten
- Repräsentativität** → Empirische Sozialforschung, → Statistische Grundlagen der Sozialen Arbeit
- Reproduktionstechniken/-medizin** → Ersatzmutter, → Elternschaft
- Reproduktive Rechte** → Familienplanung
- Ressortelement** (Kerstin Becker) 733
- Residenzpflicht** (Heiko Habbe) 733
- Resilienz** (Klaus Fröhlich-Gildhoff/Maika Rönna-Böse) 733
- Resozialisierung** (Heinz Cornel) 734
- Ressourcen** (Franz-Christian Schubert) 735
- Restorative Justice** → Täter-Opfer-Ausgleich
- Restschuldbefreiung** → Verbraucherinsolvenz
- Retardierung** (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 736
- Revision** → Rechtsbehelf
- Riester-Rente** → Private Altersvorsorge, → Alterssicherung
- Risikomanagement** (Michael Batz) 736
- Rolle** (Klaus Kraimer) 737
- Rollenspiel** (Friederike Tilemann) 737
- Rundfunkbeitrag, Befreiung vom** (Karen Peters) 738
- Rürup-Rente** → Alterssicherung, → Private Altersvorsorge
- Sachleistung** (Christian Grube) 739
- Sachleistungsprinzip** (Katja Fahlbusch) 739
- Sachverständige/r** → Gutachten
- Salutogenese** (Ottomar Bahr) 740
- Sammlungsrecht** (Friederike Mussnug) 740
- Sanktion** (Ernst-Wilhelm Luthé) 740
- Satzung** (Anusheh Rafi) 741
- Säuglingsfürsorge** (Petra Mund) 741
- Schadenersatz** (Gottfried Eichhoff) 742
- Scheidung** → Ehescheidung
- Schicht** → Sozialstruktur
- Schiedsstellen** (Christian Grube) 742
- Schizophrenie** (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 743
- Schlüsselkompetenzen** → Kompetenzen
- Schmerzensgeld** (Gottfried Eichhoff) 743
- Schnittstellen im Sozialrecht** (Diana Eschelbach) 744
- Schöff/innen** (Olgiert Adolph) 745
- Schonvermögen** → Vermögen
- Schulärztlicher Dienst** → Jugendärztlicher Dienst
- Schuld** (Jörg Kinzig) 745
- Schuldfähigkeit/Schuldunfähigkeit** → Schuld
- Schuldnerberatung** (Uwe Schwarze) 746
- Schuleingangsphase** (Matthias Hugoth) 747
- Schule mit sonderpädagogischem Förderbedarf** → Förderschule
- Schüler-Unfallversicherung** → Unfallversicherung für Kinder, → Schüler, → Studierende
- Schulfähigkeit** (Henriette Harms) 748
- Schulformen** (Martina Schmerr) 748
- Schulische Integration** → Inklusion, → Integration
- Schulische Rehabilitation** (Petra Mund) 749
- Schulpsychologischer Dienst** (Klaus Seifried) 750
- Schulschwierigkeiten** (Ludwig Bilz/Wolfgang Melzer) 751
- Schulsozialarbeit** (Nicole Pötter) 752
- Schulsystem** → Schulformen, → Bildung
- Schulverweigerung/Schuldistanz** (Josef Faltermeier) 753
- Schutzimpfung** → Impfungen
- Schwägerschaft** → Verwandtschaft
- Schwangerschaftsabbruch** (Elke Thoß) 754
- Schwangerschaftsberatung** (Sigrid Weiser) 755
- Schwangerschaftskonfliktberatung** → Schwangerschaftsberatung
- Schweigepflicht** (Maria Meyer-Höger) 756
- Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS)** (Markus Kaufmann) 757
- Schwerbehinderte Menschen** (Katja Kruse) 757
- Schwerbehindertenausweis** → Schwerbehinderte Menschen
- Schwerbehindertenrecht** → Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – SGB IX
- Schwerbehindertenvertretung** (Daniel Heinisch) 758
- Schwerhörige Menschen** → Hörbehinderte Menschen
- Schwerstbeschädigtenzulage** → Beschädigtenrente
- Seelisch behinderte Menschen** (Ulrich Krüger) 758
- Sehbehinderte Menschen** (Christiane Möller) 759
- Sekten** (Karl Gabriel) 759

- Sekundäranalyse* → Empirische Sozialforschung, → Statistische Grundlagen der Sozialen Arbeit, → Daten
- Selbstbehalt* → Unterhaltungspflicht, → Elternunterhalt
- Selbstbehauptungstraining**
(Ulrike Herle) 761
- Selbstbestimmtes Leben**
(Michael Spörke) 761
- Selbstbestimmung* → Selbstbestimmtes Leben, → Selbst-Entwicklung
- Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung* → Krankenversicherung
- Selbst-Entwicklung** (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 761
- Selbsterfahrung** (Helmut Pauls) 762
- Selbstevaluation** (Gerhard Frank) 763
- Selbsthilfe** (Jutta Hundertmark-Mayser) 764
- Selbsthilfeförderung** (Jutta Hundertmark-Mayser) 765
- Selbsthilfegruppen** (Jürgen Matzat) 766
- Selbsthilfekontaktstellen**
(Jutta Hundertmark-Mayser) 768
- Selbst-Konzept* → Selbst-Entwicklung, → Selbsterfahrung
- Selbststeuerung** (Markus Walber) 768
- Selbsttötung* → Suizid
- Selbstvertreter/innen** (Benita Richter) 769
- Selbstvertretungen in der Jugendhilfe**
(Petra Mund) 769
- Selbstverwaltung** (Uwe Lübking) 770
- Selbstwahrnehmung* → Selbst-Entwicklung, → Wahrnehmung
- Selbstwirksamkeit** (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 770
- Seniorenbeirat* → Seniorenvertretungen
- Seniorenbüros** (Gabriella Hinn) 771
- Senioren-genossenschaft* → Sozialgenossenschaft
- Senioren-gerechte Produkte* → Universelles Design
- Seniorenpolitik* → Altenhilfeplanung, → Altersberichterstattung, → Altenhilfe
- Seniorenstift* → Wohnen im Alter
- Seniorenverbände** (Silke Leicht) 771
- Seniorenvertretungen** (Barbara Eifert) 772
- Service Learning* → Civic Education
- Setting** (Helmut Pauls) 772
- Seuchenbekämpfung* → Infektionsschutz
- Sexismus** → Diskriminierung, → Ungleichwertigkeitsideologien
- Sexualerziehung** (Maria-Theresia Münch) 772
- Sexualität** (Klaus M. Beier) 774
- Sexuelle Orientierung**
(Anike Krämer) 775
- Sexueller Missbrauch** (Iris Hölling) 776
- SGB II** → Grundsicherung für Arbeitssuchende
- SGB III** → Arbeitsförderung (SGB III)
- SGB VIII** → Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)
- SGB IX** → Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – SGB IX
- SGB XI** → Pflegeversicherung
- SGB XII** → Sozialhilfe
- Shell Jugendstudie* → Jugendforschung
- Sicherstellungsauftrag**
(Katja Fahlbusch) 776
- Sicherungsverwahrung** (Jörg Kinzig) 777
- Sinnesbeeinträchtigung* → Sehbehinderte Menschen, → Hörbehinderte Menschen, → Menschen mit Behinderungen
- Situationsansatz** (Petra Mund) 777
- SMART** → Zielvereinbarung
- Social Entrepreneur* → Soziales Unternehmertum
- Social Impact Bonds (SIBs)**
(Frank Littwin) 779
- Social Platform* → Platform of European Social NGOs
- Social Recruiting** (Harald Christa) 779
- Social Return on Investment**
(Klaus Schellberg) 779
- Solidarität** (Patrick Sachweh) 780
- Soll-Leistung** (Claire Vogt) 781
- Somatisierung* → Psychosomatik
- Sonderkindergarten* → Förderkindergarten
- Sonderpädagogik** (Franz B. Wember) 781
- Sonderschule* → Förderschule
- Sorgearbeit* → Care
- Sorgerecht* → Elterliche Sorge
- Sozialamt** (Michael Braun) 782
- Sozialarbeiter/innen und Sozialpädagog/innen** (Cornelia Füssenhäuser) 783
- Sozialarbeitsforschung**
(Gerhard Frank) 784
- Sozialarbeit/Sozialpädagogik* → Soziale Arbeit
- Sozialarbeitswissenschaft**
(Cornelia Füssenhäuser) 785
- Sozialassistent/in** (Raingard Knauer) 787
- Sozialberichterstattung**
(Andreas Keil) 787
- Sozialbudget** (Ulrich Bieber/Michael Stegmann) 788
- Sozialdaten* → Sozialgeheimnis
- Sozialdatenschutz* → Datenschutz, → Sozialgeheimnis
- Sozialdienst* → Allgemeiner Sozialdienst (ASD)
- Sozialdienst im Krankenhaus**
(Sibylle Kraus) 788
- Soziale Arbeit**
(Cornelia Füssenhäuser) 789
- Soziale Ausgrenzung**
(Michael Wagner) 793
- Soziale Benachteiligung**
(Benno Hafenecker) 795
- Soziale Berufe** (Peter Buttner) 795
- Soziale Bewegungen** (Roland Roth) 798
- Soziale Diagnostik** (Dieter Röh) 800
- Soziale Dienste** (Joachim Merchel) 801
- Soziale Dienstleistung**
(Sabine Gallep) 805
- Soziale Distanz** (Andreas Krampe) 805
- Soziale Entschädigung**
(Britta Feldmann) 806
- Soziale Gerechtigkeit** (Frank Schulz-Nieswandt) 807
- Soziale Grundrechte** (Felix Welti) 808

- Soziale Gruppenarbeit**
(Wolfgang Krieger) 809
- Soziale Infrastruktur**
(Walter Sandritter) 811
- Sozialeinkommen** (Ulrich Bieber/
Michael Stegmann) 812
- Soziale Kompetenzen* → Kompetenzen
- Soziale Kontrolle** (Andreas Krampe) 812
- Soziale Organisationen in Europa**
(Monika Büning) 813
- Sozialepidemiologie* → Medizinsoziologie
- Soziale Probleme** (Andreas Krampe) 813
- Sozialer Arbeitsmarkt**
(Manfred Neumann) 814
- Sozialer Ausgleich** (Johannes Zacher) 815
- Sozialer Dialog** (Andreas Brieger) 816
- Soziale Rechte** (Claudia Sammler) 816
- Sozial erfahrene Dritte**
(Konstanze Rothe) 816
- Sozialer Konflikt** (Klaus Kraimer) 817
- Sozialer Wohnungsbau** (Martin Vaché/
Max-Christoph Krapp) 818
- Soziale Schwierigkeiten, besondere* →
Hilfe zur Überwindung besonderer so-
zialer Schwierigkeiten
- Soziale Sicherheit**
(Johannes Falterbaum) 818
- Soziale Sicherheit in der Europäischen
Union** (Stefani Wolfgarten) 823
- Soziales Jahr* → Freiwilligendienste
- Soziales Kapital** (Frank Früchtel) 824
- Soziales Lernen** (Regina Rätz) 824
- Soziales Milieu* → Sozialstruktur, → Le-
bensstil
- Soziale Stadt** (Reinhard Thies) 826
- Soziales Umfeld** (Frank Früchtel/
Christian Schwarzloos) 827
- Soziales Unternehmertum**
(Tilo Liewald) 827
- Soziale Transferleistungen**
(Johannes Falterbaum) 828
- Soziale Ungleichheit** (Harald Ansen) 828
- Soziale Vorsorge** (Johannes Zacher) 830
- Sozialforschung, empirische* → Empiri-
sche Sozialforschung
- Sozialforschung, rekonstruktive* → Pra-
xisforschung, → Sozialarbeitsforschung
- Sozialgeheimnis** (Maria Meyer-
Höger) 830
- Sozialgeld* → Arbeitslosengeld II (Alg II)
- Sozialgenossenschaft**
(Ingrid Schmale) 832
- Sozialgerichte** (Peter Udsching) 832
- Sozialgesetzbuch (SGB)**
(Claudia Sammler) 833
- Sozialhilfe** (Jonathan I. Fahlbusch) 833
- Sozialhilfe für Deutsche im Ausland**
(Laura Hamann) 838
- Sozialhilfe in der Europäischen Union**
(Eberhard Eichenhofer) 838
- Sozialhilfestatistik* → Statistik der sozia-
len Mindestsicherungssysteme
- Sozialhilfe, Strukturprinzipien der* →
Strukturprinzipien der Sozialhilfe
- Sozialhilfeträger* → Träger der Sozialhilfe
- Sozialindikatoren** (Konrad Bartsch) 839
- Sozialinformatik**
(Helmut Kreidenweis) 840
- Sozialisation** (Klaus Hurrelmann) 841
- Soziallehren** (Wolfgang Klug) 842
- Sozialleistungen** (Laura Hamann) 843
- Sozialleistungsbescheid* → Bewilligungs-
bescheid, → Leistungsbescheid
- Sozialleistungsmissbrauch**
(Manfred Hammel) 843
- Sozialleistungsträger**
(Jonathan I. Fahlbusch) 843
- Sozialmanagement** (Harald Christa) 843
- Sozialmarketing** (Friedrich Hauernt) 845
- Sozialmedizin** (Gert von Mittelstaedt/
Johannes Gostomzyk) 845
- Sozialmonitoring** (Uwe Hellwig) 847
- Sozialökologie** (Thomas Jahn) 847
- Sozialpädagogik* → Erziehungswissen-
schaftliche Grundlagen der Sozialen Ar-
beit, → Soziale Arbeit
- Sozialpädagog/in* → Sozialarbeiter/innen
und Sozialpädagog/innen
- Sozialpädagogische Diagnostik**
(Ursula Hochuli Freund) 848
- Sozialpädagogische Familienhilfe**
(Andreas Gut) 849
- Sozialpädiatrie** (Hans G. Schlack) 850
- Sozialpädiatrische Zentren**
(Hans G. Schlack) 850
- Sozialpflegerische Dienste* → Pflegedienst
- Sozialplan** (Dorette Nickel) 851
- Sozialplanung** (Walter Sandritter) 851
- Sozialpolitik** (Günter Rieger) 856
- Sozialpsychiatrie** (Ulrich Krüger) 857
- Sozialpsychiatrischer Dienst* → Sozial-
psychiatrie, → Gesundheitsamt
- Sozialpsychologie**
(Silke Birgitta Gahleitner/
Christine Kröger) 858
- Sozialraum** (Frank Früchtel) 859
- Sozialraumbudget** (Frank Früchtel) 859
- Sozialraumorientierung** (Frank Früchtel/
Wolfgang Budde) 860
- Sozialrecht** (Friederike Mussnug) 861
- Sozialreform** (Günter Rieger) 861
- Sozialstaat** (Johannes Falterbaum) 862
- Sozialstaatsprinzip** (Felix Welti) 864
- Sozialstation* → Ambulante Dienste für
ältere Menschen
- Sozialstruktur** (Sascha Facius) 865
- Sozialstrukturanalyse* → Sozialstruktur
- Sozialtherapeutische Anstalt**
(Gabriele Kawamura-Reindl) 866
- Sozialtherapie** (Gernot Hahn) 866
- Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)**
(Claudia Tietz) 868
- Sozialverband VdK Deutschland e.V.**
(Ines Verspohl) 868
- Sozialverhalten** (Hans-Jörg Rippe) 868
- Sozialversicherung** (Sylvia Dünn) 868
- Sozialversicherungsausweis**
(Dana Matlok) 870
- Sozialwirtschaft**
(Wolf Rainer Wendt) 870
- Sozialwohnung* → Sozialer Wohnungsbau
- Soziobiologie* → Verhaltensforschung
- Soziodrama** (Kurt Fellöcker) 871

Soziologische Grundlagen der Sozialen

Arbeit (Klaus Kraimer) 872
Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)
 (Peter Krause/Jan Goebel) 873
Soziotherapie (Helmut Pauls) 874
Spätaussiedler/innen
 (Sophie Baumann) 874
Spende → Spendenwesen, → Sammlungsrecht
Spendenwesen (Burkard Wilke) 875
Spiel (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 875
Spielpädagogik (Gerhard Knecht) 876
Spielräume (Norbert Schäfer) 876
Spieltherapie (Maria-Theresia Münch) 877
Sponsoring (Friedrich Haunert) 877
Sprachbehinderte Menschen
 (Dietlinde Schrey-Dern) 877
Sprachentwicklung (Edith Bauer) 878
Sprachtherapie (Dagmar Karrasch) 879
Staatsangehörigkeit (Melanie Kößler) 879
Stadt → Kreisfreie Städte, → Kreisangehörige Städte
Stadtentwicklung (Ralf Zimmer-Hegmann) 880
Stakeholder → Projektmanagement
Stalking (Johanna Thie) 881
Stationäre Pflegeeinrichtung → Pflegeeinrichtung
Statistik der sozialen Mindestsicherungssysteme (Johannes Proksch) 881
Statistikmodell (Andreas Kuhn) 883
Statistische Grundlagen der Sozialen Arbeit (Ulrich Bieber/Michael Stegmann) 884
Status, sozialer → Rolle
Stellungnahme des Jugendamtes → Gutachtliche Stellungnahmen (Äußerungen) in der Sozialen Arbeit
Sterbebegleitung (Uwe Vilz) 887
Sterbegeld (Katja Fahlbusch) 888
Sterbehilfe (Oliver Tolmein) 888
Sterilisation, Hilfen bei → Hilfen zur Gesundheit
Steuerfreiheit des Existenzminimums
 (Romy Ahner) 890
Steuerungsmodelle, neue → Verwaltungsmodernisierung
Steuervergünstigungen → Gemeinnützigkeit
Stichprobe → Empirische Sozialforschung, → Statistische Grundlagen der Sozialen Arbeit, → Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)
Stiefkind (Hans-Otto Burschel) 890
Stiftung (Martin Springer) 891
Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V.
 (Ingrid Pfeiffer) 892
Stiftung Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
 (Karl Janssen) 892
Stiftung Deutsches Hilfswerk
 (Felix Forberg) 892
Stiftung Mitarbeit (Hans-Jörg Sippel) 892
Stigmatisierung (Tilman Lutz) 893
Strafaußsetzung (Heinz Cornel) 893

Strafbefehl (Jörg Kinzig) 894
Strafe (Nina Bolowich) 894
Straffälligenhilfe (Klaus Roggenthin) 894
Strafgefangene → Strafvollzug, → Jugendstrafvollzug, → Frauenstrafvollzug
Strafgerichte (Jörg Kinzig) 895
Strafmündigkeit (Réka Fazekas) 896
Strafregister → Bundeszentralregister
Strafvollzug (Hannelore Häbel) 896
Straßenkinder (Rainer Kilb) 897
Streetwork (Martin Isermeyer) 898
Stress (Thomas Heidenreich) 898
Strukturprinzipien der Sozialhilfe
 (Karina Krohn) 899
Strukturqualität → Qualitätsmanagement
Studium der Sozialen Arbeit (Anita Maile-Pflughaupt/Agnieszka Maluga/Ulrich Bartosch) 899
Subjektivität (Wolfgang Klug) 903
Subkultur → Jugendkultur
Subsidiarität (Daniel Burchardt) 904
Subventionen → Zuwendungen
Sucht (Gabriele Saueremann) 905
Suchtberatung → Drogenberatung
Suizid (Torsten Verrel) 907
Sukzession → Rechtsnachfolge
Supervision (Paul Fortmeier) 908
Sustainable Development Goals (SDGs)
 → Vereinte Nationen (UN)
Symptombehandlung (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 909
Systemische Beratung und Therapie
 (Uta M. Walter) 909
Systemischer Ansatz (Heiko Kleve) 911
Systemtheorie → Soziologische Grundlagen der Sozialen Arbeit
Tafeln (Marco Koppe) 912
Tageseinrichtungen für Kinder → Kindertageseinrichtungen, → Kindertagesbetreuung
Tagesförderstätte für schwerst- und mehrfachbehinderte Jugendliche und Erwachsene (Mathias Westecker) 912
Tagesklinik (Silvia Schöller) 912
Tagespflege (Lisa Marcella Schmidt) 913
Tagespflegeperson → Kindertagespflege
Taschengeld in der Jugendhilfe
 (Petra Mund) 913
Taschengeld in der Sozialhilfe → Barbetrag, angemessener
Täter-Opfer-Ausgleich
 (Melanie Kößler) 914
Tatsächlicher Aufenthalt → Aufenthalt
Teamarbeit (Jürgen Termath) 914
Technische Arbeitshilfen
 (Daniel Heinisch) 915
Teilhabe (Edna Rasch) 916
Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung (Edna Rasch) 917
Teilhabeberichterstattung
 (Frederik Poppe) 918
Teilhabechancengesetz → Sozialer Arbeitsmarkt
Teilhabeplan (Thomas Stähler) 919
Teilrente → Rente wegen Alters

- Teilstationäre Pflege* → Tagespflege, → Nachtpflege, → Pflegeeinrichtung
- Telefonseelsorge** (Ruth Selzner/
Tina Mattenklodt) 920
- Telefon, Sozialtarif** (Karen Peters) 920
- Tendenzbetriebe** (Ingo Vollgraf) 920
- Testament* → Erbrecht
- Testverfahren* → Psychodiagnostik
- Themenzentrierte Interaktion (TZI)** (Eike Rubner) 921
- Theorien der Sozialen Arbeit* → Soziale Arbeit
- Theorie-Praxis-Verhältnis** (Wilfried Hosemann) 921
- Therapeutenvariablen** (Wolfgang W. Keil) 922
- Therapie** (Silke Birgitta Gahleitner/
Helmut Pauls) 922
- Tiefenpsychologie* → Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, analytische, → Psychoanalytische Beratung und Therapie
- Träger* → Freie Träger, → Träger der Grundsicherung, → Träger der Sozialhilfe, → Jugendhilfeträger, → Öffentliche Träger, → Privat-gewerbliche Träger, → Sozialleistungsträger
- Träger der Grundsicherung** (Jonathan I. Fahlbusch) 923
- Träger der Sozialhilfe** (Karen Peters) 924
- Trans** → Geschlechtsidentität
- Transfer** (Bert Voigt/Klaus Doppler) 925
- Transfergesellschaft* → Beschäftigungsgesellschaften
- Transfers, soziale* → Soziale Transferleistungen
- Trauerbegleitung** (Arnold Langenmayr) 926
- Trauma** (Silke Birgitta Gahleitner) 926
- Trennungs- und Scheidungsberatung** (Josef Faltermeyer) 927
- Tripelmandat* → Sozialarbeiter/innen und Sozialpädagog/innen
- Trisomie 21** (Jeanne Nicklas-Faust) 928
- Übergangseinrichtungen für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen* → Komplementäre Dienste und Einrichtungen für psychisch kranke/see-lisch behinderte Menschen
- Übergang von Ansprüchen** (Konstanze Rothe) 929
- Überleitung* → Übergang von Ansprüchen
- Überörtliche Träger* → Jugendhilfeträger, → Träger der Sozialhilfe
- Überschuldung* → Schuldnerberatung
- Übertragung* → Psychoanalytische Beratung und Therapie
- Umgangspflegschaft** (Birgit Hoffmann) 929
- Umgangsrecht** (Birgit Hoffmann) 930
- Umverteilung* → Sozialer Ausgleich
- Unbegleitete Minderjährige** (Jochen Oltmer) 931
- UN-Behindertenrechtskonvention (BRK)** (Susann Kroworsch) 931
- Unbestimmter Rechtsbegriff** (Edna Rasch) 932
- Unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen** (Katja Kruse) 932
- UNESCO** (Ingo Stamm) 933
- Unfallrente** (Harald Dahm) 933
- Unfallverhütung* → Prävention
- Unfallversicherung** (Harald Dahm) 934
- Unfallversicherung für Kinder, Schüler, Studierende** (Harald Dahm) 935
- Ungleichheit, soziale* → Soziale Ungleichheit
- Ungleichwertigkeitsideologien** (Judith Rahner) 935
- UNICEF** (Ingo Stamm) 937
- Unionsbürgerschaft** (Ilka Wölfle) 937
- Universelles Design** (Christian Bühler) 938
- Universitäten* → Studium der Sozialen Arbeit
- UN-Kinderrechtskonvention (KRK)** (Verena Lingg) 938
- Unterbringungssähnliche Maßnahmen** (Sebastian Kirsch) 939
- Unterbringungsgesetze* → Psychisch-Kranken-(Hilfe-)Gesetze (PsychK[H]G)
- Unterbringungssachen** (Sebastian Kirsch) 939
- Unterhaltspflicht** (Petra Birnstengel) 940
- Unterhaltspflichtiger, Inanspruchnahme/Heranziehung* → Übergang von Ansprüchen
- Unterhaltsvorschuss/Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)** (Romy Ahner) 944
- Unterkunft, Kosten der* → Kosten der Unterkunft
- Unternehmensethik** (Klaus Schellberg) 946
- Unternehmenskultur* → Leitbild(-entwicklung)
- Unternehmertum, soziales* → Soziales Unternehmertum
- Unterstützte Beschäftigung** (Jörg Bungart) 946
- Unterstützte Entscheidungsfindung** (Dagmar Brosey) 947
- Unterstützte Kommunikation** (Angelika Rothmayr) 947
- Untersuchungshaft** (Jörg Kinzig) 947
- Unwirtschaftliches Verhalten** (Maria Meyer-Höger) 948
- Validität* → Empirische Sozialforschung
- Variablen* → Statistische Grundlagen der Sozialen Arbeit
- Vätermonate* → Elternzeit
- Vater/Mutter-Kind-Einrichtungen* → Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder
- Vaterschaftsanerkennung** (Lutz Haertlein) 949
- Vaterschaftsanfechtung* → Vaterschaftsprozess
- Vaterschaftsprozess** (Lutz Haertlein) 949
- Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV)** (Miriam Hoheisel) 950
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.** (Chrysovalantou Vangeltziki) 950

- Verbraucherinsolvenz** (Wolfhard Kohte/
Dörte Busch) 950
- Verbraucherpreisindex**
(Nadin Sewald) 951
- Verbraucherschutz** (Klaus Müller) 952
Verbrechensprävention → Kriminalprävention
- Verein** (Kerstin Piontkowski) 953
- Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben** (Alexandra Krause) 954
- Vereinbarungen**
(Jonathan I. Fahlbusch) 955
- Vereinfachtes Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger**
(Lutz Haertlein) 956
- Verein für Sozialplanung (VSOP)** → Sozialplanung
- Vereinsbetreuung* → Betreuungsverein
- Vereinspflegschaft/Vereinsvormundschaft**
(Birgit Hoffmann) 956
- Vereinte Nationen (UN)**
(Ingo Stamm) 957
- Verfahrensbeistand für Minderjährige**
(Maud Zitelmann) 957
- Verfahrensfähigkeit* → Handlungsfähigkeit
- Verfahrenslots/in** (Henriette Harms) 958
- Verfahrenspfleger/in für Betreute**
(Sebastian Kirsch) 958
- Verfahren zur Vermögensauskunft**
(Lutz Haertlein) 958
- Verfügung von Todes wegen* → Erbrecht
- Vergaberecht** (Anuschka Novakovic) 959
- Vergütungsvereinbarungen* → Vereinbarungen
- Verhalten** (Michael Borg-Laufs) 960
- Verhaltensauffälligkeiten** (Klaus Fröhlich-Gildhoff) 960
- Verhaltensforschung** (Michael Borg-Laufs) 961
- Verhaltensorientierte Beratung und Therapie** (Michael Borg-Laufs) 962
- Verhaltensstörung* → Verhaltensauffälligkeiten
- Verhaltenstherapie* → Verhaltensorientierte Beratung und Therapie
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz**
(Edna Rasch) 963
- Verhinderungspflege* → Kurzzeitpflege
- Verjährung** (Lutz Haertlein) 964
- Vermögen** (Gottfried Eichhoff) 964
- Vermögensauskunft* → Verfahren zur Vermögensauskunft
- Vermögenssorge* → Rechtliche Betreuung, → Elterliche Sorge
- Vernetzung* → Koordination
- Verordnung* → Rechtsverordnung
- Verpfändung* → Rechtsnachfolge
- Verpflichtungsklage* → Klage
- Verschulden* → Schuld, → Haftung
- Verschwiegenheitspflicht* → Amtsgeheimnis, → Schweigepflicht
- Versicherungsprinzip**
(Jürgen Winkler) 965
- Versorgungsamt** (Britta Feldmann) 966
- Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)* → Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst
- Versorgungsausgleich** (Maria Wersig) 966
- Versorgungsmanagement**
(Roland Schmidt) 967
- Versorgungsprinzip** (Jürgen Winkler) 967
- Versorgungsvertrag* → Dreiecksverhältnis, sozialrechtliches, → Pflegeeinrichtung
- Vertrag** (Daniel Heinisch) 967
- Vertragsärztliche Versorgung**
(Katja Fahlbusch) 968
- Vertrauen** (Hans Günther Homfeldt/
Silke Birgitta Gahleitner) 968
- Vertrauensschutz* → Rechtsstaat
- Vertrauliche Geburt**
(Alexandra Krause) 969
- Vertreter, gesetzlicher* → Gesetzlicher Vertreter
- Vertriebene* → Bundesvertriebenengesetz (BVFG)
- Verwaltungsakt** (Christiane Trübe) 969
- Verwaltungsfachkraft**
(Ulrich Schwanecke) 970
- Verwaltungsgerichte** (Edna Rasch) 970
- Verwaltungsmodernisierung**
(Hans Christoph Reiss) 971
- Verwaltungsrecht**
(Franz Wilhelm Dollinger) 972
- Verwaltungsverfahren**
(Anusheh Rafi) 973
- Verwaltungsvorschriften**
(Ulrike Peifer) 974
- Verwandtenpflege**
(Diana Eschelbach) 974
- Verwandschaft** (Ulrike Peifer) 975
- Verwarnung* → Ordnungswidrigkeit
- Verwirkung* → Verjährung
- Verzinsung von Sozialleistungen**
(Nicola Leiska-Stephan) 975
- Videoberatung* → Onlineberatung
- Vielfalt* → Diversity Management
- Volkshochschule (VHS)**
(Simone Kaucher) 975
- Volkszählung* → Zensus
- Volljährigkeit** (Birgit Hoffmann) 976
- Vollmacht** (Anika Cieslik) 976
- Vollstationäre Pflegeeinrichtung* → Pflegeeinrichtung
- Vollstreckung öffentlicher Ansprüche**
(Edna Rasch) 976
- Vollstreckungsbescheid* → Mahnverfahren
- Vollstreckungsschutz**
(Lutz Haertlein) 977
- Vollzeitpflege** (Diana Eschelbach) 977
- Vorbehalt des Gesetzes* → Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- Vorbeugende Hilfe** (Werner Hesse) 978
- Vorleistungspflicht** (Karen Peters) 979
- Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz (VBVG)** (Horst Deinert) 979
- Vormundschaft** (Birgit Hoffmann) 980
- Vormundschaftssachen**
(Birgit Hoffmann) 981

- Vorrang des Gesetzes* → Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- Vorschulerziehung** (Matthias Hugoth) 981
- Vorschuss* → Unterhaltsvorschuss/Unterhaltsvorschussgesetz (UVG), → Geldleistung
- Vorsorgeeinrichtungen im Sinne der gesetzlichen Krankenversicherung* → Medizinische Rehabilitation
- Vorsorgeuntersuchungen* → Prävention
- Vorsorgevollmacht** (Anja Mlosch) 982
- Vorstrafe** (Nina Bolowich) 982
- Vorurteil* → Einstellung, → Stigmatisierung, → Ungleichwertigkeitsideologien
- Wächteramt** (Réka Fazekas) 984
- Wahn* → Schizophrenie
- Wahrnehmung** (Michael Borg-Laufs) 984
- Waisenrente** (Sylvia Dünn) 985
- Waldorf-Pädagogik** (Heiner Barz) 986
- Warenkorb** → Verbraucherpreisindex, → Bedarfsbemessungssystem
- Wartezeit** → Rentenrechtliche Zeiten
- Weisung** (Christian Kranjčić) 987
- Weiterbildung* → Fort- und Weiterbildung
- Weiterführung des Haushalts, Hilfe zur* → Hilfe zur Weiterführung des Haushalts
- Welfare mix* → Wohlfahrtsmix
- Weltgesundheitsorganisation (WHO)** (Ingo Stamm) 987
- Weltkinderhilfswerk* → UNICEF
- Werdenfeller Weg** (Sebastian Kirsch) 987
- Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM)** (Martin Berg/Konstantin Fischer) 988
- Werkzeugstörungen** (Jeanne Nicklas-Faust) 989
- Wertschätzung* → Anerkennungskultur
- Wettbewerb** (Jürgen Burmeister) 989
- Wettbewerbsrecht** (Philip Hagedorn) 990
- Widerspruch* → Rechtsbehelf
- Wiederaufnahme des Verfahrens** (Christian Kranjčić) 990
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** (Edna Rasch) 991
- Wiedergutmachung** (Uwe Klerks) 991
- Wirkfaktoren** (Harald Tornow) 992
- Wirksamkeit** (Harald Tornow) 992
- Wirkung** (Harald Tornow) 993
- Wirkungsanalyse** (Jochen Kluge) 994
- Wirkungsbericht** (Harald Tornow) 994
- Wirkungsevaluation** (Harald Tornow) 995
- Wirkungsforschung** (Harald Tornow) 995
- Wirkungsmessung** (Harald Tornow) 995
- Wirtschaftlichkeit** (Philipp Mattern) 996
- Wirtschaftlichkeitsprüfungen** (Philipp Mattern) 997
- Wissensmanagement** (Philipp Mattern) 997
- Witwen- und Witverrenten** (Sylvia Dünn) 998
- Wohlfahrtsmix** (Adalbert Evers) 998
- Wohlfahrtspflege* → Freie Wohlfahrts-pflege
- Wohlfahrtsstaat** (Johannes Falterbaum) 1000
- Wohlfahrtsverbände* → Freie Wohlfahrts-pflege
- Wohnen im Alter** (Ursula Kremer-Preisß) 1000
- Wohnformen für Jugendliche** (Christian Schrapper) 1001
- Wohnformen für Menschen mit Sucht-problematik** (Heike Drees) 1002
- Wohngeld** (Antje Wrackmeyer-Schoene) 1002
- Wohngemeinschaften/Wohngruppen für alte Menschen* → Wohnen im Alter
- Wohngemeinschaften/Wohngruppen für behinderte und psychisch kranke Men-schen* → Betreutes Wohnen behinderter und psychisch kranker Menschen
- Wohngemeinschaften/Wohngruppen für Jugendliche* → Wohnformen für Ju-gendliche
- Wohnheim* → Wohnformen für Jugendli-che, → Betreutes Wohnen behinderter und psychisch kranker Menschen
- Wohnraumanpassung* → Barrierefreiheit
- Wohnraumförderung* → Sozialer Woh-nungsbau
- Wohnsitz* → Aufenthalt, → Wohnungs-losgigkeit/Wohnungslosenhilfe, → Resi-denzpflicht, → Wohnsitzauflage
- Wohnsitzauflage** (Tillmann Löhr) 1003
- Wohn- und Betreuungstraggesetz (WBVG)** (Karlheinz Börner) 1003
- Wohnung* → Kosten der Unterkunft
- Wohnung, behindertengerechte* → Barrie-refreiheit
- Wohnungsbau, sozialer* → Sozialer Woh-nungsbau
- Wohnungslosigkeit/Wohnungslosenhilfe** (Werena Rosenke) 1004
- Wohnungsnotfälle* → Wohnungslosigkeit/ Wohnungslosenhilfe
- Wohnungspolitik** (Martin Vaché/Max-Christoph Krapp) 1006
- Wohnungssicherung** (Sascha Facius) 1007
- Workfare** (Andreas Kuhn) 1008
- Work-Life-Balance** (Gisela Jakob) 1008
- Wunsch- und Wahlrecht des/der Hilfe-empfänger/in** (Daniel Burchardt) 1009
- Zahnersatz** (Katja Fahlbusch) 1010
- Zeichnungsbefugnis** (Uwe Klerks) 1010
- Zeitpolitik** (Petra Mackroth) 1010
- Zensus** (Ulrich Bieber/ Michael Stegmann) 1011
- Zentrale Anlaufstelle für grenzüberschrei-tende Konfliktkonflikte und Media-tion (ZAnK)** (Verena Lingg) 1012
- Zentrale Anlaufstelle für Mediation** (Verena Lingg) 1012
- Zentrale Behörden** (Christian Höhn) 1013
- Zentrale Fachstelle** (Sascha Facius) 1013
- Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST)** (Heike von Bassewitz) 1014

- Zertifizierung** (Norbert Kohlscheen) 1014
Zeugnisverweigerungsrecht
(Anusseh Rafi) 1015
Zielkonflikt (Andreas Kuhn) 1016
Zielvereinbarung (Petra Mund) 1016
Zivilgerichte (Wolfgang Vomberg) 1017
Zivilgesellschaft (Holger Backhaus-
Maul) 1017
Zivilgesellschaftsforschung
(Ansgar Klein) 1018
Zuchtmittel (Jörg-Martin Jehle) 1018
Zugewinngemeinschaft
(Maria Wersig) 1019
Zukunftskonferenz → Großgruppenver-
fahren
Zumutbarkeit von Arbeit
(Olaf Deinert) 1019
Zurechnungsfähigkeit → Schuld
Zurechnungszeit → Rentenrechtliche Zei-
ten
Zusammenhalt, gesellschaftlicher → So-
ziale Distanz, → Soziale Ausgrenzung,
→ Exklusion
**Zusatzurlaub für schwerbehinderte Men-
schen** (Katja Kruse) 1021
Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst
(Katja Fahlbusch) 1021
Zuschuss (Philipp Mattern) 1021
Zuständigkeit, sachliche und örtliche
(Jörg Rabe) 1022
Zuwanderungsgesetz → Aufenthaltsrecht
Zuwendungen (Philipp Mattern) 1023
Zuzahlungen in der Krankenversicherung
→ Krankenversicherung
Zwangsgeld → Zwangsmittel
Zwangskontexte in der Sozialen Arbeit
(Patrick Zobrist) 1023
Zwangsmittel (Uwe Klerks) 1023
Zwangsnervose → Zwangssymptome
Zwangssymptome (Klaus Fröhlich-
Gildhoff) 1024
Zwangsvollstreckung
(Lutz Haertlein) 1024
Zweckbestimmte Leistungen
(Gottfried Eichhoff) 1025
Zweckbetrieb (Thomas von Holt) 1025

Abkürzungsverzeichnis

- a.A. andere Ansicht
a.a.O. am angegebenen Ort
AB Arbeitsbereich
abH ausbildungsbegleitende Hilfen
Abl. Amtsblatt
ABM Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
Abs. Absatz
Abschn. Abschnitt
Abt. Abteilung
ACK Amtschefkonferenz (Staatssekretärinnen und -sekretäre der Länder)
ACT Assertive Community Treatment
ADHS Aufmerksamkeitsdefizithyperaktivitätssyndrom
ADL Aktivitäten des täglichen Lebens
ADS Antidiskriminierungsstelle des Bundes; Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom
AdÜbAG Adoptionsübereinkommensausführungsgesetz
AdVermiG Adoptionsvermittlungs-/begleitungsgesetz
AdWirkG Adoptionswirkungsgesetz
a.E. am Ende
AE Arbeitserprobung, Aufenthaltserlaubnis
AentG Arbeitnehmer-Entsendegesetz
AES Adult Education Survey
AEUV Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F. alte Fassung
AfA Agentur für Arbeit
AFET Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe e.V. (früher: Allgemeiner Fürsorgeerziehungstag e.V.)
AFG Arbeitsförderungsgesetz
AG Aktiengesellschaft, Amtsgericht, Ausführungsgesetz
AGB Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGF Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.
AGG Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AGJ Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe
AGVO Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung
AHB/AR Anschlussheilbehandlung/Anschlussrehabilitation
AktG Aktiengesetz
Alg Arbeitslosengeld
ALG Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte
Alg II-V Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung
Alg-W Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung
AltEinkG Alterseinküftgesetz
althochdt. althochdeutsch
AltPflG Altenpflegegesetz
ANBest Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen
ÄndG Änderungsgesetz
Anker(-Zentrum) (Zentrum für) Ankunft, Entscheidung, Rückführung
Anm. Anmerkung(en)
AO Abgabenordnung
AOK Allgemeine Ortskrankenkasse
AOLG Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesgesundheitsbehörden
AP Altenpflege
APK Aktion Psychisch Kranke e.V.
APO Außerparlamentarische Opposition
APV Allgemeine Palliativversorgung
AR Aktueller Rentenwert
ArbG Arbeitsgericht
ArbGG Arbeitsgerichtsgesetz
ArbplSchG Arbeitsplatzschutzgesetz
ArbSchG Arbeitsschutzgesetz
ArchSozArb Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit (Zeitschrift)
Art. Artikel
ASD Allgemeiner Sozialdienst
ASMK Arbeits- und Sozialministerkonferenz
ASS Autismus-Spektrum-Störungen
AsylbLG Asylbewerberleistungsgesetz
AsylG Asylgesetz
AT Autogenes Training
AufenthG Aufenthaltsgesetz
Aufl. Auflage
AusglV Ausgleichsrentenverordnung
AV Ausbildungsvorbereitung
AVA Altersvorsorgeanteil
AVAVG Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
AVmEG Altersvermögensergänzungsgesetz
AVmG Altersvermögensgesetz
AWMF Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften e.V.
AWO Arbeiterwohlfahrt
Az. Aktenzeichen
AZAV Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung
BA Bundesagentur für Arbeit; Bachelor of Arts; Berufsakademie
BABL Bundesarbeitsblatt
BaE Außerbetriebliche Ausbildung
BAföG Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAFzA Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
BAG Bundesarbeitsgemeinschaft; Bundesarbeitsgericht
BAG BBW Bundesarbeitsgemeinschaft der Berufsbildungswerke
BAGE Sammlung »Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts«
BAG EJSA Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit
bagfa Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen
BAGFW Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

- BAG GPV** Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbände
BAG GWA Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.
BAGIV Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland e.V.
BAG KJPP Bundesarbeitsgemeinschaft der Leitenden Klinikärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie
BAG KT Bundesarbeitsgemeinschaft Künstlerische Therapien
BAGLJÄ Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter
BAG LSV Bundesarbeitsgemeinschaft Landesseniorenvertretungen
BAG PLESA Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen
BAG-S Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe
BAG SELBSTHILFE Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen
BAGSO Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen
BAGüS Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe
BAG W Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe
BAG WfbM Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen
BAJ Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz
BAK Blutalkoholkonzentration
bakd Bundesakademie für Kirche und Diakonie
BAMF Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BAMF-FZ Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
BAnz. Bundesanzeiger
BAR Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation
BAS Bundesamt für Soziale Sicherung; Berufsaufbauschule
BaS Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros
BauGB Baugesetzbuch
BBB Berufsbildungsbereich
BBE Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
BBG Bundesbeamtengesetz
BBiG Berufsbildungsgesetz
bbs Bundesfachverband Betriebliche Sozialarbeit e.V.
BBSR Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung
BBU Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.
BBW Berufsbildungswerk
Bd./Bde. Band/Bände
BDA Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDKJ Bund der katholischen Jugend
BDP Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V.
BDSG Bundesdatenschutzgesetz
bE besondere Einrichtungen
BE Bruttoentgelte
BeamtStG Beamtenstatusgesetz
BeamtVG Beamtenversorgungsgesetz
bearb. bearbeitet
BeB Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V.
BEEG Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
BEG Bundesentschädigungsgesetz
BEJ Berufseinstiegsjahr
Bek. Bekanntmachung
BerHFV Beratungshilfeformularverordnung
BerHG Beratungshilfegesetz
Beschl. Beschluss
BeschV Beschäftigungsverordnung
BetrAVG Betriebsrentengesetz
BetrVG Betriebsverfassungsgesetz
BeurkG Beurkundungsgesetz
BfA Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BfArM Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte
BFD Bundesfreiwilligendienst
BFDG Bundesfreiwilligendienstgesetz
BFF Bundesforum Familie
BfG Bündnis für Gemeinnützigkeit
BFH Bundesfinanzhof
BfJ Bundesamt für Justiz
BFS Berufsfachschule; Bank für Sozialwirtschaft
BFSG Barrierefreiheitsstärkungsgesetz
BFW Berufsförderungswerk
BGB Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI. Bundesgesetzblatt
BGG Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen
BGH Bundesgerichtshof
BGHSt. Sammlung »Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen«
BGHZ Sammlung »Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen«
BGJ Berufsgrundbildungsjahr
BHO Bundeshaushaltsordnung
BHP Berufs- und Fachverband Heilpädagogik
BIBB Bundesinstitut für Berufsbildung
BIH Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen
BIP Bruttoinlandsprodukt
BITV Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung
BIWAQ Bundesprogramm »Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier«
BJK Bundesjugendkuratorium
BKA Bundeskriminalamt
bke Bundeskonferenz für Erziehungsberatung
BKGG Bundeskindergeldgesetz
BKiSchG Bundeskinderschutzgesetz

- BKJPP** Berufsverband für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie in Deutschland
BKMO Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen
BKV Berufskrankheiten-Verordnung
BldW Blätter der Wohlfahrtspflege (Zeitschrift)
BliWaG Blindenwarenvertriebsgesetz
BMAS Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF Bundesministerium Bildung und Forschung
BMEL Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMF Bundesministerium der Finanzen
BMFStJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMG Bundesministerium für Gesundheit
BMI Bundesministerium des Innern
BMJV Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BMPPD Bund Moslemischer Pfadfinder und Pfadfinderinnen Deutschland
BMWi Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE Bruttonationaleinkommen
BpB Bundeszentrale für politische Bildung
BPE Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener
BPersVG Bundespersonalvertretungsgesetz
BPjM Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien
BQFG Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz
BR Bundesrat
BRAGO Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte
BRD Bundesrepublik Deutschland
BR-Drucks. Bundesratsdrucksache
BRK (UN-)Behindertenrechtskonvention
BSA Berufsregister Soziale Arbeit des DBSH; Betriebliche Soziale Arbeit
BSC Balanced Scorecard
BSchV Berufsschadensausgleichsverordnung
BSD Besonderer Sozialer Dienst
BSFH Bundesstiftung Frühe Hilfen
BSG Bundessozialgericht
BSGE Sammlung »Entscheidungen des Bundessozialgerichts«
BSHG Bundessozialhilfegesetz
bspw. beispielsweise
BT Bundestag
BtBG Betreuungsbehördengesetz
BT-Drucks. Bundestagsdrucksache
BtG Betreuungsgesetz
BTHG Bundesteilhabegesetz
BtMG Betäubungsmittelgesetz
BtOG Betreuungsorganisationsgesetz
BtPrax Betreuungsrechtliche Praxis (Zeitschrift)
BUKO Bundeskonferenz der Betreuungsvereine
BuT Leistungen für Bildung und Teilhabe
BV Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
BVA Bundesversicherungsamt
BvB Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen
BV BFW Bundesverband Deutscher Berufsförderungswerk
BVerfG Bundesverfassungsgericht
BVerfGE Sammlung »Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts«
BVerfGG Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerwG Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE Sammlung »Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts«
BVFG Bundesvertriebenengesetz
BVG Bundesversorgungsgesetz
BJ Berufsvorbereitungsjahr
bvkm Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V.
BV LH Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.
BV NeMO Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen e.V.
BVÖGD Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes
BV-Päd. Berufsverband der Erziehungswissenschaftlerinnen und Erziehungswissenschaftler
BZAA Bundeszentralstelle für Auslandsadoption
BZgA Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
bzgl. bezüglich
BzKJ Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz
BZR Bundeszentralregister
BZRG Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister
bzw. beziehungsweise
ca. circa
CA Central Authority (Zentrale Behörde)
CAF Common Assessment Framework
CAPI computerassistierte persönliche Interviews
CATI computerassistierte telefonische Interviews
CBCL Child Behaviour Checklist
CBP Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V.
CCPM Critical Chain Project Management
C.E. Civic Education
CEDAW Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau)
CfbM Conterganstiftung für behinderte Menschen
CM Case Management
CO Community Organizing

COFACE Confederation of Family Organisations in the European Union (Europäischer Zusammenschluss von Familienverbänden)
ContStiftG Conterganstiftungsgesetz
CP Creditpoint
CPM Critical Path Method
CSR Corporate Social Responsibility
CSW Child Support Worldwide
DAG SHG Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen
DAGPP Deutsche Akademie für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie
DAH Deutsche AIDS-Hilfe
DAI Dienstleistungen von allgemeinem Interesse
DAKJEF Deutscher Arbeitskreis für Jugend-, Ehe- und Familienberatung
DAkks Deutsche Akkreditierungsstelle
DaMigra Dachverband der Migrantinnenorganisationen e.V.
DaMOst Dachverband der Migrant/innenorganisationen in Ostdeutschland e.V.
DAngVers Deutsche Angestelltenversicherung (Zeitschrift)
DÄrztebl. Deutsches Ärzteblatt (Zeitschrift)
DAWI Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse
DBJR Deutscher Bundesjugendring
DBR Deutscher Behindertenrat
DBS Deutscher Behindertensportverband
DBSH Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.
DBSV Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V.
DBT Dialektisch-behaviorale Therapie
DCGK Deutscher Corporate Governance Kodex
DCV Deutscher Caritasverband
DDR Deutsche Demokratische Republik
DEAS Deutscher Alterssurvey
DEGAM Deutsche Gesellschaft für Allgemeinmedizin und Familienmedizin
DeGEval Gesellschaft für Evaluation e.V.
ders. derselbe
DFT Deutscher Fürsorgerat
DFV Deutscher Familienverband
DG3S Deutsche Gesellschaft für Systemisch-konstruktivistische Beratung, Sozialtherapie und Supervision
DGB Deutscher Gehörlosenbund; Deutscher Gewerkschaftsbund
DGCC Deutsche Gesellschaft für Care und Case Management
DGE Deutsche Gesellschaft für Ernährung
DGfE Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft
DGG Deutsche Gesellschaft für Geriatrie
DGGG Deutsche Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie
DGGÖ Deutsche Gesellschaft für Gesundheitsökonomie
DGGPP Deutsche Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie

DGIP Deutsche Gesellschaft für Individualpsychologie
DGKJP Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie
dgl. desgleichen, dergleichen
DGLG Deutsche Gesellschaft für Logotherapie und Existenzanalyse e.V.
DGPPN Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde
DGPs Deutsche Gesellschaft für Psychologie
DGS Deutsche Gesellschaft für Soziologie; Deutsche Gebärdensprache
DGSA Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit
DGSF Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie
DGSM Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin
DGSMF Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention
DGSP Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie
DGsP Deutsche Gesellschaft für systemische Pädagogik
DGsv Deutsche Gesellschaft für Supervision
DGVt Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie
d.h. das heißt
DHS Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen
dies. dieselbe(n)
DIJuF Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.
DIK Deutsche Islam Konferenz
DIMDI Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information
Diss. Dissertation
DIV Deutsches Institut für Vormundschafswesen
DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
dj deutsche jugend (Zeitschrift)
DJH Deutsches Jugendherbergswerk
DJHP Deutscher Kinder- und Jugendhilfefpreis
DJHT Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag
DJI Deutsches Jugendinstitut
DJO Deutsche Jugend in Europa
DKG Deutsche Krankenhausgesellschaft
DKSB Deutscher Kinderschutzbund
DLRG Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft
DLT Deutscher Landkreistag
DMP Disease-Management-Programme
DPSG Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg
DPWV Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (Kurzform »Der PARI-TÄTISCHE«)
DQR Deutscher Qualifikationsrahmen
DRG Diagnosis Related Groups

- DRiG Deutsches Richtergesetz
 DRK Deutsches Rotes Kreuz
 DRM Day Reconstruction Method
 Drucks. Drucksache
 DRV Deutsche Rentenversicherung
 DSEE Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt
 DS-GVO (Europäische) Datenschutzgrundverordnung
 DSM Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders (Diagnostisches und Statistisches Manual Psychischer Störungen)
 DST Deutscher Städtetag
 DStGB Deutscher Städte- und Gemeindebund
 dt. deutsch
 DV Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
 dvb Deutscher Verband für Bildungs- und Berufsberatung e.V.
 DVBl. Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
 DVfR Deutsche Vereinigung für Rehabilitation
 DVG Digitale-Versorgung-Gesetz
 DVJJ Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V.
 DVO Durchführungsverordnung
 DVSG Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e.V.
 DW Diakonisches Werk
 DZA Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V.
 DZI Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen
 EA Eignungsabklärung
 eaf Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie
 EAPN European Anti-Poverty Network (Europäisches Armutsnetzwerk)
 EASA Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber
 EASO European Asylum Support Office (Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen)
 EASR Europäischer Ausschuss für Soziale Rechte
 EASSW European Association of Schools of Social Work
 eAT elektronischer Aufenthaltstitel
 EB Entbindungspflege
 ebd. ebenda
 eBM Evidence-Based Medicine (Evidenzbasierte Medizin)
 ECOSOC Economic and Social Council of the United Nations (Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen)
 ECRE European Council on Refugees and Exiles (Europäischer Flüchtlingsrat)
 ECTS European Credit Transfer System
 EDV Elektronische Datenverarbeitung
 EEG einrichtungseinheitlicher Eigenanteil
 EFA Europäisches Fürsorgeabkommen
 EFD Europäischer Freiwilligendienst
 EfG Entschädigungszahlung für Geschädigte
 EFQM European Foundation for Quality Management
 EFRE Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
 EFZG Entgeltfortzahlungsgesetz
 eG Eingetragene Genossenschaft
 EG Europäische Gemeinschaft(en)
 EGBGB Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
 EGBGBnF Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch neue Fassung
 EGGVG Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
 EGInsO Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung
 eGK Elektronische Gesundheitskarte
 EGMR Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
 EGStGB Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
 EGV Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
 EGZ Eingliederungszuschuss
 EheG Ehegesetz
 EinglHVO Eingliederungshilfe-Verordnung
 EKD Evangelische Kirche in Deutschland
 EM Erwerbsminderung
 EMN Europäisches Migrationsnetzwerk
 EMRK Europäische Menschenrechtskonvention
 engl. englisch
 EQ Einstiegsqualifizierung
 EQR Europäischer Qualifikationsrahmen für Lebenslanges Lernen
 ErgThAprV Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten
 ErgThG Ergotherapeutengesetz
 ESC Europäische Socialcharta
 ESCHG Embryonenschutzgesetz
 ESF Europäischer Sozialfonds
 ESGV Einstiegsgeld-Verordnung
 ESK Europäischer Solidaritätskorps
 ESM Experienced Sampling Method
 ESN European Social Network
 ESSA Europäischer Preis der Sozialen Dienste
 ESSC Europäische Konferenz des Sozialwesens
 ESSR Europäische Säule Sozialer Rechte
 EStG Einkommensteuergesetz
 etc. et cetera
 EU Europäische Union
 EUD European Union of the Deaf
 EuGH Gerichtshof der Europäischen Union
 EUPAN Europäisches Netzwerk für öffentliche Verwaltungen
 EURAG Europäische Arbeitsgemeinschaft der älteren Generationen
 EU-SILC European Union Statistics on Income and Living Conditions
 EUTB Ergänzende unabhängige Teilhabeplanung

- EuUnthVO** Europäische Unterhaltsverordnung
EUV Vertrag über die Europäische Union
e.V. eingetragener Verein
EV Eingangsverfahren
EVS Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
evtl. eventuell
EWDE Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung
EWG Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWRA Europäischer Wirtschaftsraum
EWSA Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
f. folgend(e)
FachKrEG Fachkräfteeinwanderungsgesetz
FAK Fortbildungsakademie
FAKD Führungsakademie für Kirche und Diakonie
FamFG Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Familienverfahrensgesetz)
FamG Familiengericht
FamRZ Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FbJJ Forum behinderter Juristinnen und Juristen
FBTS Fachbereichstag Soziale Arbeit
FDJ Freie Deutsche Jugend
FDK Familienbund der Katholiken
FEVS Sammlung »Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte«
ff. fortfolgend(e)
FG Freiwillige Gerichtsbarkeit; Fachgymnasium
FGG Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGO Finanzgerichtsordnung
FH Fachhochschule
FICE Fédération Internationale des Communautés Educatives
FÖJ Freiwilliges Ökologisches Jahr
FOS Fachoberschule
FPfZG Familienpflegezeitgesetz
FreizügG/EU Freizügigkeitsgesetz/EU
FrühV Frühförderungsverordnung
frz. französisch
FS Fachschule
FSA Förderverein für Soziale Arbeit e.V.
FSF Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen
FSJ Freiwilliges Soziales Jahr
FSK Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft
FSM Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter
FuR Familie und Recht (Zeitschrift)
GA, GÄ Gesundheitsamt, Gesundheitsämter
GastG Gaststättengesetz
G-BA Gemeinsamer Bundesausschuss
GBI. Gesetzblatt
GBO Grundbuchordnung
GbR Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GdB Grad der Behinderung im Sinne des Schwerbehindertengesetzes (früher MdE)
GDG Gesundheitsdienstgesetz
GdS Grad der Schädigungsfolgen
gE gemeinsame Einrichtungen
GEAS Gemeinsames Europäisches Asylsystem
gem. gemäß
GemHVO Gemeindehaushaltsverordnung
GenG Genossenschaftsgesetz
GER Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen
GERT Graphical Evaluation and Review Technique
GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GewO Gewerbeordnung
GewSchG Gewaltschutzgesetz
GfK Genfer Flüchtlingskonvention
GG Grundgesetz
ggf. gegebenenfalls
gGmbH gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GGO I Gemeinsame Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung – Allgemeiner Teil (GGO I)
GHBG Gesetz für die Hilfen für Blinde und Gehörlose Nordrhein-Westfalen
GIS Geografische Informationssysteme
GiSA Gilde Soziale Arbeit
GIZ Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GKiKP Gesundheits- und Kinderkrankenpflege
GKP Gesundheits- und Krankenpflege
GKV Gesetzliche Krankenversicherung
GKV-VSG Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstärkungsgesetz)
GKV-WSG Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzliche Krankenversicherung
GmbH Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG GmbH-Gesetz
GMBL Gemeinsames Ministerialblatt der Bundesregierung und der Bundesministerien
GMF Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
GMK Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung; Gesundheitsministerkonferenz der für das Gesundheitswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder
GNotKG Gesetz über Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für Gerichte und Notare
GO Gemeindeordnung
GoB-K Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Kommunen

- GPO** Geschäftsprozessoptimierung
GPV Gemeindepsychiatrischer Verbund
GRC Charta der Grundrechte der Europäischen Union
grds. grundsätzlich
griech. griechisch
GrSiDAV Grundsicherungs-Datenabgleichsverordnung
GSiG Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
GVBl. Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG Gerichtsverfassungsgesetz
GV.NRW Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen
GVWG Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz
GWA Gemeinwesenarbeit, Gemeinkostenwertanalyse
GWB Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GwG Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie
GZ Gerontopsychiatrische Zentren
H. Heft
Halbs. Halbsatz
HAÜ Haager Adoptionsübereinkommen
HAW Hochschule für angewandte Wissenschaft
HAWIK Hamburg-Wechsler-Intelligenztest
HeimG Heimgesetz
HeimwV Heimmitwirkungsverordnung
HEP Heilerziehungspflege
HGB Handelsgesetzbuch
HGPBAV Ausführungsverordnung zum Hessischen Gesetz über Betreuungs- und Pflegeleistungen
HGrG Haushaltsgrundsätzegesetz
HHG Häftlingshilfegesetz
HIV human immunodeficiency virus
HKÜ Haager Kindesentführungsübereinkommen
HLU Hilfe zum Lebensunterhalt
h.M. herrschende Meinung
HmbGVBl Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
HMR Heilmittelrichtlinie
HPG Gesetz zur Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung
HQR Qualifikationsrahmen für deutsche Hochschulabschlüsse
HRG Hochschulrahmengesetz
HRK Hochschulrektorenkonferenz
hrsg. herausgegeben
Hrsg. Herausgeber/in
Hs. Halbsatz
HUÜ Übereinkommen über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen
HwO Handwerksordnung
Hze Hilfe zur Erziehung
HzeV Hausarztzentrierte Versorgung
IAB Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung
IADL Instrumentelle Aktivitäten des täglichen Lebens
iaf Verband binationaler Familien und Partnerschaften
IAO Internationale Arbeitsorganisation
IASSW International Association of Schools of Social Work
IAT Implicit Association Test
IB Internationaler Bund
IBRP Integrierter Behandlungs- und Rehabilitationsplan
ICCFR International Commission on Couple and Family Relations
ICD International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems (Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme)
ICF International Classification of Functioning, Disability and Health (Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit)
ICFO International Committee on Fundraising Organizations
ICILS International Computer and Information Literacy Study
ICSW International Council on Social Welfare
i.d.F. in der Fassung
i.d.R. in der Regel
i.E. im Erscheinen
i.e.S. im eigentlichen Sinne, im engeren Sinne
IFD Integrationsfachdienste
IFR Informationsfreiheitsgesetz
IfSG Infektionsschutzgesetz
IFSW International Federation of Social Workers
IGfH Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen
IGhB Internationale Gesellschaft heilpädagogischer Berufs- und Fachverbände
IGLU Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung
IHK Industrie- und Handelskammer
IJAB Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland
IJFD Internationaler Jugendfreiwilligendienst
ILO International Labour Organisation (Internationale Arbeitsorganisation)
IMEW Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft
INBAS Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
inkl. inklusive
insbes. insbesondere
insges. insgesamt
InsO Insolvenzordnung
IntFamRVG Internationales Familienrechtsverfahrensgesetz
IPPF International Planned Parenthood Federation
IPR Internationales Privatrecht
IPWSKR Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

- IQ Intelligenzquotient
IQTiG Institut für Transparenz und Qualität im Gesundheitswesen
IQWiG Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen
i.S. im Sinne
ISA Institut für soziale Arbeit
ISCO International Standard Classification of Occupations
ISD Internationaler Sozialdienst
IS-GBE Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes
ISMO International Society for Mobile Youth Work
ISO Internationale Organisation für Normung
ISS Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik; International Social Service
IT Informations- und Kommunikationstechnologie
ITSA Internationaler Tag der Sozialen Arbeit
ITZ Initiative Transparente Zivilgesellschaft
i.V. In Vorbereitung
i.V.m. in Verbindung mit
IVR Integrierte Verbundrechnung
IVSS Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit
i.W. im Wesentlichen
i.w.S. im weiteren Sinne
IWU Institut Wohnen und Umwelt
IYHF International Youth Hostel Federation
IZA Institut Zukunft der Arbeit
JA, JÄ Jugendamt, Jugendämter
JAmt Das Jugendamt (Zeitschrift)
JArbSchG Jugendarbeitsschutzgesetz
JAV Jahresarbeitsverdienst
JBA Jugendberufsagentur
JFDG Jugendfreiwilligendienstgesetz
JFMK Jugend- und Familienministerkonferenz
Jg. Jahrgang
JGG Jugendgerichtsgesetz
JGH Jugendgerichtshilfe
Jh. Jahrhundert
JMD Jugendmigrationsdienst
JMStV Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien
JuSchG Jugendschutzgesetz
JWG Jugendwohlfahrtsgesetz
JZ Juristenzeitung
KAP Konzentrierte Aktion Pflege
Kap. Kapitel
kath. katholisch
KBV Kassenärztliche Bundesvereinigung
KDA Kuratorium Deutsche Altershilfe
KDG Kirchliches Datenschutzgesetz
K.d.ö.R. Körperschaft des öffentlichen Rechts
KdS Kongress der Sozialwirtschaft
KdU Kosten der Unterkunft
KERzG Gesetz über die religiöse Kindererziehung
KFBT Konferenz der Fachbereichstage
Kfz Kraftfahrzeug
KG Kammergericht; Kommanditgesellschaft
KGSt Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KHentG Krankenhausentgeltgesetz
KHG Krankenhausfinanzierungsgesetz
KHV Kommunikationshilfverordnung
KICK Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz
KiföG Kinderförderungsgesetz
KiJuP Kinder- und Jugendhilfe-Portal
KJGD Kinder- und Jugendgesundheitsdienst
KJHG Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Kinder- und Jugendhilfegesetz)
KJM Kommission für Jugendmedien-schutz
KJP Kinder- und Jugendplan des Bundes; Kinder- und Jugendpsychiatrie; Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut/in
KJPsychThAPrV Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten
KJSG Kinder- und Jugendstärkungsgesetz
KJug Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (Zeitschrift)
KJVVG Kinder- und Jugendhilfeverwaltungsvereinfachungsgesetz
KK Kronberger Kreis für Dialogische Qualitätsentwicklung
KKG Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz
KldB Berufeklassifikation der Bundesanstalt für Arbeit
KLR Kosten- und Leistungsrechnung
KMK Kultusministerkonferenz
KNA Kosten-Nutzen-Analyse
KOF Kriegsopferfürsorge
KOK Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.
KOLS Konferenz der obersten Landessozialbehörden
KomDat Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe. Informationsdienst der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik
Komm. Kommentar
KörR Körperschaften des öffentlichen Rechts
KOV Kriegsopferversorgung
KOV-VwG Gesetz über die Errichtung der Verwaltungsbehörden der Kriegsopferversorgung
KraftStG Kraftfahrzeugsteuergesetz
KrimJ Kriminologisches Journal (Zeitschrift)
KRK UN-Kinderrechtskonvention
KrPflG Krankenpflegegesetz
KSchG Kündigungsschutzgesetz
KSD Kommunalen Sozialdienst
KStG Körperschaftssteuergesetz
KSÜ Haager Kinderschutzübereinkommen
KSVG Künstlersozialversicherungsgesetz

- KTL** Klassifikation therapeutischer Leistungen
Kultur-MK Kulturministerkonferenz
KWA Kosten-Wirksamkeitsanalyse
KZfS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
KZG Kurzzeitgedächtnis
LAG Lastenausgleichsgesetz, Landesarbeitsgericht, Landesarbeitsgemeinschaft
LAMSA Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.
lat. lateinisch
LBB Lebensbegleitende Berufsberatung
LBff Lokale Bündnisse für Familie
LBG Lautsprachbegleitetes Gebärden
LBlindG Landesblindengeldgesetz Sachsen
LBlindGG Landesblinden- und Gehörlosengeldgesetz Sachsen-Anhalt
LG Landgericht
LGBTIQ* lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter*, queere Menschen
LHeimMitVO Landesheimmitwirkungsverordnung Baden-Württemberg
LHO Landeshaushaltsordnung
Lit. Literatur
LJA Landesjugendamt
LKR/GO Gemeinde- und Landkreisordnung
LOVEM Line of Visibility Engineering Method
LPartG Lebenspartnerschaftsgesetz
LPFIGG Landespflegegeldgesetz
LPG Lebenspartnerschaftsgesetz
LQW Lernorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung
LRS Lese-/Rechtschreib-Störung
LSBTTI Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle
LSG Landessozialgericht
LTA Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben
LVA Landesversicherungsanstalt
LVerf Landesverfassung
LWV Landeswohlfahrtsverband
LZG Langzeitgedächtnis
MA Master of Arts
MAG Mitarbeitergespräch
m.a.W. mit anderen Worten
max. maximal
MD Medizinischer Dienst
MdE Minderung der Erwerbsfähigkeit
MDK Medizinischer Dienst der Krankenversicherung
MGW Müttergenesungswerk
mhd. mittelhochdeutsch
mind. mindestens
MINT Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik
MinUhV Mindestunterhaltsverordnung
Mio. Million(en)
MitbestG Mitbestimmungsgesetz
MO Migrantenorganisation
Mrd. Milliarde(n)
MSA Haager Minderjährigenschutzabkommen
MSB Schulen mit mehreren Bildungsgängen
MschKrim. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform (Zeitschrift)
MSO Migrantenselbstorganisation
MTM Metra Potential Method
MuSchG Mutterschutzgesetz
MVZ Medizinische Versorgungszentren
MW Muslimisches Wohlfahrtswesen
MWBO Musterweiterbildungsordnung
m.w.N. mit weiteren Nachweisen
MwSt. Mehrwertsteuer
NABU Naturschutzbund
nak Nationale Armutskonferenz
NAKOS Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen
NBA Neues Begutachtungsverfahren
ndo neue deutsche organisationen – das postmigrantische netzwerk e.V.
NDV Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Zeitschrift)
NDV-RD Rechtsprechungsdienst als Beilage zum Nachrichtendienst des Deutschen Vereins
n.F. neue Fassung
NFB Nationales Forum Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung e.V.
NGO non governmental organization (Nichtregierungsorganisation)
NJW Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NKA Nutzen-Kosten-Analyse
NKF Neues Kommunales Finanzmanagement
NKHR Neues Kommunales Haushaltsrecht
NKR Neues Kommunales Rechnungs- und Steuerungssystem
NLP Neurolinguistisches Programmieren
NP New Pact on Asylum und Migration
NPM New Public Management
NPrax. Neue Praxis (Zeitschrift)
Nr. Nummer
NRO Nichtregierungsorganisation
NRW Nordrhein-Westfalen
NSM Neue Steuerungsmodelle
NStZ Neue Zeitschrift für Strafrecht (Zeitschrift)
NSV Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NVwZ Neue Zeitschrift für das Verwaltungsrecht
NZFH Nationales Zentrum Frühe Hilfen
NZS Neue Zeitschrift für Sozialrecht o.Ä. oder Ähnliche(s)
ÖAGG Österreichischer Arbeitskreis für Gruppentherapie und Gruppendynamik
ODA Official Development Assistance
OE Organisationsentwicklung
OECD Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit)

- ÖEG Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten
o.g. oben genannt
ÖGD Öffentlicher Gesundheitsdienst
OHG Offene Handelsgesellschaft
o.J. ohne Jahr
OKJA Offene Kinder- und Jugendarbeit
ÖKSA Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit
OLG Oberlandesgericht
OMK Offene Methode der Koordinierung
o.O. ohne Ort
ÖPNV Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPP Öffentlich-Private Partnerschaft
OPS Operationen- und Prozeduren-schlüssel
OVG Oberverwaltungsgericht
OWiG Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PAKO Pauschalisierende Abwertungs-konstruktionen
PatBeteiligungsV Patientenbeteiligungs-verordnung
PB Persönliches Budget
PDCA Plan-Do-Check-Act
PDM Precedence Diagramming Method
PEA Personen mit erheblich einge-schränkter Alltagskompetenz
PEP Persönlicher Entgeltpunkt
PERT Program Evaluation and Review Technique
PflBG Pflegeberufegesetz
PfleVG Pflege-Versicherungsgesetz
PfleZG Pflegezeitgesetz
PflR Pflegerrecht (Zeitschrift)
pfv Pestalozzi-Fröbel-Verband
PfwG Pflege-Weiterentwicklungsgesetz
P.H. Public Health
PhD Doctor of Philosophy
PIAAC Internationale Studie zur Un-tersuchung von Alltagsfertigkeiten Er-wachsener
PIE Person In Environment
PISA Programme for International Stu-dent Assessment
PKH Prozesskostenhilfe
PKHB Prozesskostenhilfebekanntma-chung
PKS Polizeiliche Kriminalstatistik
PKV Private Krankenversicherung
PMR Progressive Muskelrelaxation
PnG Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung
POS Polytechnische Oberschule
PP Psychologische/r Psychotherapeut/in
PPP Public Private Partnership
PPP-RL Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie
PpSG Pflegepersonal-Stärkungsgesetz
PrävG Präventionsgesetz
ProstG Prostitutionsgesetz
ProstSchG Prostituiertenschutzgesetz
PSAG Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
PSG Pflegestärkungsgesetz
PStG Personenstandsgesetz
PSVaG Pensions-Sicherungs-Verein auf Gegenseitigkeit
PsychKG Psychisch-Kranken-Gesetz
PsychKHG Psychisch-Kranken-Hilfe-Ge-setz
PsychPV Psychiatriepersonalverordnung
PsychThAusRefG Psychotherapeutenaus-bildungsreform-Gesetz
PsychThG Psychotherapeutengesetz
QMS Qualitätsmanagementsystem
QR SozArb Qualifikationsrahmen Sozia-le Arbeit
RAF Rentenartfaktor
RAG Rentenanpassungsgesetz
RatSWD Rat für Sozial- und Wirtschafts-daten
RBEG Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz
RBS Regelbedarfsstufe
RCT Randomized Controlled Trial
rd. rund
RDG Rechtsdienstleistungsgesetz
RdJB Recht der Jugend und des Bil-dungswesens (Zeitschrift)
RdLH Rechtsdienst der Lebenshilfe (Zeitschrift)
Rdnr. Randnummer
RechtsVO Rechtsverordnung
ReGeDe Reichsverband der Gehörlosen Deutschlands
RehaAnglG Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation
RelKEG Gesetz über die religiöse Kinder-erziehung
RESC Revidierte Europäische Sozialchar-ta
resp. respektive
RFV Reichsverordnung über die Fürsor-gepflicht
RGBL. Reichsgesetzblatt
RGr Reichsgrundsätze über Vorausset-zung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge
RI Rehabilitation International
RJWG Reichsjugendwohlfahrtsgesetz
RKHD Rektorenkonferenz der kirchli-chen Hochschulen für Angewandte Wissenschaften Deutschlands
RKI Robert Koch Institut
RL Richtlinie
RPfG Rechtspflegergesetz
RPK-Einrichtung Reha-Einrichtung für psychisch kranke und behinderte Men-schen
RQ Rentnerquote
RRR Rentenreformgesetz
Rs. Rechtssache
RsDE Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen (Zeitschrift)
RSV Regelsatzverordnung
RÜG Rentenüberleitungsgesetz
RV Rentenversicherung
RVB Beitragssatz zur allgemeinen Ren-tenversicherung
RVO Reichsversicherungsordnung
s. siehe
S. Satz, Seite

- SADT** Structured Analysis and Design Technique
SAE Sammlung Arbeitsrechtlicher Entscheidungen
SAPV Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung
SBP Social Bond Princip
SBZ Sowjetische Besatzungszone
SchKG Schwangerschaftskonfliktgesetz
SchwarzArbG Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung
SchwBArbV Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabenverordnung
SCL Symptomchecklist
SDG Single Digital Gateway; Sustainable Development Goals
SE Soziale Entschädigung
SEE Social Economy Europe
SEG Soldatenentschädigungsgesetz
SEND Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland
SF Sozialer Fortschritt (Zeitschrift)
SFHÄndG Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz
SG Sozialgericht; Systemische Gesellschaft
SGb Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SGB Sozialgesetzbuch
SGB I Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil – (Erstes Buch)
SGB II Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – (Zweites Buch)
SGB III Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Drittes Buch)
SGB IV Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – (Viertes Buch)
SGB V Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung – (Fünftes Buch)
SGB VI Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung – (Sechstes Buch)
SGB VII Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung – (Siebtes Buch)
SGB VIII Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – (Achstes Buch)
SGB IX Sozialgesetzbuch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – (Neuntes Buch)
SGB X Sozialgesetzbuch – Verwaltungsverfahren, Schutz der Sozialdaten, Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten – (Zehntes Buch)
SGB XI Sozialgesetzbuch – Soziale Pflegeversicherung – (Elfte Buch)
SGB XII Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe – (Zwölftes Buch)
SGB XIV Sozialgesetzbuch – Soziale Entschädigung – (Vierzehntes Buch)
SGG Sozialgerichtsgesetz
SH Schleswig-Holstein
SHIA Selbsthilfeinitiative Alleinerziehender
SIBs Social Impact Bonds
SKOS Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
Slg. Sammlung
s.o. siehe oben
SOC Sense of coherence
SodEG Sozialdienstleister-Einsatzgesetz
SODK Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen in der Schweiz
SOEP Sozio-oekonomisches Panel
sog. sogenannt(er/es)
SONG Soziales neu gestalten (Netzwerk)
SoVd Sozialverband Deutschland e.V.
SozArb Soziale Arbeit (Zeitschrift)
SoziDAV Sozialhilfedatenabgleichsverordnung
SozR Sozialrecht. Rechtsprechung und Schrifttum (Loseblattausgabe)
SozSich. Soziale Sicherheit (Zeitschrift)
Sp. Spalte
SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPFH Sozialpädagogische Familienhilfe
SPV Spezialisierte Palliativversorgung
SRGR Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte
SROI Social Return on Investment
SSES Spezifische Spracherwerbsstörung
StaFamG Starke-Familien-Gesetz
StAG Staatsangehörigkeitsgesetz
StGB Strafgesetzbuch
STI Sexuell übertragbare Infektionen
StPO Strafprozessordnung
StrRehaG Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz
StVG Straßenverkehrsgesetz
StVollstrO Strafvollstreckungsordnung
StVollzG Strafvollzugsgesetz
StWG Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
SVA Sozialversicherungsabkommen
SVG Soldatenversorgungsgesetz
SVHV Verordnung über das Haushaltswesen in der Sozialversicherung
SVLFG Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau
SVRV Verordnung über den Zahlungsverkehr, die Buchführung und die Rechnungslegung in der der Sozialversicherung
SW Soziale Wohnraumförderung
Syn. Synonym
TFR Total Fertility Rate
ThürSinnbGG Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetz
TI-D Transparency International Deutschland
TIMSS Trends in International Mathematics and Science Study
TOA Täter-Opfer-Ausgleich
TQM Total Quality Management
TSG Transsexuellengesetz
TSVG Terminservice- und Versorgungsgesetz
TuP Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (Zeitschrift)

- TVöD Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
TzBfG Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge
TZI Themenzentrierte Interaktion
u.a./u.a.m. unter anderem (anderen)/und andere(s) mehr
u.Ä. und Ähnlich(es)
überarb. überarbeitet
u.g. unten genannt
UG Unternehmergesellschaft
UJ Unsere Jugend (Zeitschrift)
UmwG Umwandlungsgesetz
UN United Nations (Vereinte Nationen)
UN-BRK UN-Behindertenrechtskonvention
UNESCO United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)
UNHCR United Nations High Commissioner for Refugees (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen)
UNICEF United Nations International Children's Emergency Fund (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen)
Urt. Urteil
USA United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
USK Unterhaltungssoftware-Selbstkontrolle
UStDV Umsatzsteuerdurchführungsverordnung
UStG Umsatzsteuergesetz
usw. und so weiter
u.U. unter Umständen
UVG Unterhaltsvorschussgesetz
UVgO Unterschwellenvergabeordnung
UWG Unterstützungswohnsitzgesetz, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
UZwG Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes
v. vom, von
v.a. vor allem
VA Verwaltungsakt
VäD Vertrauensärztlicher Dienst
VAEU Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
VafK Verband Väteraufbruch für Kinder e.V.
VAG Versicherungsaufsichtsgesetz
VAKJP Vereinigung analytischer Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten
VAmB Verzahnte Ausbildung mit Berufsbildungswerken
VAMV Bundesverband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.
VBD Verordnung über barrierefreie Dokumente in der Bundesverwaltung
VBL Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
VBM Verband Berufstätiger Mütter e.V.
VBVG Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern
VdK Sozialverband VdK Deutschland
VDR Verband Deutscher Rentenversicherungsträger
VEDD Verband Evangelischer Diakonien-, Diakoninnen und Diakonatsgemeinschaften in Deutschland e.V.
VENRO Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen
VereinsG Vereinsgesetz
VergStatVO Vergabestatistikverordnung
VersAusglG Versorgungsausgleichsgesetz
VersMedV Versorgungsmedizin-Verordnung
VerwArch. Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
VG Verwaltungsgericht; Vormundschaftsgericht
VGH Verwaltungsgerichtshof
vgl. vergleiche
VgV Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge
v.H. vom Hundert
VHS Volkshochschule
VKFD Verband Kinderreicher Familien in Deutschland
VMAV Verband alleinerziehender Mütter und Väter
VO Verordnung
VOB/A Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOF Vergabe- und Vertragsordnung für freiberufliche Leistungen
VOL/A Vergabe- und Vertragsordnung für Dienstleistungen
Vorbem. Vorbemerkung
VormschG Vormundschaftsgericht
vs. versus
VSOP Verein für Sozialplanung
VSSR Vierteljahresschrift für Sozialrecht (Zeitschrift)
VuR Verbraucher und Recht
VV-BHO Allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Bundeshaushaltsordnung
VV-LHO Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung
VwGO Verwaltungsgerichtsordnung
VwRehaG Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz
VwVfG Verwaltungsverfahrensgesetz
VwVG Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz
WBMitwV Wohn- und Betreuungsmittlungswirkungsverordnung Hamburg
WBVG Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz
WE Willenserklärung
WfbM Werkstatt für behinderte Menschen
WFD World Federation of the Deaf
WFMT World Federation of Music Therapy
WFO World Family Organisation
WHO World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
WMFT World Federation of Music Therapy

WMVO Werkstättenmitwirkungsverordnung	ZF Zugangsfaktor
WoFG Wohnraumförderungsgesetz	ZfA Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen
WoGG Wohngeldgesetz	ZfF Zeitschrift für das Fürsorgewesen
WSI Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes	ZFF Zukunftsforum Familie
WSWD World Social Work Day	ZfFS Zentrum für Familie und Soziales
WTG Wohn- und Teilhabegesetz Nordrhein-Westfalen	ZfP Zentrale Stelle für Pflegevorsorge
WTG DVO Verordnung zur Durchführung des Wohn- und Teilhabegesetzes Nordrhein-Westfalen	ZfSH/SGB Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch
WVO Werkstättenverordnung	Ziff. Ziffer
WZB Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung	ZJJ Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe
ZAnK Zentrale Anlaufstelle für grenzüberschreitende Kindschaftskonflikte und Mediation	ZKJ Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe
ZAV Zentrale Auslands- und Fachvermittlung	ZLV Ziel- und Leistungsvereinbarungen
z.B. zum Beispiel	ZPO Zivilprozessordnung
ZB Zentrale Behörde	Zs. Zeitschrift
ZDG Zivildienstgesetz	ZSR Zeitschrift für Sozialreform
	z.T. zum Teil
	ZVG Zwangsversteigerungsgesetz
	ZWST Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland
	zzgl. zuzüglich
	z.Zt. zur Zeit

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Abels, Heinz**, Prof. i.R. Dr. Dr., Professor für Soziologie an der FernUniversität Hagen
- Adelmann, Martin**, Dr., Politikwissenschaftler, Geschäftsführer des Arnold-Bergstraesser-Instituts, Freiburg i.Br.
- Adolph, Olgierd**, Präsident Bayerisches Verwaltungsgericht, Ansbach
- Ahner, Romy**, Dr. Ass. jur., Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Albrecht, Heidi**, Verband Evangelischer Diakone-, Diakoninnen- und Diakonatsgemeinschaften in Deutschland e.V., Berlin
- Anderson, Philip**, Prof. Dr., Fakultät für Sozial- u. Gesundheitswissenschaften, Hochschule Regensburg
- Ansen, Harald**, Prof. Dr., Professor für Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit, HAW Hamburg
- Backhaus-Maul, Holger**, Soziologe und Verwaltungswissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät, Mitglied im Vorstand der Stiftung Aktive Bürgerschaft, Halle
- Bahr-Hedemann, Lorenz**, Dezernent Kinder, Jugend und Familie, Landesverband Rheinland (LVR), Köln
- Bahrs, Ottomar**, Dr. disc. pol., Dipl.-Sozialwirt, Institut für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Göttingen
- Bakemeier, Christian**, Dipl.-Sozialarbeiter, Verband der Deutschen Evangelischen Bahnhofsmision e.V., Berlin
- Bartels, Andreas**, Referent für Europäische Kohäsions- und Strukturpolitik, Diakonie Deutschland, Berlin
- Bartels, Wiebke**, Ass. jur., LL.M., Referentin der Geschäftsleitung im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Bartosch, Ulrich**, Prof. Dr., Präsident der Universität Passau
- Bartsch, Konrad**, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, xit GmbH forsch.planen.beraten, Nürnberg
- Barz, Heiner**, Prof. Dr., Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf
- Bassewitz, Heike von**, Öffentlichkeitsarbeit, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Frankfurt am Main
- Batz, Michael**, Prof. Dr., Professor für Soziale Arbeit an der DHBW Heidenheim, Studiengangsleiter der Studienrichtung Sozialmanagement, Heidenheim
- Bauer, Edith**, Prof. Dr., Fachbereich Sozialwesen, Hochschule Fulda
- Baumann, Sophie**, Rechtsanwältin bei »legal links« – Kanzlei für Migrationsrecht, Berlin
- Becker, Bernd**, Dr., LRD, Leiter Gruppe »Soziales«, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
- Becker, Irene**, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirtin, freiberufliche Wissenschaftlerin, Riedstadt
- Becker, Kerstin**, Referentin für Flüchtlingshilfe/-politik, Abteilung Migration und Internationale Kooperation beim Paritätischen Gesamtverband, Berlin
- Becker, Ulrich**, Prof. Dr., Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, München
- Beier, Klaus M.**, Prof. Dr. med., Dr. phil., Facharzt für Psychotherapeutische Medizin, Psychoanalytiker, Direktor des Instituts für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin am Zentrum für Human- und Gesundheitswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin
- Belzner, Ruth**, Dipl.-Psychologin, M.A. Sozialmanagement, 2011–2019 Vorsitzende des Dachverbandes »Evangelische Konferenz Telefonseelsorge und offene Tür e.V.«, Leiterin der Telefonseelsorge Würzburg
- Bennewitz, Heiko**, Dipl.-Sozialwissenschaftler, Leiter des Projekts »Integrierte Förderstrukturen in Rheinland-Pfalz« im Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ism) und Geschäftsführer der plusquam Gesellschaft für Beratung und systemisches Qualitätsmanagement mbH, Mainz
- Bereswill, Mechthild**, Prof. Dr. phil. habil., Professorin für Soziologie sozialer Differenzierung und Soziokultur am Institut für Sozialwesen, Fachbereich Humanwissenschaften, Universität Kassel
- Berg, Gabriele von**, Dezernat Soziales, Fachbereichsleitung Sozialhilfe, Landesverband Rheinland (LVR), Köln
- Berg, Martin**, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e.V. (BAG WfbM), Frankfurt am Main
- Bergmann, Michael**, Dipl.-Sozialpädagoge (FH), ehemaliger Leiter des Arbeitsbereichs Engagementförderung, Deutscher Caritasverband, Freiburg i.Br.
- Berlit, Uwe**, Prof. Dr., Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig, und Vizepräsident des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes
- Bernateck, Kathrin**, Dr. phil., M. Sc. PH and Admin., Referentin im Referat Gesundheit, Demenz und Pflegebedürftigkeit im Alter, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

- Berner, Frank, Dr.**, Deutsches Zentrum für Altersfragen, Geschäftsstelle für die Altersberichte der Bundesregierung, Berlin
- Bessenich, Janina**, stellvertretende Geschäftsführerin des Bundesverbandes Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V., Freiburg i.Br.
- Beucke, Jan, Prof. Dr. rer. nat., Dipl.-Psychologe**, Professor für Medizinische Psychologie an der Medical Hamburg
- Beyer, Christoph**, Fachbereichsleiter, Inklusionsamt, Landschaftsverband Rheinland, Köln
- Beywl, Wolfgang, Prof. Dr.**, Seniorprofessor für Bildungsevaluation an der Pädagogischen Hochschule FHNW, Brugg Windisch sowie Wissenschaftlicher Leiter, Univation, Köln
- Bieber, Ulrich**, Referatsleiter, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin
- Bieg, Matthias**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Methoden und Kommunikation in der Preisstatistik, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
- Bilz, Ludwig, Prof. Dr.**, Professor für Pädagogische Psychologie, Fakultät für Soziale Arbeit, Gesundheit und Musik, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg
- Birnstengel, Petra**, Referentin für Unterhaltsrecht im Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., Heidelberg
- Block, Laura, Dr.**, Projektkoordination Bundesforum Familie, Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V. (AGF), Berlin
- Boetticher, Arne von, Prof. Dr.**, Professor für Sozialrecht am Fachbereich Sozial- und Bildungswissenschaften, Fachhochschule Potsdam
- Bolowich, Michael, Dr.**, Leitender Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Gießen
- Bolowich, Nina**, Staatsanwältin, Staatsanwaltschaft Hanau
- Bombien-Theilmann, Sabina**, stellvertretende Geschäftsführerin, Koordination Gremienarbeit, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW), Berlin
- Böpple, Lisa-Marie**, Beraterin für betriebswirtschaftliche Analysen und Organisationsentwicklung, xit GmbH forsch.planen.beraten, Nürnberg
- Borchert, Andreas, Dipl.-Sozialpädagoge (B.A.), M.A.** Soziale Arbeit, Ehrenamtliche Geschäftsführung Gilde Soziale Arbeit e.V., Dresden
- Borg-Laufs, Michael, Prof. Dr., Dipl.-Psychologe**, Kinder- u. Jugendlichenpsychotherapeut, Psychologischer Psychotherapeut, Professor für psychosoziale Arbeit mit Kindern sowie Dekan am Fachbereich Sozialwesens der Hochschule Niederrhein, Mönchengladbach
- Börner, Karlheinz, Dr. jur.**, Leitender Regierungsdirektor, Amtsleiter des Hessischen Amts für Versorgung und Soziales Wiesbaden
- Böseler, Karin**, Kinder- und Jugendpsychotherapeutin, Musiktherapeutin DMtG, Bad Zwischenahn
- Braun, Michael**, Sozialamtsrat, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin
- Brieger, Andreas**, Mitglied der ETUC Delegation im Europäischen Sozialen Dialog, Politischer Referent beim DGB Bundesvorstand, Verbindungsstelle Europapolitik, Brüssel
- Bröcheler, Mareike, Dr. oec. troph.**, Haushaltswissenschaftlerin, Referentin beim Diakonischen Werk Württemberg, Stuttgart
- Brockhausen, Berit**, approbierte psychologische Psychotherapeutin, Supervisorin (DGfS), Dozentin (DGVt), Autorin, Berlin
- Brosey, Dagmar, Prof. Dr.**, Professorin für Zivilrecht, Prodekanin für Forschung, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Technische Hochschule Köln
- Buchholz, Ralf**, Regierungsdirektor, Referat IIb3 »Berufsberatung, Ausbildungsvermittlung, Ausbildungsförderung«, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn
- Buck, Günter**, Referent Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA), Stuttgart
- Budde, Wolfgang**, Dipl.-Sozialarbeiter, Dozent an der Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit, Hochschule Coburg
- Bühler, Christian, Prof. Dr.**, Professor für Rehabilitationstechnologie, Technische Universität Dortmund
- Bungart, Jörg**, Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung (BAG UB), Hamburg
- Büning, Monika**, Leitung Stabsstelle Internationales, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Burchardt, Daniel, Dr.**, Referent für Sozial- und Verfassungsrecht der Diakonie Deutschland, Berlin
- Bürkel, Ina, Dipl.-Sozialpädagogin**, Abteilungsleiterin Amt für Existenzsicherung und soziale Integration, Stadt Nürnberg
- Burmeister, Jürgen, Prof. Dr. rer. pol.**, Professor und Leiter des Studienbereichs Sozialwesen an der Dualen Hochschule Heidenheim
- Burschel, Hans-Otto**, Familienrichter und Direktor des Amtsgerichts Bad Salzungen a.D.

- Busch, Dörte**, Prof. Dr. jur., Professorin für Zivilrecht und Sozialrecht, Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin
- Büter, Daniel**, Referent für politische Arbeit, Bundesgeschäftsstelle, Deutscher Gehörlosen-Bund e.V. (DGB), Berlin
- Buttner, Peter**, Prof. Dr., Professor an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule München
- Büttner, Imke**, Dipl.-Sozialarbeiterin, Fachberaterin beim LWL-Landesjugendamt Westfalen, Referat Erzieherische Hilfen, Schwerpunkt Pflegekinderhilfe, Münster
- Castiglioni, Laura**, Dr., Leitung der Fachgruppen Familienpolitik und Familienförderung, Deutsches Jugendinstitut, München
- Christa, Harald**, Prof. Dr., Professor für Sozialmanagement an der Evangelischen Hochschule Dresden
- Cibis, Wolfgang**, Dr. med., Facharzt für Innere Medizin, Projektkoordinator, Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation e.V. (BAR), Frankfurt am Main
- Cieslik, Anika**, Ass. jur., Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Cornel, Heinz**, Prof. Dr., Jurist, Dipl.-Pädagoge, Kriminologe, Professor für Jugendrecht, Strafrecht und Kriminologie an der Alice Salomon Hochschule Berlin, ehemaliger Präsident des DBH-Fachverbandes für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik, Berlin
- Corsa, Mike**, Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej) und Vorsitzender des Bundesjugendkuratoriums, Hannover
- Dahm, Harald**, Ass. jur., Geschäftsführer der Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse, Bezirksverwaltung Braunschweig
- Danner, Martin**, Dr., Bundesgeschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V. (BAG Selbsthilfe), Düsseldorf
- Daumüller, Rosemarie**, Geschäftsführerin Landesfamilienrat Baden-Württemberg, Stuttgart
- Dedy, Helmut**, Hauptgeschäftsführer Deutscher Städtetag, Berlin/Köln
- Deinert, Horst**, Dipl.-Sozialarbeiter, Dipl.-Verwaltungswirt, Mitarbeitervertreter im Gesamtpersonalrat der Stadt Duisburg
- Deinert, Olaf**, Prof. Dr., Professor für Bürgerliches Recht, Arbeits- und Sozialrecht an der Georg-August Universität Göttingen, ehrenamtlicher Richter am Bundesarbeitsgericht
- Deinet, Ulrich**, Prof. Dr., Professor für Didaktik und methodisches Handeln/Verwaltung und Organisation an der FH Düsseldorf
- Demirci, Silva**, Dr., Referentin für Migration und Behinderung, Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V., Berlin
- Denef, Claudia**, Dipl.-Soziologin, Redakteurin im Arbeitsfeld V – Bundeszentrale Fachpublikationen – im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Dettmers, Stephan**, Prof. Dr., Professor am Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit FH Kiel, 1. Bundesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen (DVSG)
- Dieball, Heike**, Prof. Dr. jur., Professorin für Zivil, Arbeits- und Antidiskriminierungsrecht an der Hochschule Hannover
- Dieterich, Anja**, Prof. Dr. med., Professorin für Methoden empirischer Sozialforschung, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin
- Dietrich, Martin**, Prof. Dr., Honorarprofessor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität des Saarlandes, Kommissarischer Direktor der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln
- Dinter, Knut**, freier Journalist, Oerlinghausen
- Diskowski, Detlef**, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Potsdam
- Döcker, Martina**, Internationaler Sozialdienst im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Dollinger, Bernd**, Prof. Dr., Department Erziehungswissenschaft – Psychologie, Sozialpädagogik und Sozialarbeit, Universität Siegen
- Dollinger, Franz Wilhelm**, Richter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig
- Doppler, Klaus**, Dr. phil., selbstständiger Management- und Organisationsberater, München
- Dörr, Margret**, Prof. Dr. phil., Professorin für Theorien Sozialer Arbeit und Gesundheitsförderung an der Katholischen Hochschule Mainz
- Dörre, Klaus**, Prof. Dr., Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie, Institut für Soziologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Dorschky, Lilo**, Dipl.-Soziologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Evangelischen Hochschule Dresden
- Dreber, Marie-Luise**, Dipl.-Pädagogin, Direktorin von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V., Bonn
- Drees, Heike**, Dipl.-Psychologin, Referentin für Gesundheit, Suchthilfe, HIV/Aids, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V.

- Droege, Michael**, Prof. Dr., Professor für Öffentliches Recht, Verwaltungsrecht, Religionsverfassungs- und Kirchenrecht sowie Steuerrecht, Juristische Fakultät, Eberhard Karls Universität Tübingen
- Dubiel, Magdalene**, Juristin im Landesjugendamt Rheinland, Köln
- Dünn, Sylvia**, Geschäftsführerin Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg, Frankfurt (Oder)
- Echterhoff, Gerald**, Prof. Dr., Professor für Sozialpsychologie, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
- Eckert, Detlef**, Dr., Koordinator des Arbeitsausschusses des Deutschen Behindertenrates, Berlin
- Effinger, Herbert**, Prof. em. Dr., Dipl.-Sozialpädagoge, Supervisor, Case Management Ausbilder, Professor für Sozialarbeitswissenschaft/Sozialpädagogik an der Evangelischen Hochschule Dresden
- Ehmann, Frank**, Prof. Dr. jur., Professor für Sozialrecht mit dem Schwerpunkt Arbeitsförderung/Arbeitslosenrecht an der Fachhochschule Frankfurt am Main
- Ehrhardt, Angelika**, Prof. Dr. phil., Dipl.-Pädagogin, Professorin am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule RheinMain, Wiesbaden
- Eichenhofer, Eberhard**, Prof. Dr. Dr. h.c., Professor an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Eichhoff, Gottfried**, Ass. jur., Wissenschaftlicher Referent a.D. im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Eifert, Barbara**, Dipl.-Soziologin, Coach DGfC, Wissenschaftliche Beraterin der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut für Gerontologie an der TU Dortmund
- Eilrich, Jan**, M.A., Politischer Referent Deutsche Krankenhausgesellschaft e.V., Berlin
- Eisewicht, Paul**, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie der Technischen Universität Dortmund
- Eisenbarth, Johannes**, Dipl.-Volkswirt, Referent Europa beim GKV-Spitzenverband, Berlin
- Eisenbarth, Lisa**, Referentin für Kindheit, Jugend, Familie und Bildung, Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm), Düsseldorf
- Eisenhart Rothe, Beate von**, Krankengymnastin, Dipl.-Pädagogin, Supervisorin, profile e.V., Hannover
- † **Eisenhart Rothe, Thomas von**, Dipl.-Psychologe, Dipl.-Pädagoge, Organisationsberater und Supervisor, profile e.V., Hannover
- Elsuni, Sarah**, Prof. Dr., Recht der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt Recht der Frau, Frankfurt University of Applied Sciences
- Engels, Dietrich**, Dr., ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, Köln
- Ernst, Stephanie**, Dr. jur., Geschäftsführerin der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DJVV), Hannover
- Eschelbach, Diana**, freie Referentin für Kinder- und Jugendhilferecht, Berlin
- Esser, Hildegard**, Fachärztin für Neurologie und Psychiatrie, ehemalige leitende Mitarbeiterin der Gesundheitsbehörde Hamburg
- Evers, Adalbert**, Prof. i.R. Dr. rer. pol., Politikwissenschaftler, Senior Fellow am Centrum für Soziale Investitionen (CSI) an der Universität Heidelberg
- Ewers, Michael**, Prof. Dr., M.A. of Public Health (MPH), Institut für Gesundheits- und Pflegewissenschaft, Campus Virchow-Klinikum der Charité – Universitätsmedizin Berlin
- Facius, Sascha**, Dr., Wissenschaftlicher Referent im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Fahlbusch, Jonathan I.**, Dr., Referent für Digitalisierung, Pflege und Ehrenamt beim Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
- Fahlbusch, Katja**, Dr. jur., stellvertretende Leiterin der Abteilung Recht beim Gemeinsamen Bundesausschuss, Berlin
- Falterbaum, Johannes**, Prof. Dr. jur., Professor und Studiengangleiter an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Heidenheim
- Faltermeier, Josef**, Prof. Dr. phil., Sozialwissenschaftler, Sozialarbeiter, Dipl.-Pädagoge, Publizist, Wissenschaftlicher Berater, Lehrbeauftragter
- Fasse, Antje**, Fachberaterin, LWL-Landesjugendamt Westfalen
- Faust, Florian**, Prof. Dr., LL.M., Professor Privatrecht IV – Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung, Bucerius Law School, Hamburg
- Fazekas, Réka**, Ass. jur., Rechtsabteilung der Sozialbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
- Feldmann, Britta**, Regierungsdirektorin, Referentin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn
- Fellöcker, Kurt**, Prof. (FH), M.A., M.Sc., DAS, Fachhochschule St. Pölten, Donauuniversität Krems, Lehrtherapeut im ÖAGG (Fachsektion PD)
- Feulner, Martina**, Dipl.-Oecotrophologin, H wie Hauswirtschaft, Bildung-Beratung-Supervision, Pellworm
- Fischer, Konstantin**, Referent Recht, Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt),

- Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e.V. (BAG WfbM), Frankfurt am Main
- Fix, Elisabeth, Dr.**, Referentin für Pflege, Rehabilitation, Alten- und Gesundheitspolitik im Berliner Büro des Deutschen Caritasverbandes e.V., Berlin
- Fleckinger, Susanne, Prof. Dr. phil.**, Professorin für Pflegewissenschaft an der Hochschule 21, Buxtehude
- Flenskov, Ulrike**, Referentin für Ambulante Dienste und Familienpflege, Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V., Köln
- Forberg, Felix, M.A.**, Pressesprecher der Stiftung Deutsches Hilfswerk, Hamburg
- Fortmeier, Paul**, Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Supervision (DGSv), Köln
- Frank, Gerhard, Prof. Dr. phil.**, Studiendekan und Professor an der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule, Nürnberg
- Franke, Pia Theresia, M.A.**, Vorständin der Paul Wilhelm von Keppler-Stiftung
- Freitag-Amtmann, Ines, Dr.**, Leiterin der Bundesgeschäftsstelle des Pestalozzi-Fröbel-Verbandes e.V., Berlin
- Friede-Mohr, Christina, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirtin**, Ministerialrätin, Referatsleiterin im Bundesministerium für Gesundheit, Bonn
- Friedhoff, Michaela**, Pflegedienstleitung am Alfried-Krupp-Krankenhaus Essen
- Friesenhahn, Günter J., Prof. Dr.**, Professor für Europäische Jugend- und Erwachsenenbildung an der Hochschule Koblenz
- Frings, Dorothee, Prof. em. Dr. jur.**, Professorin für Verfassungs-, Verwaltungs- und Sozialrecht an der Hochschule Niederrhein, Mönchengladbach
- Fröhlen, Dennis**, Vorstandsmitglied Stiftung Technisches Hilfswerk (THW), Vorstandsmitglied Kirschkamper Hof e.V., Geschäftsführender Gesellschafter SCHOMERUS Consulting GmbH, Hamburg
- Fröhlich-Gildhoff, Klaus, Prof. Dr., Dipl.-Psychologe**, Approb. Psychologischer Psychotherapeut und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut, Dozent für Klinische Psychologie und Entwicklungspsychologie an der Evangelischen Hochschule Freiburg i.Br., Leiter des Zentrums für Kinder- und Jugendforschung
- Fröhnhofen, Helmut, Prof. Dr. med.**, Leitender Arzt Altersmedizin am Universitätsklinikum Düsseldorf
- Früchtel, Frank, Prof. Dr.**, Professor für Soziale Arbeit am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Potsdam
- Funk, Eberhard, Dr.**, Historiker, Politologe, Betriebswirt, Wissenschaftlicher Referent im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Fürsorge, Cornelia, Prof. Dr.**, Professorin für Theorien, Geschichte und Ethik Sozialer Arbeit, Hochschule RheinMain, Wiesbaden
- Gabriel, Karl, Prof. Dr. Dr.**, Senior Professor am Exzellenzcluster »Religion und Politik« der Universität Münster
- Gahleitner, Silke Birgitta, Prof. Dr. phil. habil.**, Sozialarbeiterin und Psychotherapeutin, Professorin für Klinische Psychologie und Sozialarbeit, Alice Salomon Hochschule Berlin
- Gallep, Sabine, Ass. jur.**, Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Galuschka, Katharina, Dr., M.A.**, Pädagogin, Deutsches Jugendinstitut e.V.
- Garms, Hinrich, Dr.**, Sozialwissenschaftler, eines von drei gleichberechtigten Vorstandsmitgliedern der BAG Präkäre Lebenslagen, Frankfurt am Main
- Gatermann, Dörthe**, Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Gathen, Marion von zur**, Leiterin Abteilung Soziale Arbeit, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Berlin
- Genz-Bideau, Hartmut O.**, selbstständig als Berater, Trainer und Visualisierer, Hamburg
- Gerlinger, Thomas, Prof. Dr. Dr.**, Arbeitsgruppe 1: Gesundheitssysteme, Gesundheitspolitik und Gesundheitssoziologie, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld
- Gill, Thomas**, Leiter der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin
- Gissel-Palkovich, Ingrid, Prof. em. Dr.**, Professorin für Soziale Arbeit an der Fachhochschule Kiel
- Goebel, Jan**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Längsschnittstudie Sozioökonomisches Panel am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Berlin
- Golotka, Adrian**, Klinischer Sozialarbeiter (M.A.), analytischer Kinder- und Jugendtherapeut i.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter Alice Salomon Hochschule Berlin, Psychosozialer Berater Auswärtiges Amt Berlin
- Gostomzyk, Johannes, Prof. Dr.**, Leitender Medizinischer Direktor a.D., Ehrenpräsident der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention, Hamburg
- Gottschalk, Ingo, Dr.**, Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit, Leiter der Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung, Magdeburg
- Gottschalk, René, Prof. Dr. Dr.**, Facharzt für Innere Medizin/Infektiologie und

- Öffentliches Gesundheitswesen, Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Frankfurt am Main
- Graumann, Sigrid**, Prof. Dr. rer. nat. Dr. phil., Vorstandsvorsitzende der RKHD, Professorin für Ethik, Rektorin der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum
- Grein, Daniel**, Geschäftsführer des Deutschen Kinderschutzbundes e.V. (DKSB), Berlin
- Grieger, Katja**, Dipl.-Psychologin, Geschäftsführerin des Bundesverbandes Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff), Berlin
- Griep, Heinrich**, Justiziar, Caritasverband für die Diözese Mainz e.V.
- Gringmuth-Dallmer, Ulrike**, Dipl.-Psychologin, Geschäftsführung Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland, Berlin
- Gromann, Petra**, Prof. Dr., Hochschulverbund basa-online, Fachbereich Sozialwesen, Hochschule Fulda
- Gröning, Katharina**, Prof. Dr., Professorin für Pädagogik – pädagogische Beratung/Geschlechterverhältnisse, Universität Bielefeld
- Groth, Andy**, Dr., Vizepräsident des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts
- Grotkamp, Sabine**, Dr. med., MHM, Viszeralchirurgin, Sozialmedizinerin, Leiterin der Sozialmedizinischen Expertengruppe »Leistungsbeurteilung/Teilhabe«, Medizinischer Dienst Niedersachsen, Hannover
- Grube, Christian**, Dr., Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht a.D., Rechtsanwalt, München
- Grühn, Corinna**, Prof. Dr. jur., Professorin für Sozial- und Familienrecht, Studiengang Soziale Arbeit, Hochschule Bremen
- Grundmann, Matthias**, Prof. Dr. phil. habil., Institut für Soziologie, Westfälische-Wilhelms-Universität Münster
- Grzeszick, Bernd**, Prof. Dr., LL.M., Professor und Direktor des Instituts für Staatsrecht, Verfassungslehre und Rechtsphilosophie, Universität Heidelberg
- Gut, Andreas**, Dr. phil., Dipl.-Sozialpädagoge, Dipl.-Theologe, Systemischer Familientherapeut, Vertretungsprofessor an der DHBW in Villingen-Schwenningen mit dem Schwerpunkt Jugend-, Familien- und Sozialhilfe
- Gütte, Susanne**, Pressereferentin, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Gutzmann, Hans**, Prof. Dr. med., Past-Präsident der Deutschen Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie e.V. (DGGPP), Wiehl
- Haas, Benjamin**, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozialpolitik und Methoden der qualitativen Sozialforschung der Universität zu Köln
- Habbe, Heiko**, Rechtsanwalt und Rechtsberater bei der Kirchlichen Hilfsstelle »fluchtpunkt« in Hamburg
- Häbel, Hannelore**, Prof. em. Dr., Professorin für Recht und Verwaltung an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg
- Häcker, Ulrike**, Dipl.-Sozialjuristin, Erzieherin, v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel, Bielefeld
- Haertlein, Lutz**, Prof. Dr. jur., Professor für Bürgerliches Recht, Bank- und Kapitalmarktrecht, Universität Leipzig
- Hafener, Benno**, Prof. em. Dr., Institut für Erziehungswissenschaft, Philipps-Universität Marburg
- Hagedorn, Philip**, Ass. jur, LL.B., Juristischer Referent beim Deutschen Caritasverband e.V., Hauptvertretung Brüssel
- Hagen, Beate Maria**, Leitung Vereins- und Mitgliederwesen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Hahn, Gernot**, Dr. phil., Dipl.-Sozialpädagoge, Dipl.-Sozialtherapeut, Leiter der Forensischen Ambulanz der Klinik für Forensische Psychiatrie Erlangen
- Halfar, Bernd**, Prof. Dr., Professor an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt
- Hamann, Laura**, LL.M., Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Hämel, Kerstin**, Prof. Dr. rer. soc., Professorin für Gesundheitswissenschaften, Schwerpunkt Pflegerische Versorgungsforschung, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld
- Hammel, Manfred**, Dr. rer. soc., Ass. des Verwaltungsdienstes, juristischer Mitarbeiter beim Caritasverband für Stuttgart e.V., Mitglied im Fachausschuss Sozialrecht der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Stuttgart
- Hammer, Veronika**, Prof. Dr. rer. pol., Professorin für Sozialarbeitswissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Grundlagen und Methoden empirischer Sozialforschung an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg
- Harms, Henriette**, Dipl.-Pädagogin, Leiterin Arbeitsfeld II – Kindheit, Jugend, Familie, Soziale Berufe – im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Hartnuß, Birger**, Leiter in der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz
- Häseler-Bestmann, Sarah**, Prof. Dr., Professorin für Theorien und Methoden

- Sozialer Arbeit mit dem Schwerpunkt lokale Demokratieförderung an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin
- Hauert, Friedrich**, Dr. phil., Dipl.-Pädagoge, Organisationsberater, Berlin
- Haverkamp, Rita**, Prof. Dr., Stiftungsprofessorin für Kriminalprävention und Risikomanagement, Juristische Fakultät, Eberhard Karls Universität Tübingen
- Heeg, Stefan**, M.A., Soziologe und Erziehungswissenschaftler, Mitarbeiter der Stiftung Sozialpädagogisches Institut (SPI), Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Neubrandenburg
- Heidenreich, Thomas**, Prof. Dr., Dipl.-Psychologe, Professor für Psychologie für Soziale Arbeit und Pflege an der Hochschule Esslingen
- Heinisch, Daniel**, Referent für Grundsatzfragen der Eingliederungshilfe in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Abteilung III Soziales, Berlin
- Hellwig, Uwe**, Wissenschaftlicher Referent im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Helms, Ursula**, Geschäftsführerin der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS), Berlin
- Henneberger, Jana**, Ass. jur., Bundesministerium für Gesundheit, Berlin
- Herle, Ulrike**, M.A., Psychologin, Supervisorin (EAS), EMDR-Traumatherapeutin, Leiterin des Instituts für Frauen-SelbstManagement – Prävention von sexueller Gewalt gegen Mädchen, Jungen und Frauen, München
- Herrmann, Peter**, Prof. Dr. phil., Research Fellow am Human Rights Center, Law School an der Central South University, Changsha, PRC
- Hesse, Werner**, Ass. jur., Geschäftsführer im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Berlin
- Hillebrandt, Ingrid**, M.A., Soziologin, Referentin in der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V., Berlin
- Hinn, Gabriella**, Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS), Bonn
- Hinte, Wolfgang**, Prof. em. Dr., Universität Duisburg-Essen, freiberuflich tätig in der Organisationsberatung und Qualifizierung in Deutschland, Österreich und der Schweiz
- Hinterkeuser, Bert**, Projektleiter bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW), Berlin
- Hinz, Thorsten**, Dr., Philosoph und Ethnologe, Geschäftsführer Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. (CBP), Freiburg i.Br.
- Hirschbeck, Walburga**, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik, Geschäftsstelle des Bundesjugendkuratoriums, Deutsches Jugendinstitut e.V., München
- Hobelsberger, Alexander**, Dr. jur., Rechtsanwalt und Partner bei Hobelsberger & Neidlinger Rechtsanwälte
- Hochuli Freund, Ursula**, Prof. Dr., Dozentin für Soziale Diagnostik und Prozessgestaltung, Hochschule für Soziale Arbeit Fachhochschule Nordwestschweiz
- Hoffmann, Birgit**, Prof. Dr. jur., Professorin an der Fakultät Sozialwesen der Hochschule Mannheim
- Höft-Dzemski, Reiner**, Dipl.-Soziologe, Leiter a.D. Arbeitsfeld III – Grundlagen sozialer Sicherung, Sozialhilfe, soziale Leistungssysteme – im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Hoheisel, Miriam**, Bundesgeschäftsführerin des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V. (VAMV), Berlin
- Höhn, Christian**, Regierungsdirektor, Referatsleiter Referat II 3, Internationale Sorgerechts-, Kindesentführungs-, Kinder- und Erwachsenenschutzangelegenheiten, Bundesamt für Justiz, Bonn
- Hohnerlein, Eva Maria**, Dr. jur., Wissenschaftliche Referentin am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, München
- Höinghaus, Annette**, Bundesverband Legasthenie & Dyskalkulie e.V., Bonn
- Hölling, Iris**, ehemalige Geschäftsführerin von Wildwasser Arbeitsgemeinschaft gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen e.V., Berlin, Leiterin des Jugendamts Treptow-Köpenick, Berlin
- Holt, Thomas von**, Rechtsanwalt, Steuerberater, Tätigkeitsschwerpunkt Recht und Steuerrecht der Nonprofit-Organisationen, Bonn
- Holz, Gerda**, Dipl.-Politikwissenschaftlerin, Sozialarbeiterin, Leiterin des Geschäftsfeldes Soziale Inklusion im Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS), Frankfurt am Main
- Homfeldt, Hans-Günther**, Prof. em. Dr., Universität Trier im Fach Sozialpädagogik/Sozialarbeit
- Hoppe, Birgit**, Dr., Direktorin und Vorstandsvorsitzende a.D. der Stiftung SPI, Berlin
- Hosemann, Wilfried**, Prof. em., Dr., Mitglied im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Systemische Soziale Arbeit (DGSSA), Berlin
- Hotstegs, Robert**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Mediator, Düsseldorf
- Höyneck, Theresia**, Prof. Dr., Institut für Sozialwesen, Fachgebiet Recht der Kindheit und der Jugend, Universität Kassel

- Hugoth, Matthias**, Prof. Dr. theol., Professor für Erziehungswissenschaft und Elementarpädagogik im Studiengang Soziale Arbeit an der Katholischen Hochschule Freiburg i.Br.
- Hundertmark-Mayer, Jutta**, Dipl.-Psychologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin und stellvertretende Geschäftsführerin der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NA-KOS), Berlin
- Hurrelmann, Klaus**, Prof. Dr., Professor of Public Health and Education, Hertie School of Governance Berlin
- Huth, Susanne**, Geschäftsführerin, IN-BAS-Sozialforschung GmbH, Frankfurt am Main
- Isenberg, Marius**, Referent für Europapolitik, AWO Bundesverband e.V., Berlin
- Isermeyer, Martin**, Dipl.-Sozialpädagoge, M.A. Sozialmanagement, Systemischer Berater, Fachbereichsleiter Kinder- und Jugendhilfe, EJF gemeinnützige AG, Berlin
- Iversen, Sven**, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V., Berlin
- Jacoby, Claudia**, Geschäftsführung Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., Heidelberg
- Jahn, Thomas**, Dr. phil., Senior Advisor am Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE), Frankfurt am Main
- Jakob, Gisela**, Prof. Dr., Dipl.-Pädagogin, Professorin für Theorien der Sozialen Arbeit, Hochschule Darmstadt
- Jankuhn, Reinhard**, Referent für Bildung, WfbM und Sport, Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm), Düsseldorf
- Jansch, Janina**, Dr., Geschäftsführerin Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm), Düsseldorf
- Janßen, Christian**, Prof. Dr., M.A., Prodekan, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Hochschule München
- Janßen, Karl**, Dipl.-Sozialpädagoge, Stadtdirektor a.D., Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Berlin
- Jehle, Jörg-Martin**, Prof. Dr. jur. Dr. h.c., Geschäftsführender Direktor des Instituts für Kriminalwissenschaften, Leiter der Abteilung für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug, Juristische Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen
- Jukschat, Nadine**, Prof. Dr. phil., Professorin für angewandte Soziologie an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Hochschule Zittau/Görlitz
- Jurczyk, Karin**, Dr. phil., Dipl.-Soziologin, Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik (DGfZP), Berlin/München
- Kälble, Karl**, Dr. phil., M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter der AHPGS Akkreditierung gGmbH, Freiburg i.Br.
- Kallert, Heide**, Prof. em. Dr. phil., Professorin am Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung der Goethe-Universität, Frankfurt am Main
- Kaltenbach, Karin**, Leiterin der AWO Bundesakademie, Berlin
- Kaltenborn, Bruno**, Dr., Inhaber und Leiter, Wirtschaftsforschung und Politikberatung, Potsdam
- Karrasch, Dagmar**, Präsidentin Deutscher Bundesverband für Logopädie e.V., Frechen
- Kaucher, Simone**, Pressesprecherin Deutscher Volkshochschul-Verband e.V., Bonn
- Kaufmann, Markus**, Geschäftsführer der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), Bern, Schweiz
- Kawamura-Reindl, Gabriele**, Prof., Dipl.-Kriminologin, Dipl.-Sozialarbeiterin, Professorin an der Fakultät Sozialwissenschaften der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm, Nürnberg
- Keil, Andreas**, Referent im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, Potsdam
- Keil, Sylvia**, M.Sc., Sozialarbeiterin und Psychotherapeutin, Lektorin am Bachelorstudiengang Soziale Arbeit, FH Campus Wien und im Universitätslehrgang Klientenzentrierte Psychotherapie, Donau Universität Krems
- Keil, Wolfgang W.**, Prof. Mag., freiberuflicher Psychotherapeut und Supervisor in Wien, Lehrgangsleiter für Klientenzentrierte Psychotherapie an der Donau-Universität Krems
- Kelber, Ulrich**, Prof., Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Honorarprofessor für Datenethik an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg
- Kemnitz, Tobias**, Geschäftsführer Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (BAGFA), Berlin
- Kern, Albert**, Dr., Leiter des Referats Grundsatzfragen der Pflegeversicherung im Bundesministerium für Gesundheit (BMG), Berlin
- Keymling, Gabriele**, Dipl.-Pädagogin, M.A. in Organization Studies, Leiterin der Stabsstelle Bildung & Personalentwicklung, Landesgeschäftsstelle des Bayerischen Roten Kreuzes (KöR), München
- Kiessl, Heidrun**, Prof. Dr., Juristin, Dipl.-Heilpädagogin (FH), systemische Therapeutin, Lehrstuhl Heilpädagogik Fachhochschule der Diakonie Bielefeld

- Kilb, Rainer**, Prof. em. Dr. phil., Professor an der Hochschule Mannheim, Fakultät für Sozialwesen
- Kindler, Heinz**, Dr. phil., Dipl.-Psychologe, rechtspsychologischer Sachverständiger mit Schwerpunkt Kindeswohlgefährdung, Wissenschaftlicher Referent beim Deutschen Jugendinstitut e.V., München
- Kinzig, Jörg**, Prof. Dr., Professor für Kriminologie, Straf- und Sanktionenrecht, Direktor des Instituts für Kriminologie, Eberhard Karls Universität Tübingen
- Kirchhoff, Guido**, Prof. Dr., Professor für öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
- Kirsch, Sebastian**, Dr. jur., Richter am Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen
- Kleiber-Bischof, Christine**, Dipl.-Soziologin, Wissenschaftliche Referentin im Berufsverband Gesundheit und Wohlfahrtspflege, Abteilung Modellvorhaben und Kongresse
- Klein, Ansgar**, PD Dr. phil., Hauptgeschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerständliches Engagement (BBE), Publizist und Privatdozent für Politische Theorie an der Humboldt-Universität zu Berlin
- Klein, Lothar**, Balance – Forum für Freinet-Pädagogik, Wiesbaden
- Klein, Martin**, Prof. Dr. phil., Professor für Soziale Arbeit an der Katholischen Hochschule NRW, 1. Vorsitzender des Bundesfachverbands Betriebliche Sozialarbeit, Münster
- Klein, Ulf**, Dipl.-Psychologe, Systemischer Lehrtrainer SG + DGSF (Beratung, Supervision, Coaching, Organisationsentwicklung) und Psychodramatiker
- Klerks, Uwe**, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Sozialrecht und Versicherungsrecht, Essen
- Kleve, Heiko**, Prof. Dr. phil., Professor am Wittener Institut für Familienunternehmen (WIFU), Universität Witten/Herdecke
- Klie, Anja**, Regierungsrätin/Referentin, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin
- Klie, Thomas**, Prof. Dr. jur., Professor für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft an der Evangelischen Hochschule Freiburg i.Br.
- Klimitz, Hasso**, Dr., Leiter Psychotherapie und Psychosomatik, Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik, Potsdam
- Klug, Wolfgang**, Prof. Dr., Dipl.-Sozialpädagoge (FH), M.A. (Philosophie), Professor für Methoden der Sozialen Arbeit, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
- Kluve, Jochen**, Prof. Dr., Leiter des Berliner Büros des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) und Professor für Empirische Arbeitsmarktökonomik, Humboldt-Universität zu Berlin
- Knauer, Raingard**, Prof. Dr., Professorin am Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit der Fachhochschule Kiel
- Knecht, Gerhard**, Dozent für Spielpädagogik an der Akademie Remscheid
- Knepp, Helmut**, Vorstandsvorsitzender Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) – Wilhelmine-Lübke-Stiftung e.V., Berlin
- Knieps, Franz**, Vorstand des BKK Dachverbandes e.V., Berlin
- Knuth, Matthias**, Prof. Dr., Research Fellow und ehemals Leiter der Forschungsabteilung Arbeitsmarkt – Integration – Mobilität im Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen
- Koch, Christian**, Dipl.-Kaufmann, Unternehmensberater, Geschäftsführer der socialnet GmbH, Bonn
- Koch, Josef**, Geschäftsführer und Vorstandsmitglied der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH), Frankfurt am Main
- Köcher, Renate**, Prof. Dr., Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach am Bodensee
- Koglin, Erika**, Rechtsanwältin, Referentin beim Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Berlin
- Kohlrausch, Bettina**, Prof. Dr., Professorin für gesellschaftliche Transformation und Digitalisierung an der Universität Paderborn
- Kohlscheen, Norbert**, NK excellence consulting, Systemischer Organisationsberater, Hamburg
- Kohte, Wolfhard**, Dr. jur., Martin-Luther-Universität, Gründungsprofessor Zivilrecht II, Halle
- Kölch, Michael**, Prof. Dr. med., Präsident Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie e.V. (DGKJP), Berlin
- Königstein, Astrid**, Dipl.-Pädagogin, Leiterin des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) in der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA), Köln
- Koppe, Marco**, M.A. Sozialmanagement, Geschäftsführer Tafel Deutschland und Tafel-Akademie, Berlin
- Körner, Constanze**, Gesamtleitung Lesben Leben Familie (LesLeFam) e.V., Berlin, und freiberufliche Referentin zu Regenbogenfamilien und queeren Themen
- Kößler, Melanie**, LL.M., Juristin, Internationaler Sozialdienst im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Kott, Kristina**, Referatsleiterin im Statistischen Bundesamt, Wiesbaden
- Köttig, Michaela**, Prof. Dr., Professorin für Grundlagen der Gesprächsführung, Kommunikation und Konfliktbewältigung, Fachbereich Soziale Arbeit und

- Gesundheit, Frankfurt University of Applied Sciences
- Koufen, Katharina**, Referat 323 – Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin
- Kräft, Renate**, Dorfhelferin, Evangelisches Dorfhelferinnenwerk Niedersachsen e.V., Hannover
- Kraimer, Klaus**, Prof. Dr. phil. habil., Professor für Theorie, Praxis und Empirie Sozialer Arbeit an der htw des Saarlandes, Fakultät für Sozialwissenschaften, Privatdozent Universität Osnabrück
- Krämer, Anike**, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Geschlechterstudien, Universität Paderborn
- Krampe, Andreas**, Leiter des Arbeitsfeldes III – Grundlagen sozialer Sicherung, Sozialhilfe, soziale Leistungssysteme – im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Kranjčić, Christian**, Dr. jur., Prokurist und Verwaltungsleiter der (Heil-)Pädagogischen Einrichtungen der Augustinum gGmbH, München
- Krapp, Max-Christoph**, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Wohnen und Umwelt GmbH (IWU), Darmstadt
- Kraus, Sibylle**, Dipl.-Sozialarbeiterin, Sozialmanagerin, Case Managerin (DGCC), Vorstandsmitglied der Deutschen Vereinigung für Soziale Arbeit (DVSG), Berlin
- Krause, Alexandra**, Dr., Fachreferentin in der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
- Krause, Peter**, Dr. rer. soc., Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Berlin
- Kreidenweis, Helmut**, Professor für Sozialinformatik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, Vorstand des Fachverbandes für IT in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung FINSOZ e.V., Inhaber der IT-Beratung KI-Consult, Augsburg
- Kremer-Preiß, Ursula**, Sozialwissenschaftlerin, Referentin im Fachbereich Architektur und Wohnen im Kuratorium Deutsche Altershilfe, Köln
- Krieger, Hermann**, Direktor der Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg i.Br.
- Krieger, Wolfgang**, Prof. Dr., Dozent am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Fachhochschule Ludwigshafen am Rhein
- Kröger, Christine**, Prof. Dr. rer. nat., Dipl.-Psychologin, Psychologische Psychotherapeutin, Professorin für Psychologische Grundlagen der Sozialen Arbeit und Klinische Sozialarbeit an der Hochschule Coburg
- Krohn, Karina**, Dr., Richterin, Sozialgericht Cottbus
- Krömer, Matthias**, Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe (BAGüS), Münster
- Kron, Thomas**, Prof. Dr., Professor für Soziologie und Geschäftsführender Direktor des Instituts für Soziologie an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen
- Kroworsch, Susann**, Dr. jur., Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention beim Deutschen Institut für Menschenrechte, Berlin
- Krüger, Nelli**, Referentin im Statistischen Bundesamt, Wiesbaden
- Krüger, Nina**, Dr., Referentin für Kommunikation, Schwerpunkt Leichte Sprache, Bundesvereinigung Lebenshilfe, Berlin
- Krüger, Ulrich**, Dipl.-Supervisor, Geschäftsführer der Aktion Psychisch Kranke e.V. (APK), Bonn
- Kruse, Elke**, Prof. Dr., Dipl.-Pädagogin, Dipl.-Sozialpädagogin, Professorin für Erziehungswissenschaft, insbesondere Pädagogik der Kindheit und Familienbildung an der Hochschule Düsseldorf
- Kruse, Katja**, Rechtsanwältin, Leiterin der Abteilung Recht und Sozialpolitik beim Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm), Düsseldorf
- Kruttschnitt, Jörg**, Dr., Vorstand Finanzen, Personal, Recht, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Berlin
- Kuhn, Andreas**, Dr., Wissenschaftlicher Referent im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Kühnel-Cebeci, Katharina**, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, Berlin
- Kuhn-Zuber, Gabriele**, Prof. Dr. jur., Professorin für die rechtlichen Grundlagen der Sozialen Arbeit und der Heilpädagogik, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin
- Kunina-Habenicht, Olga**, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Kuntscher, Anja**, Referentin im Aufstieg, Internationale Aufgaben, Grundsatzfragen der Migration, EU-Fondsverwaltung, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Nürnberg
- Kuper, Harm**, Prof. Dr., Vorsitzender Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), Professor für Weiterbildung und Bildungsmanagement an der FU Berlin

- Kutscher, Nadia**, Prof. Dr. phil., Dipl.-Pädagogin, Dipl.-Sozialpädagogin (FH), Professorin für Erziehungshilfe und Soziale Arbeit am Department Heilpädagogik und Rehabilitation an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln
- Landes, Benjamin**, Direktor des Institutes für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS), Frankfurt am Main
- Lange, Andreas**, Prof. Dr., Professor für Soziologie an der Fakultät für Soziale Arbeit und Pflege, Hochschule Ravensburg-Weingarten
- Lange, Katrin**, Dipl.-Politikwissenschaftlerin, Projektkoordinatorin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, Berlin
- Langenmayr, Arnold**, Prof. em. Dr., Professor am Fachbereich Bildungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen
- Lebeda, Dorothee**, Prof. Dr., Dipl.-Pflegerwissenschaftlerin, Professorin für Pflegepädagogik – Beratung, Katholische Hochschule NRW, Köln
- Lehmitz, Celia**, Regierungsdirektorin, Referat 315 – Mehrgenerationenhäuser, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Leicht, Silke**, Dipl.-Soziologin, Stellvertretende Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V. (BAGSO), Bonn
- Leinenbach, Michael**, Dipl.-Sozialarbeiter, Dipl.-Sozialpädagoge, Sozialplaner in der Stabsstelle Sozialplanung der Kreisstadt Saarlouis, Vereinigung der Profession Soziale Arbeit e.V. (VPSA) – deutschsprachiger Raum
- Leiska-Stephan, Nicola**, Ass. jur., Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Lemke, Frank Johannes**, Dipl.-Heilpädagoge, Vorstandsvorsitzender Caritasverband e.V. Pforzheim
- Lessenich, Stephan**, Prof. Dr., Professor für Soziale Strukturen und Entwicklungen, Ludwig-Maximilians-Universität, München
- Lichte, Martin**, M.A. Internationale und Europäische Governance, Politischer Referent Europäisches Soziales Netzwerk (ESN), Brüssel, Belgien
- Lielbe, Manfred**, Prof. em. Dr. phil., Dipl.-Soziologe, Professor der Soziologie an der Technischen Universität Berlin, Direktor des Institutes für internationale Studien zu Kindheit und Jugend (ISCY) an der Internationalen Akademie Berlin für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie (INA gGmbH), Berlin
- Liewald, Tilo**, Referent für Bildung und Europa beim Paritätischen Gesamtverband e.V. und Mitglied der Europäischen Expertengruppe für Soziales Unternehmertum (GECEs), Berlin
- Linde, Petra von der**, M.A., Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS), Hamm
- Lindheimer, Martin**, staatlich anerkannter Sozialarbeiter, Leiter der EUTB-Beratung des Bundesverbands Psychiatrie-Erfahrener (BPE)
- Lingg, Verena**, Sozialpädagogin M.A. (European Master in Childhood Studies and Children's Rights, EMCR), Referentin im Internationalen Sozialdienst im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Littwin, Frank**, Dr., Ministerialrat, Referatsleiter Finanz- und volkswirtschaftliche Grundsatzfragen, Stabilitätsrat und Steuerschätzung, Europäisches PPP-Netzwerk, Finanzministerium NRW, Düsseldorf
- Lob-Hüdepohl, Andreas**, Prof. Dr., Professor für Theologische Ethik/Ethik sozialer Professionen, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin
- Löcherbach, Peter**, Prof. Dr., Professor für Sozialarbeitswissenschaften an der Katholischen Hochschule Mainz, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Care und Case Management (DGCC) e.V.
- Löher, Michael**, Ass. jur., Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Löhlein, Harald**, Leiter der Abteilung Migration und Internationale Kooperation beim Paritätischen Gesamtverband, Berlin
- Lohmann, Birgit**, Bundesvorsitzende Deutscher Verband für Bildungs- und Berufsberatung e.V. (dvb), Schwerte
- Löhr, Tillmann**, Dr. jur., Ass. jur., Wissenschaftlicher Referent im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Lotz, Dieter**, Prof. em. Dr. phil., Evangelische Hochschule Nürnberg, Dipl. Heilpädagoge, Logotherapeut, Fischbachtal
- Löwenhaupt, Stefan**, Geschäftsführer xit GmbH forschen.planen.beraten, Nürnberg
- Lübking, Uwe**, Beigeordneter im Deutschen Städte- und Gemeindebund, Berlin
- Lüde, Rolf von**, Prof. Dr., Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Hamburg
- Lüders, Christian**, Dr., Leiter der Abteilung Jugend und Jugendhilfe im Deutschen Jugendinstitut e.V., München
- Lühmann, Hans**, Dr., Referatsleiter im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

- Lukas, Helmut**, Prof. em. Dr. phil. (Erziehungswissenschaft), Dr. phil. habil. (Sozialpädagogik), Dipl.-Soziologe, apl. Professor Universität Hannover
- Luthe, Ernst-Wilhelm**, Prof. Dr. jur. habil., Professor für Öffentliches Recht und Sozialrecht an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, Braunschweig
- Lutz, Tilman**, Prof. Dr., Sozialarbeiter, Kriminologe und Diakon, Professor am Department Soziale Arbeit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
- Machold, Claudia**, Prof. Dr., Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Kindheitsforschung an der Bergischen Universität Wuppertal
- Mackroth, Petra**, Abteilungsleiterin Familie im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Maier-Rigaud, Remi**, Prof. Dr., Professor für Sozialpolitik, Hochschule Bonn-Rhein-Sieg
- Maile-Pflughaupt, Anita**, Prof. Dr. phil., M.A., Dipl.-Sozialpädagogin (FH), Vertretung der Professorin für Professions-theorien der Sozialen Arbeit an der Hochschule Augsburg
- Maleh, Carole**, Industrie- und Dipl.-Kauf-frau, Carole Maleh ChangeConsultant, Hannover
- Maluga, Agnieszka**, Prof. Dr. phil., M. Edu., Dipl.-Sozialpädagogin (FH), Professorin für Bildung, Erziehung, Betreuung und Prävention in der Kindheit an der Hochschule Koblenz
- Maragos, Markos**, PD Dr. phil., Dipl.-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut, Arbeitsgemeinschaft für Verhaltensmodifikation (AVM), Aus- Fort- und Weiterbildung gGmbH, München
- Märker, Alfredo**, Dr., Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Berlin
- Marković, Bojana**, Ass. jur., Leitung der Arbeitsgruppe für die Angebote der Eingliederungshilfe bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS), Berlin
- Marquard, Peter**, Dr., Dipl.-Pädagoge, Jugend- und Sozialamtsleiter/Stiftungsbe-reichsleiter a.D., Bremen
- Marschner, Rolf**, Dr. jur., Rechtsanwalt, München
- Marth, Sven**, Dipl.-Gesundheitsökonom, Prokurist der aktiva-Beratung im Gesundheitswesen GmbH Köln
- Marthaler, Thomas**, Dr. rer. pol., Dipl.-Pädagoge, Senior Lecturer im Institute for Research and Innovation in Social Work, Social Pedagogy and Social Welfare (IRISS), Universität Luxembourg
- Matlok, Dana**, Dr. jur., Leiterin der Abteilung Grundsatz der Deutschen Rentenversicherung Bund, Berlin
- Mattern, Philipp**, Wissenschaftlicher Referent im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Matzat, Jürgen**, Dipl.-Psychologe, Leiter a.D. der Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen, Gießen
- Mauel, Heribert**, Geschäftsführer bpa – Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V., Berlin
- Mayer, Marion**, Prof. Dr., Professorin für Soziale Arbeit und Beratung an der Alice Salomon Hochschule Berlin
- Maykus, Stephan**, Prof. Dr. phil. habil., Professor für Methoden und Konzepte der Sozialen Arbeit an der Hochschule Osnabrück und Privatdozent für Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg
- Mecheril, Paul**, Prof. Dr. phil., Professor für Interkulturelles Lernen und Sozialer Wandel an der Fakultät für Bildungswissenschaften der Universität Innsbruck
- Meier-Gräwe, Uta**, Prof. Dr. sc., Justus-Liebig-Universität Gießen, Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft, Gießen/Freiburg i.Br.
- Meinert, Almuth**, B.A. Heilpädagogin, B.A./M.A. Sozialpädagogin, Referentin im Referat Konzepte, Bundesvereinigung Lebenshilfe, Berlin
- Meinunger, Larissa**, Ass. jur., Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Melinz, Gerhard**, PD Dr. habil., Privatdozent Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, hauptberuflich Lehrender FH Campus Wien, Department Soziales, Wien
- Melzer, Wolfgang**, Prof. Dr., Fakultät Erziehungswissenschaften, Technische Universität Dresden
- Menne, Claudia**, M.A., Gewerkschaftssekretärin, DGB Bundesvorstand, Berlin
- Merchel, Joachim**, Prof. em. Dr. phil., Dipl.-Pädagoge, Professor für Organisation und Management in der Sozialen Arbeit an der Fachhochschule Münster
- Meyer-Höger, Maria**, Prof. Dr. jur., Professorin an der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt
- Miersch, Paloma**, Referatsleiterin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Miethe, Ingrid**, Prof. Dr., Professorin für Allgemeine Erziehungswissenschaft, Justus-Liebig-Universität Gießen
- Mittelstaedt, Gert von**, Dr. med., Präsident der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention, Hamburg
- Mlosch, Anja**, Rechtsanwältin, Mediatorin, Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin

- Möhring-Hesse, Matthias**, Prof. Dr., Professor für Theologische Ethik/Sozialethik an der Katholisch-theologischen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen
- Möller, Christiane**, Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV), Berlin
- Möller, Jens**, Prof. Dr., Direktor am Institut für Psychologie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Lehrstuhl Psychologie für Pädagogen
- Moser, Tatjana**, Referentin Grundlagen Migrationsberatung, Deutsches Rotes Kreuz e.V., DRK-Generalsekretariat, Berlin
- Mühe, Markus**, Referent im Referat, «Pflegepolitik, Heimrecht», Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
- Mühlberg, Philipp**, Dipl.-Soziologe, Leiter Fachcontrolling der städtischen Wohnungsbaugesellschaften Berlin
- Müller, Klaus**, Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband e.V., Berlin
- Müller, Lutz**, Dr., Dipl.-Psychologe, Analytischer Psychotherapeut, Stuttgart
- Mulot, Ralf**, Dipl.-Politikwissenschaftler, Leiter des Arbeitsfeldes V – Bundeszentrale Fachpublikationen – im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Münch, Maria-Theresia**, Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Mund, Petra**, Prof. Dr., Dipl.-Sozialpädagogin, M.A. Sozialmanagement, Professorin für Sozialarbeitswissenschaft und Sozialmanagement an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin
- Mussnug, Friederike**, Dr., Diakonie Deutschland, Evangelischer Bundesverband, Zentrum Recht und Wirtschaft, Berlin
- Nährlich, Stefan**, Dr., Wirtschaftswissenschaftler und Geschäftsführer der Stiftung Aktive Bürgerschaft, Berlin
- Naudiet, Silke**, Dipl.-Psychologin, Geschäftsführerin der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V. (bke), Fürth
- Neuhau, Cordula**, Dipl.-Psychologin, Dipl.-Heilpädagogin, Kindertherapeutisches Zentrum Esslingen GmbH
- Neumann, Kathleen**, Justitiarin des AOK-Bundesverbandes, Berlin
- Neumann, Manfred**, Dipl.-Sozialarbeiter (M.A.), Projekt- und Strategieentwicklung, Jobcenter Lippe
- † **Nickel, Dorette**, Ass. jur., Wissenschaftliche Referentin Jugendhilferecht sowie Hauptgutachterin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Nicklas-Faust, Jeanne**, Prof. Dr., Bundesgeschäftsführerin Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V., Marburg/Berlin
- Niehoff, Claudia**, Dipl.-Rehabilitationspädagogin, Referat Konzepte der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V., Berlin
- Nier, Alexandra**, Ass. jur., Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Nießen-Straube, Christina**, Gleichstellungsbeauftragte, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt, Erlangen
- Novakovic, Anuschka**, Referentin für Grundlagen der Finanzierung im Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Berlin
- Nuissl, Ekkehard**, Prof. em. Dr. habil. Dr. h. c. mult., Direktor a.D. des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung, Bonn, Professor an den Universitäten Duisburg-Essen, Florenz, Timisoara und Torun
- Oltmer, Jochen**, apl. Prof. Dr. phil. habil., Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück
- Ortiz-Müller, Wolf**, Psychologischer Psychotherapeut, Leiter der Stop-Stalking-Beratungsstelle Berlin
- Padberg, Petra**, Wirtschaftsmediatorin und Lehrtrainerin BMWA©, Executive Coach, Rechtsanwältin, Padberg Consultancy Ltd., Berlin
- Palmer, Frederik**, Referent Grundsatz- und Zukunftsfragen, AWO Bundesverband e.V., Berlin
- Paratsch, Frank**, Dipl.-Sozialarbeiter, Trainer und Organisationsentwickler, Geschäftsführer SRH Berufsbildungswerk Neckargemünd GmbH
- Paric, Danijel**, Dr., Referat 22 – Pflege und Alter, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS), Stuttgart
- Pattar, Andreas**, Prof. Dr. jur., Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl, Professor für öffentliches Recht mit Schwerpunkt Sozialrecht, Kehl
- Paul, Mechthild**, Dipl.-Pädagogin, Leiterin des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) in der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Köln
- Pauls, Helmut**, Prof. em. Dr., Dipl.-Psychologe und Psychologischer Psychotherapeut, Professor für Klinische Sozialarbeit und Psychologie an der Hochschule Coburg
- Pechar, Hans**, Prof. Dr., Professor für Hochschulforschung an der Alpen-Adria Universität, Standort Wien
- Peeters, Michaela**, Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde e.V. (DGPPN), Berlin

- Peetz, Georg**, Prof. Dr., Geschäftsführender Direktor Institut für Kunstpädagogik, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Peifer, Ulrike**, Ass. jur., Leiterin der Fachabteilung Öffentlicher Gesundheitsdienst, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg
- Penta, Leo Joseph**, Prof. em. Dr., Professor der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin und Leiter des dortigen Deutschen Instituts für Community Organizing (DICO)
- Persau, Valentin**, Referent für Sozialpolitik, AWO Bundesverband e.V.
- Pesch, Marlis**, Dipl.-Psychologin, Fakultät Erziehungswissenschaften, Technische Universität Dresden
- Peters, Karen**, Richterin am Sozialgericht Berlin
- Pfeiffer, Andreas**, Vorsitzender Deutscher Verband Ergotherapie e.V. (DVE), Karlsbad
- Pfeiffer, Ingrid**, Geschäftsführerin Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V., Bonn
- Pick, Peter**, Dr., Dipl.-Ökonom, Geschäftsführer des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen, Essen
- Pinquart, Martin**, Prof. Dr. phil. habil., Professor für Entwicklungspsychologie an der Philipps-Universität Marburg
- Piontkowski, Kerstin**, Juristin, Referatsleiterin beim Rechnungshof von Berlin
- Poller, Stefan**, Dr., Richter am Amtsgericht Laufen/Obb.
- Poppe, Frederik**, Prof. Dr., Professor für Rehabilitation & Teilhabe, Fachbereich Soziale Arbeit/Medien.Kultur, Hochschule Merseburg
- Porst, Franziska**, Politikwissenschaftlerin, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ), Berlin
- Possinger, Johanna**, Prof. Dr., Professorin für Frauen- und Geschlechterfragen in der Sozialen Arbeit an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg
- Pötter, Nicole**, Prof. Dr., Professorin für Grundlagen der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt Bildungsfragen an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule München
- Preiser, Siegfried**, Prof. Dr., Rektor der Psychologischen Hochschule Berlin und Professor für Psychologie des lebenslangen Lernens
- Preuß, Maren**, Dr., Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Hannover
- Proksch, Johannes**, Referent im Referat H12 »Leistungen der Sozialhilfe« im Statistischen Bundesamt Bonn
- Rabe, Jörg**, Rechtsanwalt, Schwerin
- Räder, Evelyn**, Ass. jur., Abteilungsleiterin Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand
- Rafi, Anusheh**, Prof. Dr., Professor für Bürgerliches Recht an der Evangelischen Hochschule Berlin, Rechtsanwalt, Mediator, Coach
- Rahn, Monika**, Dr. jur., Geschäftsbereich Rechts- und Fachfragen, Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin
- Rahner, Judith**, Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus, Amadeu Antonio Stiftung, Berlin
- Rasch, Edna**, Prof. Dr. jur., Dekanin für den Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung, Altenholz
- Rätz, Regina**, Dr. phil., Dipl.-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin, Professorin für Soziale Arbeit, Alice Salomon Hochschule Berlin
- Rauschenbach, Thomas**, Prof. Dr., Vorstandsvorsitzender und Direktor Deutsches Jugendinstitut, München
- Rechtien, Wolfgang**, Dr., Klinischer Psychologe, Vorstandsmitglied und Geschäftsführer des Kurt Lewin Instituts für Psychologie der FernUniversität Hagen
- Regitz, Sebastian**, Sozialpädagoge/Sozialarbeiter, M.A. Intercultural Conflict Management, Referent im Internationalen Sozialdienst im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Reis, Claus**, Prof. Dr., Frankfurt University of Applied Sciences, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, Professor für Organisation sozialer Dienste, Frankfurt am Main
- Reiss, Hans-Christoph**, Prof. Dr. rer. pol., Professor für Wirtschaftswissenschaften und Volkswirtschaften an der Hochschule Mainz
- Reith, Niels**, Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Berufsförderungswerke e.V., Berlin
- Reuter, Katja**, Fachreferentin für Politik und Anwaltschaft bei Social Platform in Brüssel, Belgien.
- Richardt, Vincent**, Dr., Dipl.-Psychologe, Dipl.-Sozialpädagoge (FH), Ressortleiter für Pädagogik, SOS-Kinderdorf e.V., München
- Richter, Anna**, Dr. rer. pol., Dipl.-Politologin, Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Richter, Benita**, Dipl.-Pädagogin (Reha), Referentin im Referat Konzepte der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V., Berlin
- Richter-Fuss, Katrin**, Individualpsychologische Beraterin, Hamburg
- Rieck, Karina**, Dr. med., Fachärztin für Nervenheilkunde und Geriatrie, Gemeinschaftspraxis, Wolgast

- Rieger, Günter**, Prof. Dr., Dipl.-Sozialpädagoge, Politikwissenschaftler (M.A.), Dekan a.D. der Fakultät Sozialwesen der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Stuttgart, Studiengangleiter Soziale Dienste in der Justiz
- Rippe, Hans-Jörg**, Dr., Psychologe, Projektleiter a.D. Fernuniversität Hagen und Lehrbeauftragter Fachhochschule für Ökonomie und Management, Essen
- Roggenthin, Klaus**, Dr. phil., Geschäftsführer des Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e.V. (BAG-S), Bonn
- Röh, Dieter**, Prof. Dr., Dipl.-Sozialarbeiter/Sozialpädagoge, M.A. of Public Health, Professor an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
- Rölke, Ursula**, Ass. jur., Leitung des Arbeitsfeldes I – Grenzüberschreitende Sozialarbeit/Internationaler Sozialdienst im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Rönnau-Böse, Maike**, Prof. Dr., Professorin am Zentrum für Kinder- und Jugendforschung im Forschungsverbund FIVE e.V. an der Evangelischen Hochschule Freiburg i.Br.
- Rose, Lotte**, Prof. Dr. phil, Dipl.-Pädagogin, Professorin an der Frankfurt University of Applied Sciences, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, Frankfurt am Main
- Rosenbrock, Rolf**, Prof. Dr., Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e.V., Berlin
- Rosenke, Werena**, Geschäftsführerin und Pressesprecherin, BAG Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W), Berlin
- Ross, Friso**, Prof. Dr., Professor für Recht im Sozial- und Gesundheitswesen an der Hochschule Kempten, Vorsitzender des Fachbereichstags Soziale Arbeit e.V. (FBTS)
- Roters, Dominik**, Dr. jur., stellvertretender Geschäftsführer des Gemeinsamen Bundesausschusses, Berlin
- Roth, Roland**, Prof. em. Dr., Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal
- Rothe, Konstanze**, Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Rothmayr, Angelika**, Dr. phil., Studienrätin, Leitung Landesnetzwerk Unterstützte Kommunikation, Hessen, Heinrich-Hoffmann-Schule, Frankfurt am Main
- Rubner, Eike**, Dr. phil., Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut, Psychoanalytiker, Graduiert in/für TZI, Nussdorf
- Rucht, Dieter**, Prof. em. Dr. rer. pol., Professor für Soziologie am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
- Rupprecht, Rebekka**, Presse-/Öffentlichkeitsarbeit, Elly Heuss-Knapp-Stiftung Deutsches Müttergenesungswerk, Berlin
- Rüth, Stephanie**, Leiterin Unternehmenskommunikation der Bank für Sozialwirtschaft AG, Köln
- Sachweh, Patrick**, Dr., Akademischer Rat a.Z., Institut für Soziologie, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Sagebiel, Juliane**, Prof. em. Dr., Professorin für Sozialarbeitswissenschaft an der Hochschule München
- Sammler, Claudia**, Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Sozialrecht, Leipzig
- Sandritter, Walter**, Fachbereich Soziale Sicherung, Stadt Mannheim, Stadtsoziologe und Sozialplaner, Gründungsvorsitzender des VSOP, Planungsberater, Speyer
- Santen, Eric van**, Dr., Dipl.-Soziologe, Grundsatzreferent beim Deutschen Jugendinstitut e.V., München
- Saueremann, Gabriele**, Referentin Gefährdetenhilfe im Paritätischen Gesamtverband, Berlin
- Schaeffer, Doris**, Prof. Dr., Professorin für Gesundheitswissenschaften an der Universität Bielefeld
- Schäfer, Norbert**, Landschaftsarchitekturbüro STADT+NATUR, Klingenmünster
- Schäfer, Petra**, Dipl.-Politikwissenschaftlerin, Dipl.-Juristin, freie Wissenschaftslektorin, Berlin
- Schellberg, Klaus**, Prof. Dr. rer. pol., Professor an der Evangelischen Hochschule Nürnberg, Gesellschafter bei xit GmbH forschen. planen. beraten, Nürnberg
- Schelle, Regine**, Dr. phil., Dipl.-Sozialpädagogin, Wissenschaftliche Referentin, Deutsches Jugendinstitut e.V., München
- Schenke Plisch, Genia**, Geschäftsführerin der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V., Berlin
- Scherr, Albert**, Prof. Dr. phil., Professor für Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Freiburg i.Br.
- Schick, Stefan**, Prof. Dr., Rechtsanwalt/Fachanwalt für Steuerrecht, Stuttgart
- Schilling, Matthias**, Dr. phil., Geschäftsführer und Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik an der Technischen Universität Dortmund
- Schirilla, Nausikaa**, Prof. Dr. habil., Professorin für Soziale Arbeit, Migration und Interkulturelle Kompetenz, Katholische Hochschule Freiburg i.Br.

- Schlack, Hans G.**, Prof. Dr. med., Chef-
arzt a.D. am Rheinischen Kinderneuro-
logischen Zentrum, Bonn
- Schmale, Ingrid**, Dr., Lehrkraft a.D. für
besondere Aufgaben im Seminar für
Genossenschaftswesen der Universität
zu Köln
- Schmerr, Martina**, Leiterin des Organisa-
tionsbereichs Schule, GEW Hauptvor-
stand Vorstandsbereich Schule, Frank-
furt am Main
- Schmid-Obkirchner, Heike**, Dr. jur., Re-
feratsleiterin im Bundesministerium für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
Berlin
- Schmidt, Lisa Marcella**, Leiterin Abtei-
lung Gesundheit, Teilhabe, Pflege, Der
Paritätische Gesamtverband e.V., Berlin
- Schmidt, Roland**, Prof. em. Dr., Fakultät
Angewandte Sozialwissenschaften,
Fachhochschule Erfurt
- Schmidt-Ohlemann, Matthias**, Dr. med.,
Leitender Arzt a.D. der Rehabilitations-
fachdienste Stiftung kreuznacher diako-
nie, Landesarzt für Körperbehinderte
in Rheinland-Pfalz, Vorsitzender der
Deutschen Vereinigung für Rehabilita-
tion
- Schmitt, Sabine**, Dr. phil., M.A., Histori-
kerin, Redakteurin im Arbeitsfeld V –
Bundeszentrale Fachpublikationen – im
Deutschen Verein für öffentliche und
private Fürsorge e.V., Berlin
- Schneider, Ulrich**, Dr., Hauptgeschäftsführer
des Deutschen Paritätischen
Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband
e.V., Berlin
- Scholl, Annette**, Leiterin des Bereichs
Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit,
Europa-Referentin, Kuratorium Deutsche
Altershilfe Wilhelmine-Lübke-Stif-
tung e.V., Köln
- Schöllner, Silvia**, Dr. med., Chefärztin an
der LVR-Klinik, Mönchengladbach
- Scholz, Gabriele**, Leiterin des Landes-
jugendamtes/Überregionale Förderung
und Beratung, Hamburg
- Scholz, Stephanie**, Dr., Europareferentin,
Diakonie Deutschland Evangelischer
Bundesverband, Berlin
- Schöne, Reinhold**, Prof. em. Dr., Profes-
sor für Organisation und Management
in der Sozialen Arbeit, Fachhochschule
Münster
- Schraper, Christian**, Prof. Dr. phil.,
Dipl.-Pädagoge, Professor für Pädago-
gik an der Universität Koblenz-Landau
- Schrey-Dern, Dietlinde**, Lehrbeauftragte
im Studiengang Lehr- und Forschungs-
logopädie der Rheinisch-Westfälischen
Technischen Hochschule Aachen
- Schubert, Franz-Christian**, Prof. em.
Dr., Dipl.-Psychologe, Lehrtätigkeit
am Fachbereich Sozialwesen der Hoch-
schule Niederrhein Krefeld/Mönchen-
gladbach und eigene Praxistätigkeit in
Mönchengladbach
- Schubert, Herbert**, Prof. Dr. phil. Dr.
rer. hort. habil., Technische Hochschu-
le Köln, Fakultät für Angewandte So-
zialwissenschaften und Büro Sozial •
Raum • Management, Hannover
- Schubert, Jens M.**, Prof. Dr. jur. habil.,
Bundesvorstand, AWO Bundesverband
e.V., Berlin
- Schuldt, Eva**, B.A., Fachreferentin für die
Leistungen des Dritten und Vierten Ka-
pitels SGB XII, Behörde für Arbeit, Ge-
sundheit, Soziales, Familie und Integra-
tion, Hamburg
- Schüle-Tschersich, Meike**, Dipl.-Soziolo-
gin, Wissenschaftliche Referentin am
Deutschen Jugendinstitut e.V. in der In-
stitutsleitung und der Fachgruppe »Frü-
he Hilfen« der Abteilung Familie-
und Familienpolitik, München
- Schulz, Mario**, Leiter Kommunikation,
Deutsche Stiftung für Engagement und
Ehrenamt, Neustrelitz
- Schulze-Böing, Matthias**, Dr., Research,
Projektmanagement, Beratung, Offen-
bach am Main
- Schulz-Nieswandt, Frank**, Prof. Dr., Pro-
fessor für Sozialpolitik und qualita-
tative Sozialforschung sowie Genossen-
schaftswesen im Institut für Soziologie
und Sozialpsychologie der Wirtschafts-
und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Universität zu Köln
- Schulz-Weidner, Wolfgang**, Dr., Deut-
sche Sozialversicherung Europaver-
tretung/Deutsche Rentenversicherung
Bund, Brüssel
- Schumacher, Jochen**, Ministerialrat, Lei-
ter Referat S 9 – Grundsicherung für
Arbeitsuchende, Bayerisches Staats-
ministerium für Familie, Arbeit und Sozia-
les
- Schürbüscher, Ruth**, M.A., Pädagogin,
Fachberaterin, LWL-Landesjugendamt
Westfalen, Münster
- Schutter, Sabina**, Prof. Dr., Vorstands-
vorsitzende von SOS Kinderdorf e.V.,
München
- Schütz, Dieter**, Pressesprecher, Deutsches
Rotes Kreuz e.V., Berlin
- Schütz-Sehring, Hans-Peter**, M.A., Sozio-
loge, Senior-Consultant bei con_sens
Consulting für Steuerung und soziale
Entwicklung GmbH, Hamburg
- Schwanecke, Ulrich**, Dipl.-Verwaltungs-
wissenschaftler, Hauptamtsleiter Amt
Brüssow (Uckermark)
- Schwarze, Uwe**, Prof. Dr. rer. pol., Dipl.-
Sozialpädagoge, Professor für Sozialpo-
litik und Soziale Arbeit an der Fakultät
Soziale Arbeit und Gesundheit, HAWK
Hildesheim/Holzminde/Göttingen
- Schwarzloos, Christian**, M.A., akademi-
scher Mitarbeiter, FH Potsdam
- Schweda, Anna**, Dipl.-Pädagogin, Ar-
beitsstelle Kinder- und Jugendpolitik,
Geschäftsstelle des Bundesjugendkura-

- toriums, Deutsches Jugendinstitut e.V., München
- Schweikert, Birgit, Dr.**, Ministerialdirigentin, Juristin, Leiterin der Unterabteilung 40 der Abteilung Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Segebrecht, Susanne, Dr. med.**, Fachärztin für Allgemeinmedizin, Forschungsgruppe Geriatrie, Charité – Universitätsmedizin Berlin
- Segmüller, Tanja, Prof. Dr. rer. medic.**, Pflegewissenschaftlerin (M.Sc., B.Sc.), Krankenschwester, Professorin für Alterswissenschaften am Department of Community Health der Hochschule für Gesundheit, Bochum
- Seibel, Friedrich W., Prof. em. Dr.**, International vergleichende Soziale Arbeit und Erziehung, Hochschule Koblenz
- Seifried, Klaus, Dipl.-Psychologe, Lehrer, Psychologischer Psychotherapeut, Schulpsychologiedirektor a.D.**
- Sekler, Koralia, Dr.**, Geschäftsführerin, AFET-Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Hannover
- Selle, Matthias, Kreisrat, Landkreis Osna-brück**
- Senekowitsch, Martina, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), Köln**
- Sewald, Nadin, Referentin Methoden und Kommunikation in der Preisstatistik, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden**
- Silbereisen, Rainer K., Prof. Dr.**, Institut für Psychologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Simon, Manfred, Leiter Medien und Öffentlichkeitsarbeit, Die Heilsarmee in Deutschland, Territoriales Hauptquartier, Köln**
- Simon, Roland, Geschäftsführer der Bundesstiftung Mutter und Kind, Berlin**
- Sippel, Hanns-Jörg, Stiftung Mitarbeiter, Vorsitzender des Vorstands, Bonn**
- Sitzenstuhl, Ingrid Maria, Dipl.-Sozialarbeiterin, Lehrende a.D. an der Katholischen Hochschule NRW, Köln, Sozialarbeiterin in freier Praxis für Supervision, Coaching und Gruppenanalyse**
- Smessaert, Angela, Juristin, Stellvertretende Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ), Berlin**
- Sommer, Ralf, Ministerialrat, Leiter des Referates Sozialhilfe im Sozialministerium des Landes NRW, Düsseldorf**
- Sönmez, Nursemin, Projektleiterin, neue deutsche organisationen e.V. – das postmigrantische netzwerk, Berlin**
- Spanninger, Christine, Leitende Referentin Programmbüro Engagierte Stadt, BBE Geschäftsstelle, Berlin**
- Spilker, Britta, Ass. jur.**, Wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin
- Spörke, Michael, Dr. rer. pol.**, Leiter Abt. Sozialpolitik, Sozialverband Deutschland Landesverband NRW – SoVD NRW e.V., Düsseldorf
- Springer, Martin, Referent Internet, Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V., Berlin**
- Stähler, Thomas, Dr. jur.**, Justiziar der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, Frankfurt am Main
- Stamm, Ingo, Dr.**, Sozialarbeiter, University of Jyväskylä, Korkkola University Consortium Chydenius, Finnland
- Stegmaier, Anna-Maria, Dipl.-Pädagogin, 1. Vorsitzende Deutsche Gesellschaft für Logotherapie und Existenzanalyse e.V. (DGLE) – Berufsverband, Pfaffenweiler**
- Stegmann, Michael, Dr.**, IT-Sicherheitsbeauftragter, Zentrales IT-Sicherheitsmanagement, Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV), Würzburg
- Steinhagen-Thiessen, Elisabeth, Prof. Dr.**, Stoffwechsel Centrum – Altersmedizin, Charité – Universitätsmedizin Berlin
- Stilling, Gwendolyn, Pressesprecherin, Leiterin Presse, Redaktion, Kampagnen, Der Paritätische Gesamtverband, Berlin**
- Stöcker-Zafari, Hiltrud, Bundesgeschäftsführerin Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., Frankfurt am Main**
- Stollenwerk, Nicole, Prof. Dr. phil.**, Professorin für Sozialmanagement an der FH des Mittelstands Köln, Wissenschaftliche Leitung der sozialen Studiengänge in der FHM OnlineUniversity
- Stösser, Adelheid von, Lehrerin für Pflegeberufe, Geschäftsführerin der Stösser-Standard, St.-Katherinen**
- Strube, Anke, M.A. Soziale Arbeit, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS), Frankfurt am Main**
- Struck, Norbert, Dipl.-Pädagoge, Jugendhilferreferent a.D. im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Berlin**
- Stumm, Gerhard, Dr.**, Psychotherapeut, Klinischer und Gesundheitspsychologe, Ausbilder des Forum Personzentrierte Psychotherapie, Ausbildung und Praxis, Wien
- Stumpf, Kerrin, Geschäftsführung Elternverein e.V., Leitung Betreuungsverein für behinderte Menschen, Leben mit Behinderung Hamburg**
- Suhre, Richard, Dipl.-Sozialarbeiter, Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V., Geschäftsführung, Köln**
- Sweers, Holger, Referent für Aufklärung und Information bei der Deutschen AIDS-Hilfe e.V., Berlin**

- Swiaczny, Frank, Dr.**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden
- Szepan, Nadine-Michèle**, Dipl.-Volkswirtin, Abteilungsleiterin Pflege, AOK-Bundesverband, Berlin
- Tacke, Gertrud**, Rechtsanwältin im Referat Arbeits- und Zivilrecht, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Berlin
- Tacke, Veronika, Prof. Dr.**, Professorin für Organisationssoziologie an der Universität Bielefeld
- Teichert, Ute, Dr. med, MPH**, Vorsitzende des Bundesverbands der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) und Direktorin der Akademie für Öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf
- Tenorth, Heinz-Elmar, Prof. em. Dr. phil.**, Professor am Institut für Erziehungswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin
- Termath, Jürgen**, Dipl.-Sozialarbeiter, Jugendamtsleiter a.D., Stadt Eschweiler
- Tesch-Römer, Clemens, apl. Prof. Dr. habil.**, außerplanmäßiger Professor am Fachbereich für Erziehungswissenschaft und Psychologie der Freien Universität Berlin, Institutsleiter des Deutschen Zentrums für Altersfragen, Berlin
- Thie, Johanna**, Arbeitsfeld Hilfen für Frauen, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Berlin
- Thimmel, Andreas, Prof. Dr. phil.**, Professor für Wissenschaft der Sozialen Arbeit, Leiter des Forschungsschwerpunktes Non-formale Bildung an der Technischen Hochschule Köln
- Thole, Werner, Prof. Dr. phil. habil.**, Professor für Erziehungswissenschaft, Schwerpunkt Soziale Arbeit und außerschulische Bildung am Fachbereich Humanwissenschaften der Universität Kassel
- Thoß, Elke**, Dipl.-Soziologin, Dozentin am Fachbereich Soziale Arbeit der Hochschule Luzern, Schweiz
- Tiefel, Sandra, Dr.**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut 1: Bildung, Beruf, Medien, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
- Tießler-Marenda, Elke, Dr.**, Juristin, Referentin im Referat Migration und Integration, Deutscher Caritasverband, Freiburg i.Br.
- Tietz, Claudia**, Referentin, Sozialverband Deutschland SoVD, Berlin
- Tilemann, Friederike, Prof.**, Erziehungswissenschaftlerin, Dozentin für Medienbildung, Leiterin des Fachbereichs Medienbildung an der Pädagogischen Hochschule Zürich, Schweiz
- Timm, Gerhard, Dr.**, Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW), Berlin
- Timpe, Kai-Raphael**, Geschäftsführer des Berufs- und Fachverbandes Heilpädagogik e.V. (BHP), Berlin
- Titz, Klaus-Jürgen**, Dipl.-Sozialpädagoge, Titz&Partner GbR, Beratung und Tagungen für Sozialunternehmen, Hannover
- Tolmein, Oliver, Prof. Dr. jur.**, Rechtsanwalt in der Kanzlei Menschen und Rechte, Journalist, Hamburg
- Tornow, Harald, Dr.**, Leiter des e/l/s-Instituts für Qualitätsentwicklung sozialer Dienstleistungen, Wuppertal
- Torrejón, José**, Dipl.-Sozialpädagoge, Referent der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e.V. (BAG KJS), Bundestutor Jugendmigrationsdienste, Berlin
- Trübe, Christiane, Prof. Dr.**, Professorin für öffentliches Recht, Hochschule Bremen
- Tschöpe-Scheffler, Sigrid, Prof. Dr.**, Erziehungswissenschaftlerin, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Institut für Kindheit, Jugend und Familie, Technische Hochschule Köln
- Udsching, Peter, Prof. Dr.**, Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht a.D., Kassel
- Umlau, Christoph**, Conterganstiftung, Köln
- Vaché, Martin**, Dipl.-Ing., Institut Wohnen und Umwelt GmbH (IWU), Darmstadt
- Vangeltziki, Chrysovalantou**, Volljuristin, Bundesgeschäftsführerin beim Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V. (iaf) Frankfurt am Main
- Verrel, Torsten, Prof. Dr.**, Professor am Kriminologischen Seminar der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Verspohl, Ines, Dr.**, Abteilungsleitung Sozialpolitik, Sozialverband VdK Deutschland e.V., Berlin
- Vilz, Uwe**, Krankenpfleger, Dipl.-Pflegerwirt (FH), Geschäftsführer der Mainzer Hospizgesellschaft
- Voelcker, Ina**, Gerontologin, Leiterin der Geschäftsstelle Internationale Altenpolitik bei der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V., Bonn
- Vogel, Helmut**, Präsident des Deutschen Gehörlosen-Bundes e.V., Berlin
- Vogt, Claire**, Juristische Referentin, Referat Koordination Sozialpolitik, Deutscher Caritasverband e.V., Freiburg i.Br.
- Vogt-Janssen, Dagmar**, Volljuristin und Gesundheitswissenschaftlerin, Fachbereichsleiterin Senioren, Landeshauptstadt Hannover
- Voigt, Bert, Dr. rer. pol.**, Dipl.-Soziologe, Trainer für Gruppendynamik und Berater für Organisationsentwicklung, München

- Vollgraf, Ingo, Dr.**, Syndikusrechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Referent für Arbeits- und Zivilrecht im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Berlin
- Vomberg, Wolfgang**, Rechtsanwalt und Notar, Frankfurt am Main
- Vorberger, Stefanie**, Abteilung III: Frauen und Gleichstellungspolitik, Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung des Landes Berlin
- Vorholz, Irene, Dr.**, Beigeordnete für Soziales und Arbeit beim Deutschen Landkreistag, Berlin
- Wächter, Franziska, Prof. Dr.**, Professor für Soziologie und Empirische Sozialforschung, Evangelische Hochschule Dresden
- Wagner, Bernhard**, Soziologe/Politologe, Dozent an der Evangelischen Hochschule Dresden
- Wagner, Gert G., Prof. Dr.**, Professor für empirische Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin, Vorstandsmitglied des DIW Berlin und Max-Planck-Fellow am MPI für Bildungsforschung in Berlin, Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung
- Wagner, Michael, Prof. Dr.**, Professor für Soziologie an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln
- Walber, Markus, Dr. phil.**, Fakultät für Erziehungswissenschaft – AG 6 Weiterbildung und Governance of Lifelong Learning, Universität Bielefeld
- Walter, Uta M., Prof. Dr.**, Professorin für Theorien und Methoden, Alice Salomon Hochschule Berlin
- Walterbach, Verena, M.A.**, Promovendin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bereich Erziehungswissenschaften der Professur für Pädagogik und Medienbildung, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
- Walwei, Ulrich, Prof. Dr. rer. pol.**, Institutsleiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, Professor und Vizedirektor, Nürnberg
- Wasem, Jürgen, Prof. Dr.**, Dipl.-Volkswirt, Professor für Medizinmanagement an der Universität Duisburg-Essen
- Wegener, Maja, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin**, Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. (BAJ), Berlin
- Weichold, Karina, apl. Prof. Dr.**, Institut für Psychologie, Leitung der Arbeitsbereichs Jugendforschung, Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Weis, Christian**, Grundlagenreferent Deutscher Bundesjugendring (DBJR), Berlin
- Weiser, Sigrid, Dipl.-Soziologin**, Wissenschaftliche Referentin bei pro familia Bundesverband, Frankfurt am Main
- Welke, Antje**, Leiterin der Abteilung Konzepte und Recht, Bundesvereinigung Lebenshilfe, Berlin
- Welskop-Deffaa, Eva Maria, Dipl.-Volkswirtin**, Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg i.Br.
- Welti, Felix, Prof. Dr. jur.**, Professor für Sozial- und Gesundheitsrecht, Recht der Rehabilitation und Behinderung, Institut für Sozialwesen, Universität Kassel
- Wember, Franz B., Prof. em. Dr. päd.**, Professor für Rehabilitation und Pädagogik bei Lernbehinderungen an der Fakultät Rehabilitationswissenschaften, Technische Universität Dortmund
- Wende, Lutz, M.A.**, Soziologie, Wissenschaftlicher Mitarbeiter in diversen Forschungsprojekten, freiberuflicher Berater und Organisationsentwickler, Alter-Witterschlick
- Wendt, Wolf-Rainer, Prof. Dr. phil.**, Dipl.-Psychologe, Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Care und Case Management (DGCC), Stuttgart
- Wengert, Clara**, Geschäftsführung Deutscher Bundesjugendring (DBJR), Berlin
- Wersig, Maria, Prof. Dr.**, Professorin für Rechtliche Grundlagen der Sozialen Arbeit, Hochschule Hannover
- Westecker, Mathias, M.A.**, Bereichsleitung Unterstütztes Arbeiten bei Leben mit Behinderung Hamburg
- Weth, Hans-Ulrich, Prof. em.**, Professor für Recht und Verwaltung an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg
- Wicke, Hans-Georg, Dipl.-Sozialwissenschaftler**, Leiter von JUGEND für Europa – Nationale Agentur für das EU Programm Erasmus + JUGEND IN AKTION, Bonn
- Wienberg, Christian**, Vorsitzender der Europäischen Arbeitsgemeinschaft der älteren Generation (EURAG), Hamburg
- Wiesner, Reinhard, Prof. Dr. jur.**, Dr. h.c., Ministerialrat a.D. im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Wilhelm, Oliver, Prof. Dr.**, Professor für Differentielle Psychologie und Psychologische Diagnostik an der Universität Ulm
- Wilke, Burkhard, Dipl.-Volkswirt**, Geschäftsführer und Wissenschaftlicher Leiter des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI), Berlin
- Willeke, Anne, M.A.**, Referentin für Erwachsenenbildung, Fortbildung und Clubs & Gruppen im Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm), Düsseldorf
- Wingenfeld, Klaus, Prof. Dr.**, Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Instituts für Pflegewissenschaft an der Universität Bielefeld

- Winkelmann, Petra**, Dipl.-Pädagogin, Referentin, Sozialdienst katholischer Frauen, Gesamtverein e.V., Dortmund
- Winkler, Jürgen**, Prof. Dr., Professor für Sozialrecht, Katholische Hochschule Freiburg i.Br.
- Wirsching, Sophia**, KOK – Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.
- Wittler, Lutz**, ehemals Jobcenter Arbeit plus, Bielefeld und Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin
- Wolf, Klaus**, Prof. em. Dr., Professor für Sozialpädagogik an der Universität Siegen
- Wolff, Reinhart**, Prof. em. Dr., Professor an der Alice Solomon Hochschule Berlin, Vorstandssprecher des Kronberger Kreises für Dialogische Qualitätsentwicklung e.V.
- Wolfgarten, Stefani**, Ass. jur., Vertreterin der Gesetzlichen Unfallversicherung in der Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung in Brüssel
- Wölfle, Ilka**, LL.M., Referentin der Gesetzlichen Unfallversicherung in der Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung, Brüssel
- Wolter, Daniel**, M.A., Geschäftsführer des DBH – Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik e.V., Köln
- Worseck, Thomas**, Dipl.-Sozialökonom, Dipl.-Wirtschafts- und Arbeitsjurist, Geschäftsführer Gehörlosenverband Hamburg e.V. und Bundesreferent Arbeit beim Deutschen Gehörlosen-Bund e.V., Berlin
- Wrackmeyer-Schoene, Antje**, Dr., Richterin am Sozialgericht Dessau-Roßlau
- Wunderer, Eva**, Prof. Dr. phil., Dipl.-Psychologin, Systemische Paar- und Familientherapeutin (DGSF), Hochschule Landshut
- Wurtzbacher, Jens**, Prof. Dr., Dipl.-Soziologe, Dipl.-Sozialpädagoge, Professor für Sozialpolitik an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen, Berlin
- Zacher, Johannes**, Prof. Dr., Professor für Grundlagen der Sozialwirtschaft und Versorgung im Alter an der Hochschule Kempten und Leiter des Bayerischen Forschungszentrums Pflege Digital (BZPD)
- Zeeb, Hajo**, Prof. Dr. med., Abteilungsleiter Prävention & Evaluation am Leibniz-Institut BIPS, Bremen, Professor für Epidemiologie mit Schwerpunkt Prävention & Evaluation an der Universität Bremen
- Zeller, Birgit**, Leiterin des Landesjugendamtes Rheinland-Pfalz, Mainz
- Zimmer-Hegmann, Ralf**, ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH, Dortmund
- Zindel, Gerhard**, Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Kassel
- Zitlmann, Maud**, Prof. Dr., Lehrgebiet Pädagogik der Frühen Kindheit, Schwerpunkt Kinderschutz, Frankfurt University of Applied Sciences Frankfurt am Main
- Zobrist, Patrick**, M.A. in Sozialer Arbeit, Dipl.-Sozialarbeiter (FH), Dozent und Projektleiter, Hochschule Luzern, Schweiz